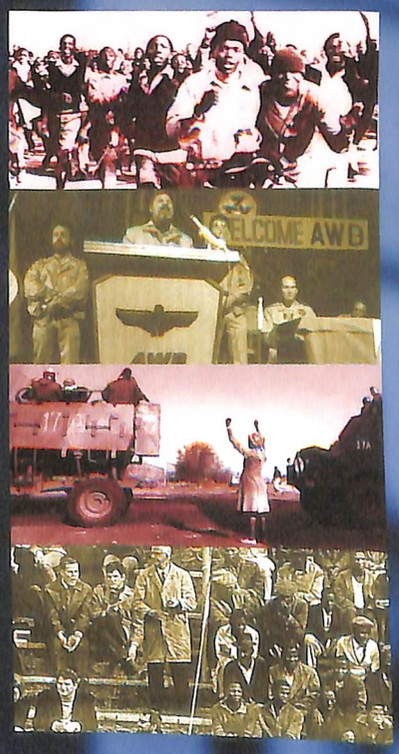
Heft 2 August 2002
Fr. 6.– / € 4.-

Risse

Analyse & Subversion

Infoladen
Koburger Str. 3 04277
Telefon (034 02 65 04
www.na ibrg/in /ndl leipz

- **Taliban light**
  Warlords als Demokratiegaranten
- **Böses Israel**
  Kreativität in der Feindbildkonstruktion
- **Carl Orff**
  Carmina Burana und andere Untaten



Schweiz–Südafrika: Perverse Solidarität

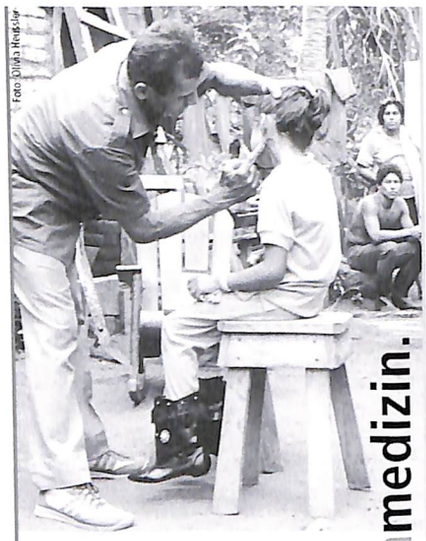


Foto: Olivia Heussler

Hightechmedizin.

Wo wir uns engagieren, sind schon einfachste Mittel wertvoll: Wir helfen dort eine gerechte medizinische Grundversorgung zu organisieren, wo Menschen ihre Situation selber in die Hand nehmen. Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung: PC 80-7869-1

Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich
Postfach 1215, 8031 Zürich, Tel. 01 273 15 55,
E-Mail: info@css-zh.ch, www.css-zh.ch

CSS

Projekte in Cuba, El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Eritrea, Palästina, Vietnam

Buchhandlung am Helvetiaplatz

Stauffacherstrasse 60
8026 Zürich 4
Telefon 01 241 42 32
Telefax 01 291 07 25
helvetiabuch@smile.ch

Politik und Literatur | Von >Adorno bis >Zapata

Lesungen, Buchvernissagen und Gespräche in der Katakombe

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

GRÜNES GELD Ökobank: Phönix oder Ikarus? · Übernahme durch die GLS-Bank nach erfolgreicher Sanierung wahrscheinlich · Oekogeno eG: Nachfolgegenossenschaft ohne Bank · GLS-Gemeinschaftsbank: im Mittelpunkt steht der Mensch · Triodos: nachhaltiges Bankennetz weltweit · Oikocredit: Unterstützung für Genossenschaften armer Länder · Umweltbank: Sinn fürs Geschäft · Ratgeber für Grüne Geldanlagen **TATORT GLOBALISIERUNG** 25. Bundeskongress Internationalismus in Frankfurt **ATTAC** Neue Forderungen und Aktionen **ANTIFASCHISMUS** Rechte Alltagskultur: Nazibands und »vertonte Parteitage« **BUNTE SEITEN** das einzige Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 12.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit **Reader der AlternativMedien** im Innenteil. 1.300 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. Ca. 280 Seiten (DIN A4) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten.

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

www.risse.info

Nr. 38 Frühjahr 2002

BAHAMAS

Der unheimliche Aufmarsch

Europas Kalter Krieg gegen Israel ● Man wird Israel doch wohl noch kritisieren dürfen ● Intifada im Deutschen Haus ● Von Henlein zu Arafat ● Mein bester Freund ist Jude: Moshe Zuckermann ● Kiezkrieg in Kreuzberg ● Marx – ein Eurozentrist ● Psychopathologie des Islam ● Kommunismus und Zionismus: Der Fall Bloch ● Literarische Antifa: Ein Volk, ein Reich, ein Widerstand ● Deutsche Krisenbewältigung: Fahrkarte in die Vergangenheit u.a.

Einzelpreis 4 EUR (Vorauskasse/Briefmarken)
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030/6236944 oder mail@redaktion-bahamas.org

Editorial

«Vor 400 Jahren wäre Fagan Pirat in der Karibik geworden, vor 200 Jahren Zugräuber im Wilden Westen.» So kommentierte der Tages–Anzeiger die vom New Yorker Anwalt Ed Fagan am 17. Juni in Zürich angekündigte Sammelklage gegen die schweizer Grossbanken UBS und CS wegen deren Geschäften mit dem Apartheidregime in Südafrika. Fagan ist ja kein Unbekannter in der Schweiz. Er war es doch, der seinerzeit ebenfalls mit einer aufsehenerregenden Klage die Debatte um die nachrichtenlosen Vermögen von Holocaust–Opfern auf schweizer Banken erst so richtig ins Rollen gebracht hatte. Dies hat man ihm hier nicht verziehen. Unverzeihlich war in den Augen der rechtschaffenen SchweizerInnen nicht nur die öffentliche Klage gegen die rechtschaffenen schweizer Banken, sondern vor allem die Tatsache, dass die vertretenen KlägerInnen JüdInnen waren. Das löste eine Debatte aus, in deren Verlauf immer unverblümter antisemitische Angriffe in den Medien und an den Stammtischen geäussert wurden. Und jetzt tritt ausgerechnet wieder eben dieser Anwalt aufs Tapet. Ein lächerlicher Politclown sei er, dieser Ed Fagan, nur aufs Geld aus sei er (was ja genau genommen bei einer Schadenersatzklage nicht sooo verwunderlich ist) und die wirklichen Opfer, die täten ihn eigentlich gar nicht interessieren, nur ausnützen täte er sie. Überhaupt kann die Schweiz doch wohl noch selbst entscheiden, mit wem sie wann was für Geschäfte macht und andere haben es ja auch getan und amerikanische Anwälte kann man hier sowieso fast so wenig leiden wie habsburgische Landvögte... So hat sich denn aus dem Umfeld von Christoph Blochers AUNS auch ein RentnerInnen–Krawalltrupp formiert, um diesen fremden Fötzel mit seiner schmutzigen Wäsche, die er doch gefälligst anderswo waschen soll, gleich wieder zu vertreiben. Fagan und Dorothy Molefe, die Mutter des ersten Kindes, das 1976 beim Soweto–Aufstand erschossen worden ist und die den Anwalt nach Zürich begleitet hatte, wurden niedergeschrien und attackiert. Doch die durchgedrehten Alten sind nicht alleine: Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und die Zürcher FDP–Sektion fordern ob der drohenden Gefahr einer Klage einen «nationalen Schulterschluss» und die schweizer Presse zieht beinahe geschlossen in übelster Art und Weise über Fagan her.

Die Klage kommt vielen sehr ungelegen, denn sie wirbelt einigen Dreck auf. Der Goldhandel, den das Apartheidregime in Südafrika über die schweizer Banken betrieb, war für dieses wohl überlebenswichtig und auch ideologisch hatten die südafrikanischen RechtsextremistInnen in schweizer Militär– und Wirtschaftskreisen durchaus Freunde.

Fagan hat immerhin mit seiner Aktion eine Bresche geschlagen, die hoffentlich einiges an den Tag bringen wird, worüber man in der Schweiz sonst lieber schweigt. Wenn es ihm aber gelingen sollte mit seiner Klage bei einem amerikanischen Gericht durchzukommen und die schweizer Banken zur Zahlung von Schadenersatz an wenigstens einige Apartheidopfer zu zwingen, so kann das nur begrüsst werden. Ob Fagan dabei auch etwas verdient und wieviel spielt keine Rolle. Wir jedenfalls gratulieren Ed Fagan zu seiner Klage und wünschen ihm und ihr viel Erfolg!!

Die Redaktion

Inhalt

«Die Männer können die beste Person wählen»
Afghanistan: Demokratie–Inszenierung mit Warlords und Scharia
Pascal Germann S. 2

Kunterbunte Illusionen
Was aus den einstigen Träumen von einem neuen Südafrika geworden ist
Nicole Burgermeister S. 5

«Perverse Solidarität»
Paul Rechsteiner über die Kollaboration der schweizer Eliten mit dem rassistischen Südafrika
Nicole Burgermeister und Pascal Germann S. 9

Antiamerikanismus – Säkularisierter Antisemitismus
Eine erstaunliche Übereinstimmung zwischen rechts und «links»
Stephan Truninger und Daniel Völk S. 10

Macbeth im Konvent
Deutschlands Ambitionen auf die Vormachtsstellung in Europa
Jürgen Elsässer S. 13

Die Massen und die Mörder
Jenin: Von Massakern und anderen Halluzinationen
Alexander Hasgall S. 16

Der schwierige Weg der PKK in der kurdischen Perestroika
Das Scheitern der PKK als linkes Projekt
Peter Nowak S. 18

MigrantInnen als Spielball nationalökonomischer Strategien
Das Zweiklassensystem in der Migrationspolitik
Alex Riva S. 20

Die soziale Fassade bröckelt
Die Notwendigkeit radikaler Staatskritik
Thomas Schwendener S. 23

«Nein, Walser ist kein Antisemit!»
Die Selbstverständlichkeit, mit der von links bis rechts ein Buch in Schutz genommen wird
Lukas Müller S. 28

Das Ende der Malerei?
Zur Ausstellung «Painting on the move» in Basel
Lukas Germann S. 31

Nicht tot genug
Zum zwanzigsten Todestag von Carl Orff
Lukas Müller S. 34

«Trotzdem: Ich arbeite sogar im Job besser!»
Attac: Was wollen die Globalisierungskritiker oder die zur Vernunft verklärte Fehlanalyse
Lukas Müller S. 37

«Empire» – Ein Buch für alle
Die Lektüre stellt ApologetInnen des Kapitalismus und GlobalisierungsgegnerInnen zufrieden
Simone Wassmer S. 38

Rezensionen S. 40

Verrisse S. 44

«Die Männer können die beste Person wählen»

Mit der Loya Jirga in Kabul sollte die Demokratisierung Afghanistans eingeläutet werden. Das Resultat ist die Etablierung der Macht der Warlords und die Einführung der Scharia.

von Pascal Germann

Bomben und Fresspaketchen haben sich gelohnt. Afghanistan ist auf dem Weg in die Demokratie. So sollte die Botschaft lauten, als sich Mitte Juni auf Initiative der Westmächte und der UNO über 1'000 Vertreter und einige Vertreterinnen der afghanischen Bevölkerung in Kabul trafen, um über die Zukunft Afghanistans zu debattieren und wie in der schönsten Landsgemeinde–Demokratie gemeinsam Beschlüsse zu fassen.

Ziel war die Bildung einer Übergangsregierung. Der Eindruck, dass die Veranstaltung von aussen aufoktroyiert war, sollte vermieden werden: Man versuchte afghanische Traditionen auszugraben, die, wie behauptet wird, eigentlich demokratisch wären, wenn nicht gerade eine Handvoll bärtiger Miesepeter die Macht ergreifen und das Land zum Terrornest auserwählen. So wurde die Versammlung auf den klangvollen Namen Loya Jirga getauft, für welchen in den deutschsprachigen Medien schon bald ein halbes Dutzend verschiedene Übersetzungen kursierten, die Demokratie und Tradition im Doppelpack versprachen.

«Wahl nach örtlichen Bräuchen»

In der afghanischen Geschichte wurden seit dem 18. Jahrhundert in unregelmässigen Abständen Loya Jirgas einberufen, um in Krisensituationen eine nationale Einigung zu finden. Wie demokratisch diese waren, ist allerdings fraglich. In diesen Ratsversammlungen wurden keine Mehrheitsbeschlüsse gefällt. Vielmehr handelten die Stammesführer unter sich die Kompromisse aus, um sie dann an den Versammlungen zu vermitteln. In den Loya Jirgas des 20. Jahrhunderts stimmten zwar die Teilnehmer über Vorlagen ab, aber Sinn und Zweck der Einberufung war, laut dem amerikanischen Afghanistan–Experten Barnett Rubin, fast immer, *«die gewaltsam eroberte und gehaltene Macht einer königlichen oder anderen Gruppe zu legitimieren.»* Was beschlossen wurde, sei faktisch schon im Voraus festgestanden. Von einem demokratischen Verfahren konnte keine Rede sein. Dies änderte sich auch bei der neuesten unter UNO–Schutz durchgeführten Loya Jirga nicht.

Nach dem Sturz der Taliban: Bart ab...

Vor Eröffnung der Loya Jirga im Juni berichtete ein UNO–Vertreter vor versammelter Presse, dass die Wahl der Delegierten für die Ratsversammlung «erstaunlich fair» abgelaufen sei, ohne dies aber weiter auszuführen. Realistischer ist wohl die Einschätzung der Menschenrechtsorganisation «Human Rights Watch», die den Wahlprozess sehr genau beobachtete. Die Warlords hätten den Wahlprozess in unverschämter Weise manipuliert, schrieb die NGO in einem Bericht. Einschüchterungen durch teilweise massive Gewalt sowie Bestechungen seien an der Tagesordnung gewesen, um GegnerInnen der lokalen Machtträger von einer Kandidatur abzubringen. Noch häufiger stellten die Kriegsherren aber die Wahllisten einfach selbst auf, so dass die AfghanInnen ausschliesslich den Machthabern wohlgesinnte, konservative Vertreter wählen konnten. Die UNO hatte gegen ein solches Vorgehen offenbar wenig einzuwenden. Ein Sprecher bezeichnete es als *«Wahl nach örtlichen Bräuchen»* und fügte hinzu, dass es wichtig sei, die lokalen Behörden einzubeziehen. Zu örtlichen Bräuchen gehört wohl auch, dass Frauen meistens von den Wahlversammlungen ausgeschlossen werden. Ein Klanältester aus Mardyan verteidigte die Wahlprozedur mit den Worten: *«Es ist eine freie Wahl. Die Männer können die beste Person wählen.»* Um aber dennoch den Schein von Gleichberechtigung zu wahren, wurden neben den mehr als tausend männlichen Delegierten auch 200 Frauen bestimmt, die als Vertreterinnen an der Loya Jirga teilnehmen durften. Nach Berichten der afghanischen Frauenorganisation RAWA wurden gezielt konservative Frauen ausgewählt, die sicherlich keine Bedrohung für die Vormacht der Männer darstellten. Zudem trauten sich die wenigsten Frauen, an der Versammlung das Wort zu ergreifen. Die Präsenz der Warlords, die provokativ in den vordersten Rängen Platz nahmen, habe sehr einschüchternd gewirkt, sagte eine Delegierte nach Beendigung der Loya Jirga.

Die Warlords sind die eigentlichen Machthaber in Afghanistan. Sie verfügen über die ökonomische Macht, da Opiumproduktion und –handel in ihren Händen liegen. Ihren Einfluss verdanken sie aber vor allem der militärischen Stärke. Einige Privatarmeen sind um ein Vielfaches grösser als die

mit bescheidenen Finanzmitteln aufgebaute Armee der Regierung. Es war klar, dass die Loya Jirga die Macht der Warlords nicht eindämmen konnte, auch wenn sie genau das versprach. In einem Passus der Loya–Jirga–Kommission der UNO heisst es, dass an der Versammlung keine Personen teilnehmen dürften, die *«Verbindungen zu Terroristen haben, in Drogenschmuggel, Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Plünderungen oder in den Augen des Volkes direkt oder indirekt in die Tötung unschuldiger Zivilisten verwickelt sind»*. Wenn dieses Kriterium aber tatsächlich angewendet worden wäre, so hätten wohl Hunderte abgewiesen werden müssen. So nahmen an der Loya Jirga beispielsweise der als besonders brutal geltende General Dostum teil, der für sein Zerstörungswerk in Kabul bekannt ist, der Drogenbaron und Kriegsherr über 15'000 bewaffnete Männer Ismail Khan, oder der Warlord Pasha Khan, der noch diesen Frühling aus Ärger über seine Absetzung als Gouverneur 500 Granaten auf die Provinzhauptstadt Gardez niederprasseln liess. Die Liste der an der Jirga teilnehmenden Kriegsherren ist lang. Sie übten den entscheidenden Einfluss auf die Versammlung aus. Keine wesentlichen Beschlüsse konnten ohne die Zustimmung der Mehrheit der Warlords gefällt werden. Zudem wurden an der Loya Jirga mehr lange Voten ausgetauscht als Entscheidungen getroffen. Dies lag wiederum im Interesse der lokalen Machthaber, weil dadurch die bestehenden Machtverhältnisse nicht angetastet wurden.

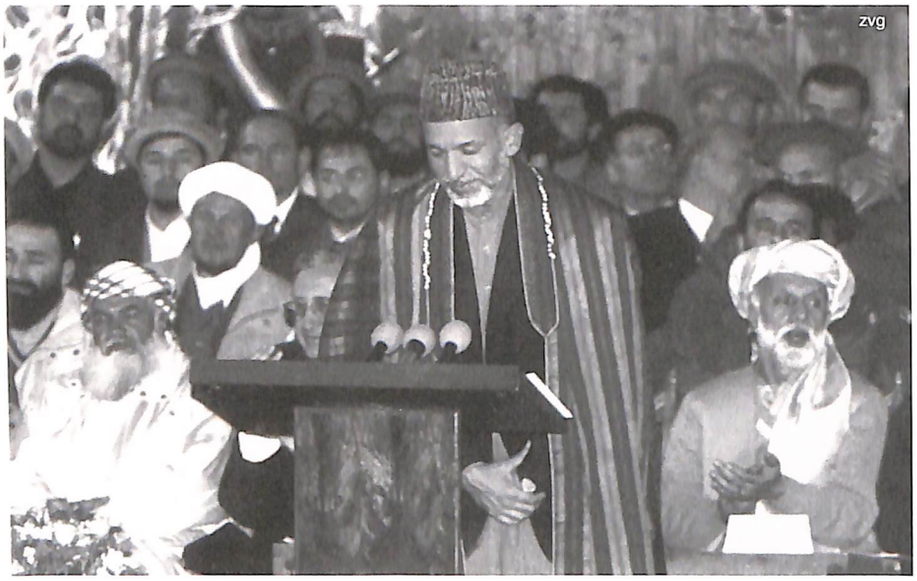
...aber Burka bleibt: Für die Frauen hat sich nicht viel verändert.

Stabilität um jeden Preis

Die USA, die unverblümt auf den afghanischen Rat Einfluss nahmen, setzten den Kriegsherren ebenfalls nichts entgegen. Ihre Strategie besteht vielmehr darin, Stammesfürsten und andere lokale Machthaber möglichst einzubinden. So nahmen die Amerikaner einige Warlords kurzerhand unter Vertrag, um sie auf ihre Seite zu bringen. Die USA wollen vor allem stabile Verhältnisse erreichen, in welchen ungestört Pipelines gebaut werden können und keine Basis für antiamerikanische Terroristen mehr entstehen kann. Stabilität bedeutet aber nicht Einführung von Demokratie. Im Gegenteil: Sie ist viel einfacher durch die Zementierung der aktuellen Machtverhältnisse, die der Demokratie entgegenstehen, erreichbar. Insofern liegen die Interessen der USA und der Warlords, zumindest jener, die sich in das «neue Afghanistan» integrieren lassen, nicht weit auseinander.

Vor allem war es den Vereinigten Staaten aber wichtig, dass ihr Kandidat Hamid Karzai zum Ministerpräsidenten gewählt wird. Karzai lebte in den USA im Exil und war dort im Ölgeschäft tätig. Er kümmerte sich speziell um den Ölexport aus Zentralasien. In Afghanistan kennt man ihn kaum, bei den Ölfirmen aber sehr wohl. Der einzige mögliche Konkurrent für Karzai war der Ex–König Shah Zahir, der bei den AfghanInnen um einiges bekannter und wahrscheinlich auch beliebter ist. So hofften beispielsweise die Frauen von RAWA auf seine Rückkehr, da sie von ihm am ehesten eine Entmachtung der Warlords und eine Säkularisierung erwarteten. Zahir verzichtete aber auf eine Kandidatur. Die entscheidende Rolle spielte dabei der US–Sondergesandte Zalmay Khalilzad, derselbe, der vor Jahren zwischen den Taliban und dem Energiekonzern Unocal vermittelte und massgeblich zu der früheren Freundschaft zwischen den USA und den Taliban beitrug. Khalilzad verhandelte mit dem Ex–König so lange, dass der Beginn der Loya Jirga verschoben werden musste. Darauf trat der amerikanische Afghanistan–Beauftragte vor die Presse und verkündete, bevor der Ex-Monarch selbst Stellung nahm, *«dass er als Kandidat für den Posten als Staatschef nicht zur Verfügung steht und die Kandidatur von Herrn Karzai unterstützt»*. Damit war die Sache geritzt. Die Jirga durfte losgehen. Karzai wurde wie erwartet mit überwältigendem Mehr gewählt. Die einzige ernsthafte Gegenkandidatin, eine Ärztin, die im Unterschied zu Karzai ein ganzes Regierungsprogramm vorlegen konnte, erhielt rund einen Zehntel der Stimmen. Darauf ernannte Karzai die Minister. Die Posten besetzte er vor allem mit Machthabern, die von nun an nicht mehr Warlords, sondern «Führer des Jihad» genannt wurden. Besonders berücksichtigt wurden tadschikische Anführer der Nordallianz, von denen teilweise krasse Kriegsverbrechen bekannt sind, so beispielsweise von dem zum Verteidigungsminister ernannten Mohammed Fahim. Klar untervertreten fühlen sich paschtunische Stammesführer. Mit der Ernennung von Abdul Kadir, einem paschtunischen Kriegsherrn, der auf der Seite der Nordallianz gekämpft hatte, zu einem der drei Stellvertreter des Präsidenten versuchte Karzai die paschtunische Fraktion zufrieden zu stellen. Abdul Kadir wurde aber nur drei Wochen nach Beendigung der Ratsversammlung Opfer eines Attentats. Damit steigt die Gefahr eines erneuten Ausbruchs des Bürgerkriegs weiter. Schon vor dem Attentat drohten paschtunische Machthaber offen mit Krieg, da sie ihre Interessen nicht gewahrt sahen. Besonders verärgert hat sie, dass Karzai an der Loya Jirga nicht über das neue Kabinett abstimmen liess. Angeblich fehlte die

Zeit. Auch bei der Ausarbeitung des neuen Parlaments durfte die Versammlung nicht mitbestimmen. Da die Jirga sich nicht geeinigt habe, gelte automatisch sein Vorschlag, meinte Karzai lakonisch und überging damit etliche Gegenvorschläge zur Schaffung eines Parlaments. Fast 100 Delegierte verliessen darauf aus Protest die Loya Jirga.



Geschäftsmann Karzai gibt sich traditionell

«Gemässigte Scharia»

Mehr Einigkeit bestand in weniger weltlichen Angelegenheiten. So ganz nebenbei gab Karzai bekannt, wie der zukünftige Staat Afghanistan auszusehen habe. Der Staat sei «islamisch» und *«unsere Gesetze sollten auf der islamischen Rechtssprechung basieren»*. Diese Sätze, denen niemand zu widersprechen wagte, äusserte der neue Ministerpräsident, nachdem der Kriegsherr Sayyaf ein feuriges Plädoyer für die Scharia hielt. Sayyaf pflegte freundschaftliche Beziehungen zu Osama bin Laden und seine Ansichten näherten sich im Laufe der Jahre immer mehr der Ideologie der Al–Qaida an. Doch wahrscheinlich war die Rede dieses Ultrafundamentalisten nicht einmal nötig; denn es scheint einen weitverbreiteten islamistischen Konsens unter den Machthabern zu geben. Mit der Einführung der Scharia wurde bloss ein bereits bestehendes Unrecht institutionalisiert. Die nach dem Sturz der Taliban in den Medien kursierenden Propagandabilder, die lachende Frauen zeigten, entsprechen nicht der Realität. Ausserhalb von Kabul sind keine Frauen ohne Burka zu sehen. Doch auch in Kabul trauen sich laut Human Rights Watch 95% der Frauen nicht, ohne männliche Begleitung auf die Strasse zu gehen.

Nachdem Karzai die «islamische Rechtssprechung» eingeführt hatte, war in den westlichen Medien schnell die Rede von einer «gemässigten Scharia». Es mag sein, dass die neue Regierung nicht die gleichen harschen Strafen einführt wie die Taliban, obwohl dies einige islamistische Kriegsherren fordern. Doch das Wesen der Scharia offenbart sich nicht in erster Linie in den barbarischen Hinrichtungen und Verstümmelungen, sondern, worauf islamische Rechtsgelehrte immer wieder selbst hinweisen, in der Unterwerfung des Menschen unter eine moralische Gemeinschaft, die das Leben des Individuums bis in den privatesten Bereich hinein reguliert. Die unter der Burka verschleierten Frauen sind nicht mehr unterscheidbar und werden somit auch sozial gleich, eine Gleichheit, die allerdings nicht der Entfaltung der Persönlichkeit dient, sondern die den Souveränitätsverlust und die totale Entindividualisierung des Menschen bedeutet. Die Klassengegensätze scheinen im auf irrationalen Vorstellungen konstruierten Kollektiv aufgehoben zu sein. Insofern bestehen durchaus Ähnlichkeiten zwischen dem Islamismus und dem europäischen Faschismus. Von «gemässigter Scharia» können nur ApologetInnen sprechen. Das Adjektiv dient bloss der Legitimation.

Die in Afghanistan stationierten Westmächte vermochten weder die Rückkehr der Warlords noch die Erneuerung der Scharia zu verhindern. Im Gegenteil: Die Isaf–Truppen boten dafür den geschützten Rahmen. Entgegen allen anders lautenden Beteuerungen scheinen die Besatzungsmächte der zukünftigen Gestaltung Afghanistans ziemlich gleichgültig gegenüberzustehen. Sie verfolgen zwar alle politische und ökonomische Absichten, diese sind aber nicht auf Afghanistan ausgerichtet. Die USA wollen die Al–Qaida bekämpfen und sie zeigen ein strategisches und ökonomisches Interesse an den Staaten nördlich von Afghanistan. Deutschland will sich als weltweit operierende Ordnungsmacht profilieren und die Türkei, die ebenfalls mit Truppen in Kabul präsent ist, möchte sich als Regionalmacht beweisen. Die Truppenkontingente sind sehr gering und keine der Westmächte ist bereit, Schutztruppen ausserhalb Kabuls zu stationieren. Das mangelnde Interesse an Afghanistan zeigt sich auch daran, dass die versprochenen Gelder an die Regierung und für den Aufbau des Landes nur sehr spärlich fliessen. Es mangelt überall.

Das Hauptproblem Afghanistans liegt nicht – wie in einigen linken Blättern behauptet wird – darin, dass die westlichen Mächte mit Bomben und zweifelhaften Allianzen die idealen Verwertungsbedingungen für das Kapital schaffen. Dies trifft zwar für den geplanten Bau von Öl– und Erdgaspipelines zu, vermag aber das Elend in Afghanistan nicht zu erklären. Das Hauptproblem liegt wohl eher genau im Gegenteil: dem mangelnden Interesse des Kapitals an Afghanistan, der Unfähigkeit des Kapitalismus Länder wie Afghanistan zu integrieren und zu entwickeln. In Afghanistan gibt es wenig und um das Wenige wird ein skrupelloser Kampf geführt. Dies bietet einen fruchtbaren Boden sowohl für Islamisten, die eine Aufhebung der Klassengegensätze im religiösen Zwangskollektiv versprechen, als auch für Kriegsherren, die durch Anwerbung von Soldaten Tausenden einen Verdienst sichern. Die Dominanz von Islamisten und Warlords verhindert aber jegliche emanzipatorische Entwicklung in Afghanistan. ■

Kunterbunte Illusionen - Was aus den einstigen Träumen von einem neuen Südafrika geworden ist

Noch vor zehn Jahren war der ANC der Hoffnungsträger der unterdrückten Bevölkerung Südafrikas. Heute propagiert er ein neoliberales Wirtschaftsprogramm und widmet sich dem Kampf gegen «antisoziale Elemente». Multikulti–Rhetorik und Versöhnungsromantik dienen vor allem dazu, die bestehenden Ungleichheitsstrukturen zu kaschieren.

von Nicole Burgermeister

Die Euphorie 1994 war gross, auch in der Linken. Nach der Aufhebung des Verbots des African National Congress (ANC) und der Befreiung Nelson Mandelas schien mit der Machtübergabe der rassistischen National Party an den ANC das Ende der Apartheid eingeläutet. Das Bild der «Rainbow–Nation» ging um die Welt, von einem «neuen Südafrika» wurde gesprochen, von Versöhnung und gleichberechtigtem Zusammenleben in einem «multikulturellen Staat».

Südafrika schien leuchtendes Beispiel dafür, was jahrzehntelanger Widerstand und konsequente Basisarbeit im In– und Ausland erreichen konnten. Heute, ein knappes Jahrzehnt später, werden gegen die staatliche Privatisierungspolitik protestierende Township–BewohnerInnen brutal von der Polizei niedergeprügelt, die Regierung unterstützt Grosskonzerne bei der Umsetzung von immer repressiveren Arbeitsbedingungen; eifrig werden auf Kosten der unteren Schichten neoliberale Strukturanpassungsprogramme umgesetzt. VertreterInnen des «Concerned Citizens' Forum», einer Protestbewegung gegen die aktuelle Politik der Regierung, äussern in einem Memorandum folgende Worte: *«The ANC carried our hopes through the dark years of apartheid. But now it is clear that the ANC is the enemy of the poor.»*

Was ist passiert?

Der Graben zwischen Arm und Reich in Südafrika ist heute grösser denn je; das Land gehört weltweit neben Brasilien zu den Spitzenreitern, was soziale Ungleichheiten betrifft.

Der Übergang vom Apartheid– zu einem liberaldemokratischen Staat hat zwar dazu geführt, dass ein Teil der «schwarzen» Mittelklasse zur ehemals rein «weissen» Kapitalistenklasse aufsteigen durfte und nun ebenfalls zu denen gehört, welche sich in den exklusiveren Stadtteilen hinter von Privatpolizei bewachten Stacheldrahtzäunen verschanzen. Wenn gleichzeitig aber 40% der ärmsten Haushalte einen Einkommensverlust von 21% hinnehmen mussten und trotz aller von der Regierung gemachten Versprechen weiterhin in elenden Squattersiedlungen leben, stellt sich doch die Frage, was aus den Träumen von damals geworden ist. Träume, welche gerade auch die Linke hierzulande eifrig mitgeträumt hat.

Politik der Anpassung

So lange hinter der bunten Fassade einer Regenbogennation ein System weiterfunktioniert, das es einer privilegierten Minderheit seit über hundert Jahren ermöglicht, sich auf Kosten einer kolonialisierten Mehrheit zu bereichern und das auch unter der neuen Regierung wesentlich von denselben, als Grundlage für den Apartheidsstaat dienenden Strukturen und Institutionen geprägt ist, müssen alle Bestrebungen für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Situation scheitern. Da hilft auch schönfärberische Multikulti–Rhetorik und Versöhnungsromantik nicht. Acht Jahre nach Einsetzen der heute regierenden Dreierallianz aus ANC, dem Verband südafrikanischer Gewerkschaften COSATU und der Kommunistischen Partei SACP werden Wirtschaft und Unterdrückungsapparate weiterhin von jenen beherrscht, welche bereits vorher an den Schalthebeln der Macht sassen und vom System des offenen und systematischen Rassismus profitiert haben.

Der Verdacht, dass in Südafrika einfach ein paar weisse Marionetten an der Regierungsspitze durch schwarze ersetzt wurden, lässt sich nicht ganz von der Hand weisen. Es ist fraglich, ob der überall so zelebrierte friedlich und reibungslos ablaufende Übergang Anfang der 90er–Jahre in dieser Form stattgefunden hätte, wenn der ANC nicht seine Bereitschaft erklärt hätte, die herrschende neoliberale Orthodoxie zu übernehmen und innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems zu funktionieren, ohne die bestehenden Besitzverhältnisse anzutasten.

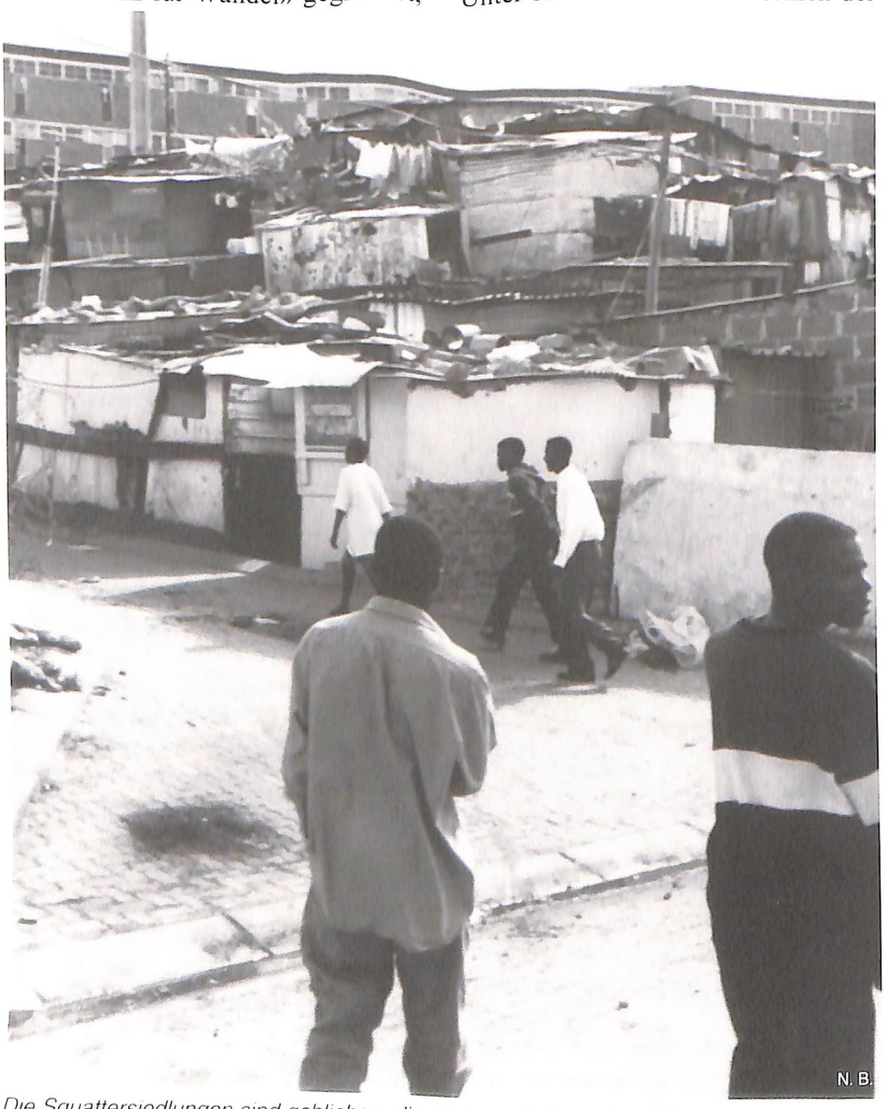
Noch zu Beginn der 80er Jahre war die südafrikanische Widerstandsbewegung stark von der Idee einer nicht auf ethnischen Kategorien basierenden sozialistischen Nation geprägt gewesen. So spielten die Arbeiterbewegung und radikal linke Kräfte eine entscheidende Rolle im Kampf gegen den Apartheidsstaat. Heute propagiert der ANC ein neoliberales Wirtschaftsprogramm und hat seine Hauptfunktion darin, wie der US–amerikanische Historiker Peter Rachleff in einem im Oktober 2000 in Detroit gehaltenen Vortrag über die Arbeiterbewegung Südafrikas ausführte, gemeinsam mit COSATU und SACP, *«dem multinationalen Kapital im Namen der Entwicklung gefällig zu sein.»* Weder die 1994 versprochene Verstaatlichung der Minen und der Monopolgesellschaften noch die Umverteilung des Landes wurden umgesetzt. Der revolutionäre soziale Umbau der Gesellschaft, für den ein grosser Teil der damaligen Widerstandsbewegung während Jahrzehnten gekämpft hat, hat nie stattgefunden.

Dass es gerade der moderate, die politische Mitte vertretende Teil des ANC war, welcher schliesslich sowohl strategisch als auch politisch die bestimmende Rolle übernahm, ist kein Zufall. Nach dem Fall der Berliner Mauer konnte sich der ANC nicht mehr auf die Unterstützung der Sowjets verlassen, der Einfluss der SACP und der radikaleren Kräfte wurden zurückgedrängt. Manche linken KritikerInnen gehen so weit, dem ANC jeglichen Anspruch, eine revolutionäre Organisation zu sein, abzu-

sprechen. Sicher ist, dass es zumindest ab Ende der 80er Jahre nicht mehr um einen revolutionären Umsturz ging, sondern vielmehr darum, in Verhandlungen die Rahmenbedingungen für das klassisch liberaldemokratische vermeintliche Prinzip der Chancengleichheit in Staat, Politik und Wirtschaft zu etablieren.

Keine rote Gefahr

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle der südafrikanischen Wirtschaftselite, welche kürzlich in der Weltwoche als Wegbereiterin zur Abschaffung der Apartheid dargestellt wurde. Dass die wirtschaftliche Elite sich verschiedentlich für die Abschaffung der Apartheid und Reformen stark machte, ist nicht zu bezweifeln, war doch die zunehmende internationale Isolation, in welche die Politik des Apartheidsregimes das Land führte, alles andere als in ihrem Interesse. So wurde 1985 die «Allianz für Wandel» gegründet, der die bekanntesten Wirtschaftsführer Südafrikas angehörten. Von den fünf wichtigsten Interessensverbänden der Privatwirtschaft wurden denn auch konkrete Verfassungsvorschläge zum Ziele der *«Gleichstellung aller Rassen»* ausgearbeitet (Weltwoche vom 27.6.02). Wie eine mögliche Zusammenarbeit mit dem ANC aussehen konnte, musste allerdings erst einmal abgeklärt werden. Als klar wurde, dass die *«Schwarzenführer ein weitaus grösseres Interesse an einer funktionierenden Wirtschaft hatten als an der Einführung einer kommunistischen Planwirtschaft»* schien auch die Gefahr, dass man durch den Wechsel Privilegien abtreten musste, gebannt. Er sei beeindruckt gewesen von der Abwesenheit des traditionellen marxistisch–leninistischen Jargons und Dogmas, so zitierte die Weltwoche einen der anwesenden Wirtschaftsführer anlässlich eines mit Vertretern des ANC 1985 durchgeführten Treffens. Unter solchen Umständen schien der Fall klar, auch bei den westlichen Regierungen, die noch während des Kalten Krieges eher misstrauisch gegenüber der südafrikanischen Widerstandsbewegung gewesen waren. Warum sollte man weiterhin mit einem international geächteten Minderheitenregime zusammenarbeiten, wenn man mit Nelson Mandela und dem ANC eine populäre Alternative hatte, die man als dazu bereit erachtete, sich gefügig in die vorherrschende neoliberale Wirtschaftsordnung einzufügen?



Die Squattersiedlungen sind geblieben, die sozialen Gräben ebenfalls

Konzerne mischen eifrig mit

Wie sich nun zeigt, erfüllt die aktuelle südafrikanische Regierung unter Thabo Mbeki die ihr von Europa und den USA zugedachte Rolle als wichtiger Partner zur Erschliessung des südlichen Afrika nahezu enthusiastisch. Für die Umsetzung der geforderten Strukturanpassungen im Sinne von IWF und Weltbank wurde das sozialdemokratische «Reconstruction and Development Programme» (RDP), welches anfänglich noch favorisiert worden war, zugunsten des neoliberalen «Growth, Employment and Redistribution» (GEAR) über Bord geworfen. Auch der Generalsekretär der SACP, Jeremy Cronin, hat sich für das ausschliesslich auf Wirtschaftswachstum durch Investitionen und Steuergeschenke ausgerichtete GEAR ausgesprochen.

Obwohl Untersuchungen zeigen, dass seit der Einführung des GEAR bis zu einer halben Million SüdafrikanerInnen ihren Job verloren haben und 10 Millionen TownshipbewohnerInnen von der Strom– und Wasserversorgung abgeschnitten wurden, weil sie die Mittel zur Deckung dieser Grundbedürfnisse nicht mehr aufbringen konnten, werden im Sinne der neu definierten Ziele fleissig Bestrebungen zur Privatisierung der wichtigsten staatlichen Unternehmen erfüllt. Gerade für Bereiche wie das Gesundheitswesen, welches sich angesichts einer der höchsten Aids–Raten der Welt in einer desolaten Situation befindet, werden diese Tendenzen schwerwiegende Auswirkungen haben.

Bei dieser *«Restrukturierung von Staatseigentum»* behilflich ist Südafrika ein sogenannter *«Konsultativrat internationaler Investoren»*, der letztes Jahr ins Leben gerufen wurde.

Zu diesen Beratern gehören unter anderem DaimlerChrysler–Chef Jürgen Schrempp, der Vizepräsident der US–amerikanischen Commerzbank und der irische Medienmulti Tony O'Reilly, dessen Konzern die Hälfte aller südafrikanischen Tages– und Wochenzeitungen gehört. Beim letztjährigen World Economic Forum in Davos wurde dieser Investorenrat infolge Mbekis Lagebericht um ManagerInnen aus der Informationstechnologie ergänzt, so dass nun auch Firmen wie Siemens und Hewlett–Packard fleissig bei den wirtschaftspolitischen Entscheiden Südafrikas mitmischen dürfen. (Junge Welt vom 5.9.01).

Kampf gegen asoziale Elemente

Repressive Tendenzen sind zunehmend auch im Bezug auf die Situation der Arbeiterklasse erkennbar. Die im Rahmen der zur Förderung der «Flexibilisierung» erlassenen Arbeitsrechtsreformen beinhalten Massnahmen, welche die Rechte der Lohnabhängigen massiv beschneiden. Bezüglich Löhnen und Arbeitsbedingungen hat sich für die Mehrheit der südafrikanischen ArbeiterInnen die Situation im Vergleich zu den Zeiten der Apartheid noch verschärft. Mbeki versprach sogar öffentlich, die *«rigiden Arbeitsschutzgesetze»* aufweichen zu wollen und wurde dafür auch prompt vom Johannesburger Wirtschaftsexperten einer US–Investmentbank für diese *«härtere Linie»* gegenüber den Interessen der Gewerkschaft und dem *«positiven Signal für ausländische Investoren»* gelobt (Junge Welt vom 5.9. 01). Auch die NZZ fand angesichts steigender Exportzahlen der südafrikanischen Autoindustrie beifällige Worte über die *«Erfolgreiche Regierungspolitik»* (NZZ vom 4.1.02). Die sich häufenden Streikaktionen sind für Mbeki schlicht ein *«Investitionshemmnis»*. Anlässlich eines Anfang 2000 stattfindenden Streiks von über 1000 gegen die unhaltbaren Arbeitsbedingungen protestierenden Beschäftigten des VW–Konzerns in Uitenhage schien die einzige Sorge, welche den ehemaligen Widerstandskämpfer plagte, die um den Ruf des Landes bei den internationalen Konzernen. *«Unser Ansehen in den Augen des Investors kann nicht von Elementen abhängen, die ihre eigennützigen und antisozialen Absichten verfolgen»*, so Mbekis Kommentar. Als die Streikenden daraufhin entlassen werden sollten, erklärte sich der ANC solidarisch mit der VW–Leitung, war dieser sogar mit zusätzlichem Polizei– und Militäraufgebot behilflich und drohte den Streikenden mit Streichung der Arbeitslosenunterstützung. Unterstützt wurde sie dabei auch von der COSATU. Solche Vorfälle zeigen deutlich, wie stark die einst militanten Gewerkschaftsbewegungen ins Netz der klassischen Gewerkschaftsbürokratie geraten sind und oft nichts anderes mehr sind als geschmeidige Sozialpartner, genauso wie der ANC in einem Netz institutionalisierter Beziehungen, Systeme und Praktiken gefangen, um, wie es der südafrikanische Literaturwissenschaftler Neville Alexander ausdrückt, *«den Interessen der weissen Privilegierten und denjenigen der Kapitalistenklasse zu dienen»*.

Versöhnen und vergeben

Die Vermutung, dass der Preis für den Wechsel an der Spitze der Regierung die Bereitschaft des neuen Regimes beinhaltete, sich an die herrschenden Verhältnisse anzupassen, wird auch von der Tatsache unterstrichen, dass der ANC folgendes hatte garantieren müssen: Es würde keine Verfolgung früherer Verbrechen des *«Sicherheitspersonals»* der Apartheid geben.

Mit der immer wieder als Garant der Versöhnung hochgejubelten *«Truth and Reconciliation Commission»* fand Südafrika eine Form der «Vergangenheitsbewältigung», welche dieser Logik sehr gut entspricht. Selbst wenn diese Art der Geschichtsaufarbeitung gewiss auch einzelne positive Aspekte beinhaltet, ist eine kritische Haltung gegenüber der Funktion der TRC unerlässlich. Indem einzelne TäterInnen und Opfer in der Öffentlichkeit ihre Geschichte preisgeben dürfen und daraufhin die TäterInnen die Amnestie erhalten, wird die Schuld individualisiert, der Fokus auf das «Böse» in personifizierter Form gelegt. Wie das Ritual ablaufen soll, durch das die südafrikanische Nation wieder versöhnt werden soll, ist genau festgelegt und wird von den Medien geschickt inszeniert: Die SüdafrikanerInnen verfolgen die tragischen Schicksalsgeschichten im Fernsehen, beklagen gemeinsam die schlimmen Geschehnisse der Vergangenheit und erfreuen sich anschliessend glücklich vereint an den fröhlichen Gesichtern der überall als Symbol des neuen Südafrikas auftauchenden Regenbogenkinder, welche trotz verschiedener Hautfarben Freunde sind.

Von den wirklichen Drahtziehern erschien allerdings mit wenigen Ausnahmen niemand vor der TRC. Das System selbst, gerade in seinen auch heute weiter wirkenden politischen und ökonomischen Dimensionen, wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die Konzerne, die Justiz und andere Stützen und Profiteure der Apartheid kamen unbehelligt davon. Dass Wouter Basson, der Chef des geheimen Programms für chemische und biologische Waffen und verantwortlich für den Tod Tausender, Anfang dieses Jahres freigesprochen wurde, erstaunt da kaum.

Ebenfalls nicht erstaunlich ist die Popularität, auf die Südafrika und seine Regierung bezüglich seines «Weges aus der Apartheid» bei den westlichen Staaten zählen kann. Schliesslich ist die Art der «Vergangenheitsbewältigung», wie Südafrika sie betreibt, ausgesprochen bequem gerade für jene, deren Weste in dieser Angelegenheit auch nicht allzu weiss ist.

Die Zurückhaltung der politischen und wirtschaftlichen Eliten der Schweiz in der ganzen Diskussion um die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit dem Apartheidsregime passt sehr gut ins Muster dieser «Geschichtsaufarbeitung». Versöhnen, vergeben und vergessen, ein paar Böse ins und die grösseren Zusammenhänge aus dem Blickfeld rücken; diese Strategie erweist sich nicht nur in Südafrika als sehr erfolgreich. So wird kaum erwähnt, dass die Ideologie der Apartheid auch hierzulande auf enorme Sympathien stiess – im Umfeld der Swiss South African Association (SSAA) und der von Blocher mitbegründeten Arbeitsgemeinschaft Südliches Afrika (ASA) beispielsweise – und auch von der Schweizer Regierung nicht grundsätzlich abgelehnt wurde (Vergleiche Interview mit Paul Rechsteiner auf Seite 9)

Reaktionäre Identitätspolitik

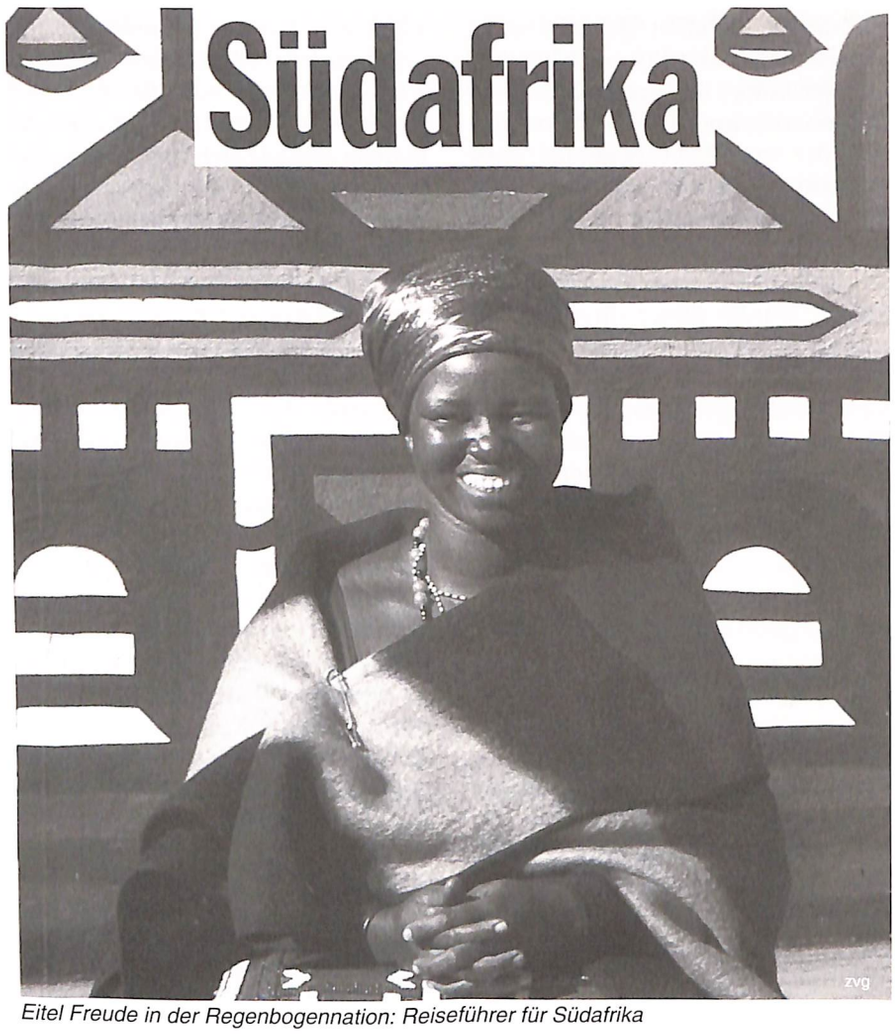
Mit einer solchen Form der Vergangenheitsaufarbeitung werden zwar die einzelnen gröberen Menschenrechtsverletzungen, Folter, Armut und spezifische Morde thematisiert. Wenn es allerdings um die über diese Aspekte hinausreichenden Dimensionen des Apartheidsystems und seiner Ideologie geht, dann stösst man im Bezug auf das in der Bevölkerung vorhandene Bewusstsein schnell einmal an Grenzen.

Die strukturellen Grundlagen des Rassismus, welche auch im heutigen Südafrika weiterbestehen, werden sowohl von Politikern wie Mbeki als auch in diversen von NGO's durchgeführten Präventionsprogrammen gegen Rassismus, in welche die Autorin selbst Einblick hatte, gerne ausgeklammert. Meist geht es dabei schlicht um den Abbau von Stereotypen und Vorurteilen. Dass gleichzeitig der Gedanke der Apartheid auf der kulturellen Schiene weitergeführt und durch die ökonomischen und sozialen Ungleichheiten reproduziert wird, wird dabei oft übersehen. Das weitverbreitete Bild der südafrikanischen Nation als einer aus klar von einander abgrenzbaren Kulturen bestehenden Gesellschaft ist äusserst problematisch. Insbesondere dann, wenn der auf diesem Bild aufbauende Diskurs wie im Falle von Südafrika bereits historisch in einem Kontext rassistisch–essentialistisch gefärbter Ideologien situiert werden muss. Die Regierung, welche diese ethnischen Kategorien zur Einteilung der südafrikanischen Gesellschaft schon immer akzeptiert hat, trägt das ihre zu dieser Identitätspolitik bei.

Getrennte Welten

Dazu kommt die offensichtliche Tatsache, dass die Mehrheit der SüdafrikanerInnen immer noch in getrennten Welten lebt. Man bleibt «unter sich», wie es so schön heisst. Um für räumliche Trennung zu sorgen, braucht es keine «Rassengesetze», die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten genügen zur Ghettoisierung ganzer Bevölkerungsgruppen vollauf.

Wenn die besser gestellten SüdafrikanerInnen etwas von den «anderen» mitbekommen, dann nur gerade auf dem Weg zum sonntäglichen Einkaufsbummel in einer der riesigen Shopping–Malls, wenn ihr Auge zufällig auf eines der Squattercamps am Rande der Autobahn fällt. Die in Reiseführern so angepriesene und gerade auch von jungen, sich als links bezeichnenden Leuten zelebrierte «Vielfalt der Kulturen» erweist sich so als nichts anderes als rhetorische Schönfärberei hässlicher Realitäten zum Zwecke der Legitimation sozialer und ökonomischer Ungleichheiten. Dass rassistische Stereotype wie das des «lazy black» sogar bei Leuten verbreitet sind, welche sich gegen die Apartheid aussprechen, zeigt sehr gut auf, wie wenig in die Tiefe die Auseinandersetzung mit dem System der Apartheid bei Vielen wirklich geht.



Eitel Freude in der Regenbogennation: Reiseführer für Südafrika

Angesichts der aktuellen Entwicklungen ist es nicht erstaunlich, dass sich gerade in den Townships und unter den ArbeiterInnen Enttäuschung über die Regierung und den von ihr eingeschlagenen Weg breitmacht. Ausserparlamentarische Kräfte gewinnen Zuwachs. Innert kürzester Zeit entstand eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen, welche gegen die aktuelle Regierungspolitik kämpfen; in Durban, Cape Town und Johannesburg formieren sich sogenannte «Anti–Privatisierungs–Foren»; viele Angestellte wenden sich von den offiziellen Gewerkschaften ab und radikaleren Kräften zu.

Die Stärke dieses Widerstands wird allerdings auch davon abhängen, ob die oppositionellen Kräfte fähig sein werden, progressive Alternativen zur der zur Zeit aktuellen, den Fokus auf ethnische Unterschiede richtenden Identitätspolitik zu entwickeln. ■

«Perverse Solidarität»

Mitte Juni kündigte der amerikanische Anwalt Ed Fagan eine Sammelklage gegen schweizer und andere Banken an wegen ihrer Unterstützung für das Apartheidregime in Südafrika. Der heutige Gewerkschaftspräsident und SP–Nationalrat Paul Rechsteiner war in der Antiapartheidbewegung engagiert. Wir sprachen mit ihm über die Kollaboration der wirtschaftlichen und politischen Elite der Schweiz mit dem rassistischen Südafrika.

von Pascal Germann und Nicole Burgermeister

Risse: Sowohl die schweizer Regierung als auch die Wirtschaft wirkten immer wieder unterstützend für mörderische Regimes. Im Unterschied zu anderen Fällen trug die Schweiz aber im Falle von Südafrika sogar massgeblich dazu bei, dass das Apartheidregime so lange aufrechterhalten werden konnte.

P. R.: Dazu gibt es zwei Sachen zu sagen. Politisch zwar eher unbedeutend, war die Schweiz wirtschaftlich, als Finanzmacht, doch ein sehr wichtiges Land. Die Schweiz bekam vor allem in den Achtzigerjahren ökonomisch eine strategische Bedeutung für das Apartheidregime, weil viele grosse Banken anderer Staaten, vor allem angelsächsische, sich unter dem grossen Druck der in diesen Ländern sehr starken Anti–Apartheidbewegungen zurückziehen mussten.

Das zweite Element ist die ideologische Nähe eines Teils der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Elite der Schweiz zum Apartheidstaat. Im politischen Spektrum spielte die perverse Solidarität dieser *«unheimlichen Patrioten»*, wie sie im nach wie vor wegweisenden Buch von Niggli, Frischknecht und Haldimann genannt werden, eine grosse Rolle. Auch innenpolitisch waren sie von entscheidender Bedeutung. Dies hat letztlich auch dazu geführt, dass es bei keinem anderen Land in der südlichen Hemisphäre eine auch nur annähernd so grosse Nähe, ein so starkes Engagement gegeben hat wie im Fall des Apartheidregimes.

Risse: In Teilen der SSAA[1] war man beispielsweise überzeugt, dass die Apartheid in ihren tiefen Prinzipien richtig sei. Es scheint, dass die Apartheid–SympathisantInnen sich nicht auf eine kleine Gruppe beschränkten.

P. R.: Es hat eine bedenkliche Übereinstimmung von Weltbildern gegeben. So konnte beispielsweise Blocher noch 1989 in der Schweizer Illustrierten unwidersprochen erklären, dass das Stimmrecht nichts für Schwarze sei. Die SSAA war im Vergleich zur ASA[2], die Blocher präsidierte, relativ weichgespült.

Ein solches Klima hat die Schweiz geprägt, diese Identifikation mit dem rassistischen Weltbild, welche die wirtschaftliche und militärische Elite auszeichnete. Man muss allerdings auch sagen, dass es innenpolitisch eine starke Kontroverse gab. Die Anti–Apartheid–Bewegung wurde immer stärker. Die Demonstrationen auf der Bahnhofstrasse oder die Konten–Boykotts beispielsweise stiessen auf grosse Resonanz. Es war nicht bloss die Rechte, die hier aktiv war.

Aber eines ist klar: Die Schweiz war das einzige demokratische Land, welches die Sanktionen gegenüber Südafrika sabotierte und torpedierte. Sogar die militärische Kooperation ist weitergeführt worden, obwohl beispielsweise der Austausch von Militärattachés von der UNO geächtet war.

Risse: Kann man also sagen, dass bei der Kooperation mit Südafrika nicht Profitinteressen, sondern politische und ideologische Übereinstimmungen im Vordergrund standen?

P. R.: Vermutlich war es beides. Ab Anfang dieses Jahrhunderts spielte der Bankenfinanzplatz Schweiz eine ganz wichtige Rolle. Mit der Bedeutung, die er für das Apartheidregime annahm, erreichte er vielleicht sogar eine neue Spitze. Der Bruch von Sanktionen war sehr profitabel. Es ging ums Geschäft.

Das Geschäft alleine erklärt allerdings nicht alles. Es war viel mehr, es hat eine Identifikation gegeben, die sehr weit gegangen ist, und zwar bei führenden Akteuren. Ein Beispiel dafür ist die Umschuldungsaktion 1986 unter dem damaligen Nationalbank–Chef Leutwiler. Man hat diesen Leuten angemerkt, dass sie total engagiert waren, dass sie ein absolut hermetisches Weltbild hatten. Es hiess, der ANC sei eine Terrororganisation, der Fichenstaat betrachtete Anti–Apartheid–Aktivität als potentiell staatsfeindlich und fichierte deshalb die Aktivisten. Die perverse Solidarität mit dem weissen Regime war unmittelbar spürbar.

Rückblickend kann man sich vieles kaum mehr vorstellen. Bis hin zur schweizer Diplomatie hat man in einer Weise von Südafrika gesprochen, die unglaublich ist. Bilder, in denen Schwarze als unmündige Kinder dargestellt wurden, waren weit verbreitet und bildeten das ideologische Fundament für das starke Engagement. Das elementare Gebot «one person, one vote» galt hier plötzlich nicht mehr.

Risse: Interessant ist auch die Rolle der Regierung. Bührle behauptete zum Beispiel, dass sein Engagement im Rahmen der Regierungspolitik gewesen sei.

P. R.: Da gab es viel Scheinheiligkeit. Die offizielle schweizer Politik hat die Apartheid vordergründig verurteilt. Die verbale Distanzierung und einzelne positive Engagements, die Mitfinanzierung von Ausbildungsprogrammen beispielsweise, waren allerdings Peanuts im Vergleich zum Engagement und der Bedeutung der Schweiz im Bereich der Abwehr, Torpedierung und Delegitimierung von Sanktionen. Die offizielle schweizer Politik hat sich dazu berufen gefühlt, der Staatenwelt Lektionen zu erteilen: Sie argumentierte gegen Sanktionen und verfolgte eine konkrete Politik, die gegen Sanktionen gerichtet war. Die Legitimation, Sanktionen zu umgehen, war in dieser Situation ein eindeutiger Positionsbezug für das rassistische Regime. Man war nicht einmal mehr neutral; obwohl der Begriff hier sowieso nichts verloren hat. Die Unterstützung Südafrikas wurde von der Regierung offen geduldet. Leutwiler hätte die Umschuldungsvereinbarungen 1986 nie gemacht, wenn Schweizer Regierung ihm signalisiert hätte, dass dies nicht erwünscht sei. Dies hat sie aber nicht getan.

Risse: Im neu–rechten Blättchen Weltwoche wird behauptet, dass das schweizer Engagement in Südafrika wie z.B. diese Umschuldungsvereinbarungen 1986 zu einem reibungsloseren Regime–Wechsel in Südafrika führten.

P.R.: Das ist eine Haltung, die unglaubwürdig ist und zeigt, wie man

in gewissen Kreisen nach wie vor mit Blindheit geschlagen ist. Dass es in Südafrika zur Wende gekommen ist, war die Verbindung des Widerstands demokratischer Bewegungen in Südafrika, die 1986 nur noch mit Ausrufung des Ausnahmezustands und später überhaupt nicht mehr beherrscht werden konnten und dem ökonomischen Druck der demokratischen Staatenwelt. Rückblickend sind solche Thesen faule Ausreden, Selbstbeschwichtigungen der damaligen Täter.

Die Zufuhr neuer Gelder und Kredite hat das Regime gestützt und den Druck gelockert. Es war eine Parteinahme zugunsten des Regimes.

Risse: Die Klage von Fagan hat nun endlich den notwendigen Druck gebracht, eine Aufarbeitung der Geschichte möglich zu machen und eine Diskussion um Entschädigungszahlungen zu erzwingen. Trotzdem ist davon die Rede, dass in der ehemaligen Anti–Apartheid–Bewegung die Klage umstritten ist. Es wird sogar von Spaltung gesprochen.

P. R.: Dies ist auch wieder ein Trugschluss von denen, die etwas zu verbergen haben. Zur Klage von Fagan muss Folgendes gesagt sein: Egal, ob die Klage juristisch brauchbar formuliert ist oder nicht, es ist auf jeden Fall eine Tatsache, dass in der schweizer Finanzwelt erst auf eine Klage aus Amerika reagiert wird. Die Anti–Apartheidbewegung bezieht sich auf die Forderungen von Jubilee 2000. Jubilee 2000 ist ein Zusammenschluss von Gewerkschaften, Kirchen und Menschenrechts–Organisationen in Südafrika. In Anlehnung an Wole Soyinka («Die Last der Erinnerung») sollten drei Schritte eingeleitet werden: Wahrheit, Wiedergutmachung, Versöhnung. In Südafrika ist der erste Schritt angegangen worden. Jubilee 2000 fordert seit einiger Zeit den zweiten Schritt. Dies hat niemand wahrgenommen, bis die Klage aus den USA gekommen ist.

Eigentlich wäre jetzt der Punkt gekommen, einen Prozess in Gang zu setzen. Wahrheitskommissionen müssten eingesetzt, eine internationale Aufarbeitung in Gang gebracht werden. Die Linke hat die Verpflichtung, diesen Prozess voranzutreiben.

Risse: Bei der südafrikanischen Regierung findet die Klage wenig Unterstützung.

P. R.: Südafrika kann es sich einfach nicht leisten, die Klage zu unterstützen, wenn sie im Geschäft bleiben wollen. Die Äusserungen der Regierung sind sehr diplomatisch: Sie sagen, jeder Einzelne habe das Recht, alle möglichen Rechtsmittel einzulegen. Sie müssen diplomatisch sein; deshalb braucht es einen politischen Prozess, der sich von Opportunismen lösen kann. ■

[1] Die SSAA («Swiss–South African Association») ist ein Zusammenschluss schweizer Unternehmen, die neben wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit mit Südafrika auch Öffentlichkeitsarbeit betrieb, um das Image des Apartheidregimes zu steigern.

[2] ASA («Arbeitsgruppe südliches Afrika») ist ein 1982 gegründeter Verein, dessen Ziel es war, das Apartheidregime ideologisch und politisch zu unterstützen. Er sah im rassistischen Südafrika ein Bollwerk gegen den Kommunismus. Der Arbeitsgruppe gehörten mehrere National–, Stände– und Regierungsräte der FDP und SVP an.

Antiamerikanismus – Säkularisierter Antisemitismus

Als George W. Bush im Mai dieses Jahres Berlin besuchte, riefen die deutschen Globalisierungsgegner zum Kampf gegen den US–Imperialismus auf. Es sollte *«ein Zeichen für Völkerfreundschaft statt US–Imperialismus, für Selbstbestimmung statt Globalisierung»* gesetzt werden. Dieses Zitat stammt vom vermeintlichen politischen Gegner, der rechtsextremen NPD, welche sich ebenfalls an der Demonstration beteiligte. Woher kommt diese erstaunliche Übereinstimmung zwischen «Links» und Rechts?

von Stephan Truninger
und Daniel Völk

Den Kapitalismus kritisiert jeder. Er ruft eigentlich überall Unmut und Widerwillen hervor. Es ist jedoch ein bewegungslinker Irrtum, zu glauben, diese naturwüchsigen, reflexhaften Äußerungen seien eine Art Vorstufe zu einem wirklichen Bewusstsein über die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Der Kapitalismus stellt eine Totalität dar, als solche muss er folglich auch kritisiert werden. Es gilt also dicke Bretter zu bohren – eine bloß intuitive Ablehnung jedoch durchdringt die Verhältnisse kaum in ihrer Gänze, spart Bereiche aus und verbleibt im Konstruktiven. Das Resultat hat man sich angewöhnt als verkürzte Kapitalismuskritik zu bezeichnen. Eine ihrer verbreitesten Facetten ist der Antiamerikanismus. Der Begriff der verkürzten Kapitalismuskritik ist insofern problematisch, als er nahe legt, er stünde auf einer Skala der Progressivität zwar ziemlich weit unten, entsprechend verlängert, bzw. seiner Verkürzung enthoben jedoch, ende er im revolutionären Bewusstsein. In der Realität aber zeigt sich immer wieder, dass ein radikalisiertes, gesteigertes Vorurteil eher im Mord endet als in einer befreiten Gesellschaft. Verkürzte Kapitalismuskritik ist also kein Schritt in die richtige Richtung, sondern von Anfang an einer in die falsche, und deshalb auch von der Kritik als Ganzes zu denunzieren. Dies wird im Folgenden exemplarisch am Beispiel des Antiamerikanismus geschehen.

Antiamerikanische Projektionen

Der Antiamerikanismus ist eine in der gesamten politischen Landschaft beliebte Ideologie, Konsens von links bis rechts. Wer vor einer «Amerikanisierung unserer XY» warnt kann sich grundsätzlich des Beifalls sicher sein. Besonders auffällig ist die hohe affektive Besetzung der Amerikakritik, die sich bei anderen politischen Themen in dieser Ausprägung nicht auffinden lässt (abgesehen von Israel). Wird über ein beliebiges anderes Land diskutiert, so kann man oft recht ruhig und sachlich die Argumente austauschen. Nicht so, wenn es um die USA geht. Wird zum Beispiel ein von Linken als proamerikanisch eingestufter Vortrag gehalten, so fängt das Publikum an zu kochen, schüttelt

die Köpfe, bekommt rote Gesichter und kann kaum noch an sich halten. Dürfen dann anschließend Fragen gestellt werden, so platzt es aus den Leuten nur so heraus, so emotional wie dumm.

Wenn irgendwer etwas Gutes über Amerika sagt, so bleibt dies niemals unwidersprochen. Selbst hinter die Bemerkung, es sei doch wohl zu begrüßen, dass die USA Europa von Nazi–Deutschland befreit haben, wird penetrant ein «ja aber» gesetzt.

Dem antiamerikanischen Ressentiment gilt Amerika als *«Projektionsfläche abgespaltener Anteile des Selbsthasses, die vornehmlich der Moderne geschuldet sind, aber der Neuen Welt allein aufgelastet werden.»* (Diner, 11f). All das, was am Kapitalismus störend wirkt, wird auf Amerika projiziert und dann mit feindselig–aggressiven Emotionen besetzt. Der abstrakte Zwang des Kapitals bekommt so ein Gesicht, wird personalisiert. So zitiert der Historiker Dan Diner die leidenschaftliche Amerikaverächterin und Theologin Dorothe Sölle: *«das Böse hat eine Anschrift, hat eine Adresse, hat eine Telefonnummer. Das Böse ist nicht anonym und irgendwo waltend. Man kann es benennen».* (Diner, 154). Gemeint sind natürlich die USA. Dort, so vermutet der/die AntiamerikanerIn, herrsche Kapitalismus pur, kulturlos und dumm sind die AmerikanerInnen und es geht ihnen nur ums Geld. International setzten die USA rücksichtslos ihre Interessen durch und zerstörten damit die einheimischen Kulturen, ersetzten sie durch MTV und McDonalds. Dass sich solche Vorstellungen der kulturlosen imperialistischen USA als Gegensatz zu Europa an der Geschichte der letzten 100 Jahre völlig blamieren bleibt unbeachtet. Amerika muss den Vergleich mit Europa wohl kaum scheuen.

Engagement fürs Allgemeine

Die linke antiamerikanische Argumentationsfigur ist alt, sie findet sich schon in ähnlicher Form bei Hegel, und zwar bezeichnenderweise beim reaktionären, zu kritisierenden Hegel, welcher ausgerechnet im preussischen Staat ein vernünftiges Allgemeininteresse verwirklicht sah, welchem sich die Einzelnen zu unterwerfen haben. Dieser schreibt in seiner Geschichtsphilosophie, es gäbe in Amerika ein *«Überwiegen des partikularen Interesses, das sich dem Allgemeinen nur zum Behufe des Genusses zuwendet».* (Hegel, 112) es stehe noch aus, dass *«die Bewohner (...) ein kompaktes System bürgerlicher Gesellschaft bilden und zu dem Bedürfnis eines organischen Staates kommen».* (ebd. 114). Die Amerikaner also verfolgen individualistisch und genussorientiert ihr Eigeninteresse, ohne sich dem vernünftigen Allgemeinen des Staates zu unterwerfen. Genau dieser von Hegel beklagte Individualismus wird Amerika heute noch vorgeworfen, dagegen wird Gemeinschaftssinn gesetzt, den Amerika nicht habe und anderswo zerstöre. Dabei sollte doch gerade jedeR Linke wissen, dass das Allgemeine bürgerlicher Gesellschaften alles andere als vernünftig ist. Gerade im egoistischen Geschäftemachen ist also ein Stück Individualität aufbewahrt, welches in einer freien Gesellschaft erst herzustellen ist (vgl. Nachtmann/Wertmüller). Das, was an Amerika gehasst wird, sind also nicht nur die Schattenseiten der Moderne, sondern gerade auch ihre progressiven Momente, denen dann Kultur, Gemeinschaft und Korporatismus entgegen gehalten werden.

Gelegentliche positive Bezüge auf Amerika meinen oft bloß ein vermeintlich linkes, «anderes Amerika», schaut man dort genauer hin und vergleicht, so stellt sich heraus, es handelt sich *«um eine liebgewonnene Täuschung – denn dieses «andere Amerika«, dieses Amerika – ist man selbst».* (Diner, 31). Dies äußert sich

z. B. bei amerikahassenden Linken, die dann auf die revolutionären Massen in Amerika verweisen, welche angeblich genau das gleiche wollen wie sie selbst. Wahre Solidarität mit Amerika sei Solidarität mit denen in Amerika, die Amerika ebenfalls hassen.

Warum Amerika?

Die Frage, die sich nun stellt, ist die, warum gerade Amerika das Ressentiment trifft. Ein Grund ist wohl in der Konstitutionsgeschichte der amerikanischen Nation zu finden. Als Einwanderungsgesellschaft konnten die USA sich nie wie es europäische Nationen taten, auf die Geschichte ihres Volkes und dessen Traditionen berufen. Amerika ist eine rein bürgerliche Gesellschaft ohne Tradition und ohne Vergangenheit. Die *«nichtnationale Konstitution nationaler Traditionen»* (Werz, 18) in Amerika verband die Bürger nur durch die abstrakten Prinzipien der Verfassung. Auf dieser Ebene muss Amerika ähnlich wie die europäischen Juden als die abstrakte Seite kapitalistischer Vergesellschaftung erscheinen, als ein Land traditionsloser Geschäftemacher. Die nie rein rechtlich und abstrakt gefasste Konstitution bürgerlicher Staaten, sondern immer völkisch–rassistisch ergänzte, hatte ihren notwendig negativen Bezugspunkt in den Juden – und auf gewisse Weise auch in Amerika, welches dann auch noch so unverschämt erfolgreich ist. *«In Europa war jedoch die Vorstellung von der Nation als einem rein politischen Wesen, abstrahiert aus der Substantialität der bürgerlichen Gesellschaft, nie vollständig verwirklicht. Die Nation war nicht nur eine politische Entität, sie war auch konkret, durch eine gemeinsame Sprache, Geschichte, Traditionen und Religion bestimmt. In diesem Sinne erfüllten die Juden nach ihrer politischen Emanzipation als einzige Gruppe in Europa die Bestimmung von Staatsbürgerschaft als rein politischer Abstraktion.»* (Postone, 39). In Europa ja, außerhalb von Europa nein, denn für die USA gelten die gleichen Bestimmungen, die Postone hier den europäischen Juden zuschreibt. Zwar betreiben Amerikaner ebenfalls ihre Ethnofolklore, aber als bloß private – sie zum allgemeinen Prinzip zu erheben verbietet einfach die Struktur der nur aus Minderheiten bestehenden amerikanischen Gesellschaft (vgl.Werz). Die Vorstellung Amerika sei kein richtiges Vaterland, hat eine bis in die Romantik zurückliegende Tradition (vgl. Diner 42). Die Beziehungen von Antiamerikanismus und Antisemitismus sind offensichtlich. In beiden Fällen werden USA oder die Juden für alles Übel der Welt verantwortlich gemacht, wobei der Fokus der Kritik auf die Erscheinungen der Zirkulationssphäre, der ökonomischen Sphäre von Geld, Börse und Handel, gelegt wird. Auch wird Amerika immer wieder als von Juden beherrscht imaginiert. Diese strukturelle Ähnlichkeit ermöglicht es, das antisemitische Bedürfnis als antiamerikanisches zu befriedigen, z. B. weil Antisemitismus gesellschaftlich so verpönt ist, dass der Einzelne dazu nicht genug Mut aufbringen kann. Dan Diner bezeichnet den Antiamerikanismus deshalb als eine *«weitere Säkularisierungsstufe einer sich bereits antisemitisch verweltlichten Judenfeindschaft»* (Diner, 29).

Berechtigte Kritik

Eine Kritik des Antiamerikanismus erfährt oft pauschal Zustimmung, allerdings mit der Einschränkung *«berechtigte Kritik»* an den USA sei davon zu unterscheiden. Bezüglich der USA und Israel verbirgt sich hinter dem Slogan der *«berechtigten Kritik»* der Wunsch, sein Vorurteil auf die etwas weniger plumpe und damit letztlich effektivere Art doch noch loswerden zu können. Dass es auch in Amerika Kapitalismus gibt und dieser zu kritisieren ist, ist eine banale Einsicht, die niemand bestreitet. Wesentlich mehr Erkenntnisgewinn bringt die Differenz zu Europa, die historisch oft eine ums Ganze war, und deren Auslassung es der europäischen Öffentlichkeit ermöglicht jede noch so berechtigte Kritik in ein Ressentiment zu verwandeln.

Nach dem faschistischen Anschlag auf das WTC am 11.9. hätte man vermuten können, schweigt der/die AntiamerikanerIn zumindest temporär, da die USA offensichtlich Opfer eines furchtbaren Massakers geworden sind. Das Gegenteil traf ein – jetzt hätten sie die Quittung bekommen für den Holocaust an den Indianern und Vietnam, so was kommt von so was. Ein glücklicher Zufall bescherte uns den Pappkameraden der «uneingeschränkten Solidarität» von der man sich dann empört distanzieren konnte. Die Eiseskälte linker Schadenfreude, lässt die Frage aufkommen wozu solche Leute wohl fähig sind.

Zum Repertoire antiamerikanischer Ideologie gehört es, an die Unfähigkeit des amerikanischen Militärs zu glauben. Sowohl Hitler als auch die Taliban dachten, sie seien unbesiegbar. Dass sie sich irrten, die Wahnhaftigkeit ihrer Vorstellungen auch ihre Schwäche war, kann vielleicht etwas beruhigen. ■

Literatur

Diner, Dan. Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland. Ein historischer Essay. Frankfurt a. M. 1993

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich. Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Frankfurt a. M. 1999

Nachtmann, Clemens/Wertmüller, Justus. Auf nach Amerika! Deutscher Djihad gegen den Kindermörder USA. in: Bahamas Heft Nr. 37. 2002

Postone, Moishe. Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch. in: Werz, Michael (Hg). Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt. Frankfurt a. M. 1995

Werz, Michael. Ethnizität als moderne Ideologie – Ein gesellschaftlicher Begriff im geographischem Kontext. in: Moshe Zuckermann (Hg.). Tel Aviver Jahrbuch für Geschichte XXX (2002). Ethnizität, Moderne und Enttraditionalisierung. Göttingen 2002

Macbeth im Konvent

Die Herausbildung des Heiligen Europäischen Reiches Deutscher Nation würde einem Shakespeare viel Stoff bieten.

von Jürgen Elsässer

In diesem und dem nächsten Jahr entscheidet sich die künftige Gestalt der Europäischen Union: die Osterweiterung bis an die Grenzen Rußlands, eine gemeinsame Armee mit Kampfaufträgen zwischen Mazedonien und Hindukusch, schließlich die Reform der Institutionen.

Letztere ist wenig durchschaubar, doch gerade dort toben die heftigsten Kämpfe. Über die Differenzen im Europäischen Verfassungskonvent berichtete das Zentralorgan der politischen Klasse Deutschlands, die «Frankfurter Allgemeine Zeitung», im Juli: *«Wenn Europapolitik je mit Shakespeare zu tun hatte, hielt sie sich immer an Hamlet: «Wörter, Wörter» ... Seit jedoch in Brüssel der Verfassungskonvent tagt, seit es ums Ganze geht, hat die Intendanz den Prinzen von Dänemark vom Spielplan genommen. Die Textbücher klingen neuerdings mehr nach Macbeth oder Richard III. Wo sitzt die Herrschaft? Wer herrscht? Das sind jetzt die Fragen. Es geht elementar zu in der Europa-Debatte, beinah existentiell. Alte Unterschiede, rechts und links, Nord und Süd – Schnee von gestern. Es geht um Fundamentaleres: darum, wer die Macht in den Händen hat und wer sie wem entreißt.»*

Wer diese Sätze auf sich wirken läßt, wird sich die Augen reiben. Der martialische Ton und der Verweis auf die blutigsten Dramen der englischen Geschichte mag so gar nicht zum langweiligen Allerlei der europapolitischen Diskurse passen: Schweinefleisch, Futtermittel, Steuernivellierung – sonst noch was?

Anlaß für das düstere Szenario in der «FAZ» war die Debatte im Konvent um das *«Oberhaupt Europas»*, den künftigen Chef der Europäischen Kommission. Chirac, Aznar und Blair, die Premiers von Frankreich, Spanien und Großbritannien, hatten vorgeschlagen, ihn vom Rat der Minister und Regierungschefs wählen zu lassen – bisher das übliche Verfahren, wie in der EU Spitzenposten vergeben werden. Dagegen ist der deutsche Kanzler Gerhard Schröder aufgetreten: Der Superkanzler einer erneuerten EU dürfe kein *«Reichsvogt der Regierenden»* («FAZ») sein, sondern müsse vom Europäischen Parlament in Strasbourg gewählt werden. Das hört sich urdemokratisch an, ist aber nur ein weiteres Element der deutschen Strategie, die Demokratie mittels der Demographie auszuheben: Deutschland und seine Verbündeten stellen im Strasbourger Parlament Mehrheiten, im Rat der Regierungschefs nicht.

Die deutschen Pläne

Die letzte Runde deutscher Vorstöße zur Reform der EU wurde von Außenminister Joseph Fischer im Mai 2000 eingeläutet. Fischer hielt an der Berliner Humboldt–Universität eine Rede unter dem Titel *«Vom Staatenverbund zur Föderation»* – als Privatmann, wie er mehrfach betonte. (Selbstverständlich hatte der Privatmann Mitarbeiter seines Ministeriums wochenlang für die Abfassung der Rede eingespannt). Zur Frage der *«Finalität»* des europäischen Einigungsprozesses gebe es *«eine ganz einfache Antwort»*: *«den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation ... Und d.h. nichts geringeres als ein europäisches Parlament und eine ebensolche Regierung, die tatsächlich die gesetzgebende und die exekutive Gewalt innerhalb der Föderation ausüben. Diese Föderation wird sich auf einen Verfassungsvertrag zu gründen haben.»* Bis die volle Föderalisierung erreicht sei, sollten einige Staaten auf freiwilliger Basis ein *«Gravitationszentrum»* bilden. Eine solche Staatengruppe würde einen europäischen Grundvertrag schließen, den Nukleus einer Verfassung der Föderation. Und auf der Basis dieses Grundvertrages würde sie sich eigene Institutionen geben, eine Regierung, die innerhalb der EU in möglichst vielen Fragen für die Mitglieder der Gruppe mit einer Stimme sprechen sollte. *«Dieses Gravitationszentrum»*, drohte Fischer, werde sich *«innerhalb der (EU–) Verträge herausbilden, ansonsten außerhalb.»*

Auffällig bei Fischer ist die Nähe zu den Gedanken führender deutscher Christdemokraten. Seine Überlegungen zu einer Spaltung der EU in Mitglieder erster und zweiter Klasse – *«Gravitationszentrum»* und Peripherie – ähnelten dem Vorstoß, den Wolfgang Schäuble und Karl Lamers in einem Strategiepapier für die CDU/CSU–Bundestagsfraktion im Jahre 1994 unternommen hatten. Auch in dem von ihnen propagierten *«Kerneuropa»* sollte eine Staatengruppe innerhalb der EU Machtpolitik betreiben und sich eigene Institutionen geben, und wenn die EU das nicht zulasse, sich *«außerhalb der Verträge»* organisieren. Ein Unterschied im Detail liegt darin, daß die Unionspolitiker damals explizit das EU–Gründungsmitglied Italien von dem imaginierten Kerneuropa ausnahmen (ein schwerer taktischer Fehler, der zum internationalen Scheitern des Vorstoßes beitrug), während Fischer,viel geschickter, eine Festlegung vermied und die Herausbildung dieser Avantgardegruppe als offenen Prozeß beschrieb.

Warum diese Ähnlichkeit zwischen dem grünen Achtundsechziger und seinen christdemokratischen Gegnern nicht erkannt wird, liegt vor allem am Postnationalismus, den Fischer und Seinesgleichen immer wieder zur Schau tragen. Im Unterschied zu Schäuble und Lamers, die das deutsche Interesse sehr provozierend betonten, sieht er Deutschland als den uneigennützigen Förderer von Europa, tritt er für starke europäische Institutionen ein, die auch den deutschen übergeordnet sein sollen. Wer das kritisiert (und dafür prompt von Stoiber gelobt wird), erscheint schnell als altmodischer Reaktionär, der nicht von dem nationalen Gedanken loskommt, der Europa in zwei Weltkriege gestürzt hat.

Doch der deutsche Sonderweg ist nicht erst im *«dritten»*, sondern bereits im *«ersten»* Reich manifest geworden – und dessen föderale Struktur ist das Modell der künftigen, von Berlin dominierten EU. Das *«Heilige Römische Reich deutscher Nation»* war bis zu seinem Untergang 1806 kein Zentralstaat wie Frankreich und England, sondern es war föderal nach Stämmen bzw. den jeweiligen Feudaleinheiten organisiert. Diese Zersplitterung

machte die feudale Herrschaft aber nicht erträglicher, ganz im Gegenteil: Die Duodezfürsten kujonierten die Untertanen nach Belieben und betrachteten ihre Reiche als Privatbesitz, während man im absolutistischen Frankreich immerhin an der Entwicklung der Nationalökonomie arbeitete, in England sogar eine Gewaltenteilung zwischen Adel und Bourgeoisie installierte.

Kampf um die Vormacht in Europa: Macbeth–Inszenierung der American Drama Group Europe

Eine Föderation schwacher Einzelstaaten bietet dem Hegemon einer solchen Netzwerkstruktur ideale Möglichkeiten zur Machtentfaltung. Als Analogie zur Europäischen Union bietet sich der Deutsche Bund an, das schwerfällige und uneinheitliche Netzwerk deutscher Kleinstaaten, das nach dem Wiener Kongreß 1815 entstanden war. Innerhalb dieser Struktur bildete Preußen ein immer stärkeres «Gravitationszentrum», indem es mit kleineren deutschen Staaten Sonderbeziehungen einging. Als dieses Gravitationszentrum, ohne Beteiligung der übrigen deutschen Länder und sogar gegen den Widerstand einiger, 1870/71 Krieg gegen Frankreich führte und gewann, schluckte es die Peripherie. So entstand das zweite Deutsche Reich durch die Verpreußung von Rest–Deutschland, ohne daß Preußen diesen Rest militärisch unterworfen hätte. Analog muß man befürchten, daß das europäische Reich durch eine Germanisierung gekennzeichnet sein wird, selbst wenn Deutschland nicht, wie 1914 und 1939, seine Nachbarn militärisch unterwirft. Bisweilen spricht auch Fischer Klartext: *«Je europäischer Deutschland seine Interessen definiert, desto mehr verwirklichen sich unsere Interessen.»*

Die schleichende Unterwerfung besteht darin, daß man den Mitgliedstaaten der EU Zug um Zug ihre Souveränität nimmt und sie auf jene europäischen Institutionen überträgt, in denen Deutschland aufgrund seiner Bevölkerungsgröße eine Führungsrolle spielt. Dies trifft vor allem auf das Europäische Parlament zu, wo das bevölkerungs– und damit abgeordnetenstarke Deutschland Mehrheitsbeschlüsse durchsetzen kann, wenn es durch kleinere Länder unterstützt wird, die ökonomisch von ihm abhängig sind (wie etwa Österreich und die Mehrheit der neuen Mitgliedsländer im Osten und Südosten).

Allerdings sind bisher die Kompetenzen des Strasbourger Parlaments gleich Null. Die Hauptrolle im Gefüge der EU–Institutionen spielt der Ministerrat, in dem die Vertreter der jeweiligen staatlichen Regierung sitzen und mit relativ umfassenden Vetorechten Kompromisse erzwingen können. Vor allem London und Paris nutzten dieses Gremium in der Vergangenheit, um deutsche Vorstöße zu bremsen.

Das wichtigste deutsche Ziel besteht deswegen in der Schwächung der konkurrierenden EU–Mächte im Ministerrat. Natürlich wird das nicht offen ausgesprochen, sondern mit Sachzwängen begründet. Fischer verweist zur Notwendigkeit der Reform des Ministerrats auf die Osterweiterung: *«Wie stellt man sich einen Europäischen Rat mit dreißig Staats- und Regierungschefs vor? Dreißig Präsidentschaften? Wie lange werden Ratssitzungen dann eigentlich dauern? Tage oder gar Wochen?»* Auf deutschen Druck wurden auf dem EU–Gipfel in Nizza im Dezember 2000 eine neue Sitzverteilung im Ministerrat vorgenommen und das Veto–Recht zurückgedrängt. Jetzt soll der Rat Mehrheitsentscheidungen treffen können, wenn der entsprechende Vorschlag auch eine qualifizierte Mehrheit im Europäischen Parlament bekommt. *«Deutschland–Frankreich 4:0»* und *«Germany triumphs on the EU battlefield»* lauteten Zeitungungsschlagzeilen nach Nizza.

Während Fischer im Mai 2000 nur von einer Aufwertung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission sprach, ging der Kanzler selbst ein Jahr später einen Schritt weiter und griff die bisherige Rolle des Ministerrates frontal an. Im Leitantrag für den SPD–Parteitag im November 2001 plädierte er dafür, das Gremium zu einer Art EU–Bundesrat zu degradieren. *«In diesem Gefüge erhielten die derzeitigen Staaten den Status eines deutschen Bundeslandes. Frankreich kann weder einen solchen Status noch eine solche Konzeption der Föderation akzeptieren»*, sagte der französische Regierungschef Lionel Jospin in seiner Entgegnung.

«Fast eine Kriegserklärung»

Wie gefährlich der deutsche Vorstoß ist, wird in Verbindung mit zwei weiteren Sätzen des Schröder–Papiers deutlich, *«die in Frankreich und Spanien fast wie eine Kriegserklärung aufgenommen wurden»* («FAZ»): *«Die deutschen Sozialdemokraten fordern, daß Aufgaben ... wieder auf die nationale Ebene zurückverlagert werden ... Dies gilt besonders ... in den Bereichen Agrar– und Strukturpolitik...»* Auch der Kanzlerkandidat der

CDU/CSU, Edmund Stoiber, vertritt diese Position – es ist der Common Sense der politischen Klasse.

Die Mittel für die Agrar– und Strukturpolitik verschlingen zur Zeit 80 Prozent des EU–Haushaltes. Würden die Stützungszahlungen der EU für die Bauern und strukturschwache Regionen gestrichen, bestünde der gemeinsame Haushalt nur noch aus dem Forschungs– und außenpolitischen Etat (beides zunehmend auf die Rüstung ausgerichtet). Der Wegfall der Agrar– und Strukturhilfen brächte einen gewaltigen Vorteil für Deutschland, das allein in den Landwirtschaftsfonds 1999 4,6 Milliarden Euro einzahlte, und einen gewaltigen Verlust für die stärker agrarisch ausgerichteten Länder – Frankreich erhielt aus demselben Topf 1999 2,5 Milliarden. Das hat aber nicht nur ökonomische Bedeutung. Bisher tragen die EU–Hilfen dazu bei, daß strukturschwache und ländliche Regionen wie Andalusien, Sizilien, das Baskenland, die Bretagne oder auch Sachsen–Anhalt den Anschluß nicht verlieren. Fällt diese Stützung weg, müßten die jeweiligen Nationalstaaten einspringen – was für hochverschuldete Länder wie Spanien oder Italien aber nicht möglich ist (zumal die Maastricht–Kriterien eine Neuverschuldung praktisch unmöglich machen). In Deutschland hingegen kann Finanzminister Eichel die Strukturhilfen für den Osten notfalls aus der Portokasse bestreiten.

Die Folge: Bis dato relativ homogene Nationalökonomien driften auseinander – und damit steht die Einheit der Nationalstaaten auf dem Spiel. Ohne EU–Finanzspritzen müßten Mailand und Venedig mehr für Palermo und Catania bezahlen, die Katalanen mehr für die Basken, die Elsässer mehr für die Bretonen. Das ist dieselbe ökonomische Situation wie Ende der achtziger Jahre im alten Jugoslawien: Die reichen Regionen würden, wie Kroatien und Slowenien, aus dem Gesamtstaat ausbrechen wollen, um die angeblichen Hungerleider nicht mehr alimentieren zu müssen – und ebenso wüchse der Sezessionismus in den ärmeren Regionen, die sich (wie das Kosovo) von einer Selbständigkeit als Schmuggelparadies etwas versprechen könnten. Mit anderen Worten: Die von Schröder und Stoiber vorgeschlagene «Zurückverlagerung» der Agrar– und Strukturhilfen in die Verantwortung der Mitgliedschaften bedeutet keine Renationalisierung, wie oft dargestellt, sondern ganz im Gegenteil eine Denationalisierung – einen weiteren Beitrag zur Schwächung der Nationalstaaten zugunsten der Regionen.

Dazu paßt, daß Schröder neben dem EU–Parlament auch die Europäische Kommission mit mehr Kompetenzen ausstatten will; aus ihr soll eine veritable Regierung werden, wobei ihr aber nach der Streichung des Agrar– und Strukturfonds weitaus weniger Finanzmittel als bisher zur Verfügung stünden. Anders gesagt: Beide Institutionen erhalten mehr Befugnisse, um in die Nationalstaaten hineinzuregieren, und gleichzeitig weniger Mittel, um die zentrifugierenden Folgen dieser Interventionen zu mildern. Da das bisherige Gegengewicht der Nationalstaaten, der EU–Ministerrat, an den Katzentisch verbannt wird, würde die balance of powers unwiederbringlich zerstört. Aufgrund der institutionellen Schieflage wird sich ganz zwangsläufig um Parlament und Kommission herum ein Kerneuropa aus Deutschland und den reichen Fragmenten anderer Staaten bilden – während man selbst noch im Schäuble/Lamers-Paper 1994 unter *«Kerneuropa»* ein Bündnis von Nationalstaaten verstand. Die «FAZ» resümiert: *«Aus Sicht vieler EU-Partner stellt die SPD unter Federführung des Bundeskanzlers den Kernbestand der europäischen Einigung zur Disposition.»*

Korsika – das Kosovo Frankreichs

Sind schon die Folgen der Ersetzung von De Gaulles *«Europa der Vaterländer»* durch Schröders und Fischers *«Europa der Regionen»* unkalkulierbar, so kann nur in Mord und Totschlag enden, sollten sich die herausbildenden Regionen auch noch völkisch–rassisch definieren. Katalysator dafür ist die Minderheitenpolitik der EU: Eine wichtige Rolle spielt die *«Europäische Charta der Regional– oder Minderheitensprachen»*, die nach jahrelanger Lobbyarbeit etwa durch die vertriebenennahe «Föderative Union Europäischer Volksgruppen» (FUEV) auf deutschen Druck 1998 vom Europarat verabschiedet wurde. Ihr Ziel ist die Reanimation versunkener oder nie grammatikalisch ausgebildeter Sprachen wie des Korsischen, des Baskischen und – last not least – des Deutschen in den Grenzgebieten Belgiens, Frankreichs und Polens etc., von den EU–Mitgliedstaaten wird deren Aufwertung zur Wirtschafts– und Behördensprache verlangt. Überlappen sich die so geschaffenen Sprachinseln mit regionalen Prosperitäts– oder Armutszonen, sind alle Vorraussetzungen für die Ausrufung eines neuen Volkes, die Forderungen nach einem neuen Staat und ethnische Säuberungen gegeben.

Für Frankreich sind die deutschen Vorstöße besonders gefährlich. So erhielten die ethnischen Separatisten in Korsika Aufwind, als die Nationalversammlung 1997 die «Europäische Charta für Minderheiten– und Regionalsprachen» beschloß. Im Juli 2000 unterzeichnete Premier Jospin mit den Separatisten die «Vereinbarung von Matignon». Demnach soll das korsische Regionalparlament gesetzgeberische Kompetenz erhalten und die korsische Mundart als Pflichtfach an den Schulen der Inseln gelehrt werden.

«Hier geht es nicht um die Regelung der korsischen Angelegenheiten, hier steht Frankreich als politische Nation, als Bürgergesellschaft auf dem Spiel, das nach dem Willen der Postnationalen in einem Europa der Regionen untergehen soll», beschwor Jean-Pierre Chevènement Mitte Mai 2001 die französische Nationalversammlung. *«Wie kann man übersehen, daß der Sieg der Ethnizismen eine furchtbare geschichtliche Regression wäre?»* Man könnte auch Shakespeare zitieren: *«A faint cold fear thrills through my veins.»* ■

Jürgen Elsässer ist Redakteur der Zeitschrift KONKRET. Zur deutschen Hegemonialpolitik innerhalb und außerhalb der EU hat er in seinen neuen Büchern «Make Love and War. Wie Grüne und 68er die Republik verändern» (Verlag Pahl–Rugenstein, Bonn 2002) und «Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen» (Konkret Verlag, Hamburg 2002) ausführliche Expertisen vorgelegt.

Veranstaltung mit Jürgen Elsässer: Kriegslügen: Vom Angriff auf Jugoslawien zum Feldzug gegen den Terrorismus.

Dienstag, 1. Oktober, Volkshaus Zürich, Stauffacherstrasse 60, 19Uhr30.

Die Massen und die Mörder

***«Kein Land nimmt sich das Recht, ein anderes zu besetzen und dann noch zu behaupten, man sei selbst Opfer.»* Es erübrigt sich fast zu fragen, worauf sich diese eigenartige Aussage bezieht und welches Land im nächsten Satz als die grosse Ausnahme dargestellt wird. Natürlich, es ist wieder einmal Israel, das sich die Frechheit herausnimmt, anders zu sein als alle anderen Länder.**

von Alexander Hasgall

Dass ausgerechnet diejenigen Kreise, welche ansonsten hinter jedem Baum eine imperialistische Verschwörung auszumachen glauben, in diesem Fall Israel eine eigenartige Sonderstellung zusprechen, sollte eigentlich schockieren. Sollte! Doch allzu lang hat man sich daran gewöhnt, dass beim Thema Israel einfach alles anders ist, jeder Depp sich eine feste Meinung zum Nahostkonflikt anmasst und dass sogar diejenigen, denen ansonsten das Schicksal der *«Verdammten dieser Erde»* (Frantz Fanon) gleichgültig ist, ihren Hang zu den Menschenrechten und ihre Liebe zu den Unterdrückten entdecken.

Dank Israel finden Leute zusammen, die ansonsten nicht vieles miteinander gemeinsam haben. Der Nahostkonflikt verhilft nach jahrelanger Agonie wieder zu grossen antiimperialistischen Demonstrationen und führt – so Bertrand Cassen, Chef von Attac Frankreich im «Wall Street Journal» (4. April) jubilierend – dazu, dass die globalisierungskritische Bewegung endlich *«ihre Lähmung nach dem 11. September überwunden hat»*.

Hauptstadt der Selbstmordattentäter

Dass man sich im Drang, israelische Politik möglichst zu dämonisieren, nicht von der Realität beirren lässt, zeigte sich anfang April 2002. Nachdem immer klarer wurde, dass die Autonomieverwaltung Jassir Arafats keinen Finger rührte, um die Bombenküchen der Terrororganisationen wie Hamas oder Djihad zu schliessen, besetzte das israelische Militär im Rahmen der Operation «Schutzschild» das Flüchtlingslager Jenin, die selbsternannte *«Hauptstadt der Selbstmordattentäter»*.

Da die israelische Armee darauf verzichtete, das Lager einfach zu bombardieren, um das Leben der dort ansässigen Zivilisten zu schonen, kam es in den verwinkelten Gassen des Zentrums von Jenin, auf der Fläche von 100x 100 Metern zu tagelangen Kämpfen zwischen israelischen Soldaten und bewaffneten Palästinensern. Dabei starben 24 israelische Soldaten an vorbereiteten Sprengfallen und – gemäss der Menschenrechtsorganisation «human rights watch» – etwa doppelt so viele Palästinenser.

Unnötige Tote in einem unnötigen Krieg könnte man meinen, provoziert durch die heimliche Unterstützung und – zumindest in den heimatlichen Medien – auch unverhohlen geäusserte Sympathie für islamistische Terroristen.

Doch es kam anders. Seit dem ersten Tag des israelischen Einmarsches jagte ein Gräuelmärchen das andere. Ein Massaker wäre im Gange, von 10`000 Toten war die Rede. Der israelische Autor Uri Avineri nannte Jenin das *«palästinensische Masada»*, anlehnend an die gleichnamige Bergfestung, in welche jüdische Widerstandskämpfer 72 n. Chr. geflohen waren und sich durch kollektiven Selbstmord der Niedermetzlung durch ihre römischen Verfolger entzogen.

Die Medien überboten sich mit Spekulationen über angebliche Kriegsverbrechen, welche sich die israelischen Truppen im Lager zu Schulden kommen liessen. Sogar der UNO– Sondergesandte für die Region, Terje Roed-Larsen, kommentierte, ohne die Sache wirklich untersucht zu haben, die Ereignisse mit *«horrifying beyond belief»* (unvorstellbar schrecklich).

Mit der Zeit bekam man jedoch andere, realistischere Informationen zu hören. Die Opferzahlen sackten nach unten, bekannt wurde, dass sogar Leichen aus den Friedhöfen ausgebuddelt wurden, um der Weltpresse die gesuchten Massengräber zu präsentieren. Auch die oben erwähnte NGO «human rights watch» liess verlautbaren, dass ihren Nachforschungen gemäss zwar einzelne israelische Soldaten schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben (was zu Ermittlungen der israelischen Militärjustiz und Anklagen gegen einzelne Soldaten führte), dass allerdings nichts auf ein von Israelis begangenes Massaker hindeutete.

Doch trotz dieser neuen Erkenntnisse blieb der Mythos Jenin sogar dann am Leben, als die palästinensische Seite das vorher postulierte Massaker der israelischen Soldateska an unbewaffneten Zivilisten umdeutete und plötzlich den «heroischen Sieg» der bewaffneten palästinensischen Kämpfer im Häuserkampf gegen die israelischen Truppen bejubelte.

Einig, einig Palästinaland

Die Fixierung auf das «böse Israel», unabhängig von jeglichen Tatsachen, macht es natürlich leicht, Verständnis für alle möglichen «Gegenreaktionen» aufzubringen. Es gilt als Gemeinplatz, dass man Israel die Schuld an den antijüdischen Exzessen palästinensischer Terroristen in die Schuhe schiebt. Hierbei dominieren psychosoziale Erklärungsmuster, mit welchen man die Mordtaten zu Verzweiflungsreaktionen frustrierter Jugendlicher umdeutet. Geflissentlich wird ignoriert, dass bis anhin keine progressive Befreiungsbewegung, wie grausam sie auch unterdrückt wurde, nur ansatzweise auf die Idee kam, solche Mittel einzusetzen. Es ist töricht zu glauben, dass der Hass der Islamisten einzig auf die israelische Besatzungspolitik zurückzuführen sei und sich mit dem Abzug der israelischen Truppen der Vernichtungswillen gegen jüdische Israelis bremsen liesse. Der Hass gegen Zionisten ist das einigende Band der feudal strukturierten Gesellschaft Palästinas. Er ist das Instrument, mit welchem Klassengegensätze perfekt übertüncht werden können und mit dem die pauperisierten Massen in die «Volksfront» eingebunden werden. Denn solange die Rückeroberung des *«von Zionisten geraubten arabischen Bodens»* als religiös verbrämte *«nationale Sache»* die Beherrschten mit ihren Herrschern eint, solange wird sich niemand um die Rückereroberung von dem durch Grossgrundbesitzer geraubten Land durch die Armen kümmern. Es ist also vielmehr zu befürchten, dass mit dem Abzug der Israelischen Streitkräfte der Judenhass noch verstärkt wird, hat doch – man schaue sich die antijüdi-

sche Welle in Osteuropa an –Antisemitismus nichts mit der Präsenz von JüdInnen zu tun.

Doch wie gesagt, differenzierte Überlegungen sind bis anhin – vor allem in der Linken – marginal. Der Mainstream ergötzt sich viel lieber an

Bild des Künstlers Matt Sesow

der immer krasseren Verurteilung Israels. Dies mit einem Zynismus gegenüber jüdischen Opfern, der durchaus auch Anschluss an den Vernichtungswahn islamistischer Terroristen finden kann. Wie beispielsweise die Tiraden von Christian Tirefort, seines Zeichens Zentralpräsident der Mediengewerkschaft «comedia».

Der Schreibtischtäter

«Bis heute dachte ich, Terrorismus wäre eine Waffe der Rechten, (...) . Jetzt bin ich mir nicht mehr so sicher, vor allem dann nicht, wenn die Urheber dieser Taten dabei ihr Leben hingeben. Hier geht es nicht nur um nationalistische Ziele, (...) es steht dahinter die Überzeugung, dass dies der einzige Weg ist, um sich noch Gehör zu verschaffen. Dabei wird in erster Linie das eigene Leben geopfert.

Als sich früher Jan Pallach auf dem Wenzelsplatz in Prag selbst verbrannte, hat die ganze Welt davon gesprochen; als buddhistische Mönche den Freitod wählten, wurden die Gründe solcher «Opfer» in der Presse ausführlich diskutiert und verbreitet. Verbrennt sich heute eine Palästinenserin oder ein Palästinenser auf dem Marktplatz in Ramallah, so interessiert das niemanden. (...) Heute sprengen sich Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel in aller Öffentlichkeit in die Luft, weil das die einzige Sprache ist, die noch verstanden wird – von Israel und der Weltöffentlichkeit. Die Presse spricht dann von «terroristischen Handlungen».

Während im Allgemeinen zumindest in einem Nebensatz Mitgefühl für die jüdischen Opfer formuliert wird, hat Tirefort nicht einmal dies übrig. Ob also eine Einzelperson – wie Jan Pallach – die Verfügungsgewalt über das eigene Leben auf extreme Weise ausübt und sich aus Protest selbst verbrennt, oder ob er – wie die palästinensischen Terroristen – planmässig, als Militante einer millionenschweren Organisation möglichst viele jüdische Menschen, meist Jugendliche in den Tod mitreisst, dieser Unterschied spielt für Tirefort nur bezüglich der Effizienz eine Rolle.

Dass ausgerechnet der Präsident einer Gewerkschaft, der auch JournalistInnen angehören, solches von sich geben kann, ohne umgehend seines Posten entbunden zu werden, zeigt, was für ein Freiraum sich für antisemitische und antizionistische Ausfälle geöffnet hat. Ein Freiraum, der von Autoren des linken «Vorwärts» bis hin zur bürgerlichen «Neuen Zürcher Zeitung» ausgiebig genutzt wird.

In der PdA – Postille «Vorwärts» ist es Urs Diethelm, welcher sich für Hetztiraden gegen Israel zuständig zeigt. Er kann in besagtem Blatt an verschiedenen Orten von der *«Instrumentalisierung der Erinnerung [an den Holocaust] zionistischer Kreise für die Gründung des Staates Israel»* schwadronieren, die Ursachen des Nahostkonfliktes in der ethnischen Polarisierung (der Juden?) suchen, und nachdem anlässlich einer Diskussion auf die Einzigartigkeit des Holocaust hingewiesen wird, antworten, dass *«jedes Verbrechen»* einmalig sei.

Nicht besser aber seine KollegInnen von Tages–Anzeiger, Basler Zeitung oder NZZ. Beispielsweise betrieb der Autor Arnold Künzli in der Basler Zeitung (10. 5. 02) unter dem Titel: *«Wer schützt Israel und das Judentum heute vor sich selbst»* Ursachenforschung und verortete – nachdem er freundlicherweise seine Solidarität fürs Judentum bekundet hat – die Ursache für Selbstmordattentate in der *«... Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung von Haus und Hof bei der Errichtung des Staates Israel vor rund fünfzig Jahren (...) und Sharons bewusst provokativen Gang zum Tempelberg...»*. Damit schliesst er zur Nahost – Korrespondentin des Tages–Anzeigers Astrid Frefel auf, die vier Tage später unter dem Titel *«Kämpfen für die Würde»* das Führungskommitee der Hamas hofiert.

Verschwörungstheorie rezikliert

Dass Israel so leicht in die Rolle des Parias der internationalen Staatengemeinschaft gedrängt werden kann, dass das Klischee des grausamen Juden zum Klischee des grausamen Israel gerann, die Dummdreistigkeit mit welcher der israelischen Politik die Bezeichnung faschistisch angehängt wird, die unheimliche Allianz zwischen gesundem Volksempfinden und antiimperialistischer Rechtschaffenheit, all dies kann nur geschehen, weil Israel ein Staat der Jüdinnen und Juden ist. Der oft schon manische Bezug auf israelische Untaten bedient ganz selbstverständlich das in der europäischen Kultur fest verankerte Stereotyp vom grausamen Juden.

Und dies angereichert mit einer gehörigen Portion Verschwörungstheorie, beispielsweise wenn die «Bewegung für den Sozialismus» (BfS) in einem Flugblatt fantasiert, dass die Absicht der «Operation Schutzschild» darin bestand, *«die seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiete für die PalästinenserInnen immer mehr unbewohnbar zu machen und Zehntausende von Flüchtlingen, die in den Lagern leben, in umherirrende Flüchtlinge zu verwandeln.»* Natürlich bleibt uns die «Bewegung» den Beweis für diese Behauptung schuldig. Doch dies interressierte die wenigsten. Viel lieber ergötzte man sich an der Vorstellung, dass ausgerechnet der ewige Jude den Palästinensern ein neuerliches Exil bereitet.

Denn je grausamer man sich «den Juden» zeichnet, umso leichter fällt es auch, die eigene Schuld an antisemitischer Verfolgung zu relativieren. Dass ausgerechnet in Deutschland Vergleiche der israelischen Politik mit den nazistischen Verbrechen an den Juden blühen, ist kein Zufall. Es ist die Konsequenz des «Nationalmythos Jenin». ■

Der schwierige Weg der PKK in der kurdischen Perestroika

***«Grossfahndung gegen PKK–Funktionäre»*, lautete Anfang Juni die Schlagzeile in verschiedenen Berliner Boulevardzeitungen. Ei-gentlich eine völlig anachronistische Meldung. Denn mittlerweile hat sich die Kurdische Arbeiterpartei aufgelöst. Zuvor schon hatte sie ihre politische Linie völlig umgestellt. Die auswegslose Situation, in der sich die PKK heute befindet, hat aber auch damit zu tun, dass sie als linkes Projekt schon lange gescheitert war.**

von Peter Nowak

Spätestens nach der Verhaftung ihres Generalsekretärs Abdullah Öcalan wurden die Weichen bei der PKK in eine neue Richtung gestellt. Der bewaffnete Kampf wurde für beendet erklärt, die GuerillakämpferInnen folgerichtig demobilisiert. Als Geste des guten Willens kamen PKK–FunktionärInnen als Friedensemissäre in die Türkei zurück und wurden umgehend zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die türkische Regierung interpretierte den Kurswechsel der PKK als Folge ihrer harten Politik und verschärfte diese sogar noch. StudentInnen, die sich für kurdischen Unterricht an der Universität einsetzten, wurden ebenso verhaftet wie gewählte VertreterInnen der prokurdischen sozialdemokratischen Wahlpartei Hadep.

Je deutlicher das türkische Regime erkennen liess, dass die PKK für ihren Kurswechsel keinerlei Zugeständnisse erwarten kann, desto mehr hoffte sie durch Wohlgefallen bei den westlichen Bündnispartnern der Türkei doch noch ein politischer Faktor zu bleiben. So war es nicht verwunderlich, dass sich die PKK in die neue, nach dem Zerfall des Ostblocks entstandene Weltordnung eingliedern wollte. Sie strebte die Rolle einer geläuterten sozialdemokratischen Kraft an, die die kurdischen Belange vertritt. Zuweilen gab sie sogar türkisch–nationalistische Töne von sich; oder wie anders ist es zu verstehen, wenn der PKK–Vorsitzende Öcalan der türkischen Regierung ein Eingehen auf den neuen Friedenskurs mit dem Argument schmackhaft machen wollte, dass man doch gemeinsam besser seine aussenpolitischen Zielsetzungen im Nahen Osten verwirklichen könne. Der neue Realismus der PKK–Führung zeitigte gelegentlich merkwürdiges Gebaren. So versucht die PKK auch ihre Beziehung zu Israel neu zu ordnen.

Der Kampf gegen den Antisemitismus, bisher kein Thema in der PKK–Propaganda, bekam so einen neuen Stellenwert. In der Vergangenheit hat die Kurdische Arbeiterpartei nicht nur berechtigterweise die enge militärische Zusammenarbeit zwischen Israel und der Türkei kritisiert, sondern auch antisemitische Verschwörungstheorien über den Einfluss der ZionistInnen auf Atatürk und die Gründung der modernen Türkei aufgestellt, die mit Recht in manchen linken Kreisen heftig kritisiert wurden. Es muss allerdings offen bleiben, ob nicht auch hinter der neuen Politik gegenüber Israel im Grunde die gleichen politischen Prämissen stehen. Weil man immer noch von dem grossen Einfluss der Juden und Jüdinnen, respektive Israels, auf das Weltgeschehen überzeugt ist, will man sich nun den Staat zum Freund machen. Es ist also zu bezweifeln, ob diese positive Haltung zu Israel wirklich Ausdruck eines fehlenden Antisemitismus ist.

Kalkül nicht aufgegangen

Wenn es das Kalkül der PKK–IdeologInnen war, mit der kurdischen Perestroika einen Platz in der neuen Weltordnung zu ergattern, ist es jedenfalls nicht aufgegangen. Genau so wenig wie die türkische Regierung sind die westlichen Partner der Türkei bereit, die neue Politik der PKK zu honorieren. Das zeigte sich spätestens, als die PKK sogar in die so genannte EU–Terrorliste aufgenommen wurde. Dort haben die EU–Verantwortlichen Organisationen und auch einige Einzelpersonen aufgeführt, die in ihren Augen den Terrorismus fördern und unterstützen. Die martialischen Töne aus den Führungszentralen der PKK und ihrer Nachfolgepartei Kadek zeigen, wie getroffen man sich dort fühlt. Pech für die PKK, dass sie zum falschen Zeitpunkt ihre Liebe zur Zivilgesellschaft entdeckt hat. In den Jahren des Ost–West–Konfliktes wäre ein solcher Schritt noch honoriert worden. Man hätte damit anderen Organisationen signalisiert, dass sich abschwören lohnt. Doch mit dem scheinbar weltweiten Sieg des Kapitalismus erzeugen Unterwerfungsgesten à la PKK bei den Herrschenden nur noch Verachtung und stimulieren den Effekt, noch mal so richtig nachzutreten. Da sind sich türkische Regierung und ihre Freunde aus der Nato einig. Zumal die PKK, aller Verlautbarungen der Führungsebene zum Trotz, eben keine andere Option hat, als den eingeschlagenen Kurs konsequent fortzusetzen. Niemand weiss besser als die türkischen Generäle, dass es nach einer Demobilisierung kein Zurück zu den Waffen mehr gibt.

Opposition überschätzt

Allerdings haben sich die Hoffnungen der PKK–internen KritikerInnen, die sich Ende 1999 und Anfang 2000 verstärkt auch in Europa zu Wort gemeldet haben, nicht erfüllt. Weder hat sich die PKK gespalten, noch kann von einer relevanten internen Opposition die Rede sein. Die «Kämpfer für eine revolutionäre Linie in der PKK», die in einem Papier zurück zu den Wurzeln der Partei wollten, bestanden im Wesentlichen aus einer kleinen Gruppe Gefangener. Auch unter den in Europa lebenden Kadern gab es Opposition. Aber über Veranstaltungen ist sie nie heraus gekommen. Organisationsversuche scheiterten schon in den Anfängen. Die rigide innerparteiliche Disziplinierung von KritikerInnen ist nur ein Grund dafür. Mindestens genau so wichtig ist, dass aller sozialistischen Rhetorik zum Trotz, bei grossen Teilen der PKK–Basis die kurdische Nation an erster Stelle gestanden hat, dem alles andere untergeordnet wurde. Ob man für Kurdistan bewaffnet kämpft oder an der Seite der Türkei hofft, das Beste herausholen zu können, ist dann nur noch eine taktische Frage unter NationalistInnen.

Wo ein grundsätzlich antagonistisches Verhältnis zu Staat und Herrschaft fehlt, ist die schnelle Durchsetzung einer neuen Linie natürlich leicht zu bewerkstelligen. Hinzu kommt bei der PKK noch, dass die sozialistischen Inhalte sehr stark an Autoritarismus und Personenkult gekoppelt waren.

Die KritikerInnen hatten Recht

Es gilt zu unterscheiden zwischen der Organisation PKK und den Folgen ihrer Politik. Während die PKK selbst wenig emanzipatorische Elemente aufwies, hatte ihre praktische Politik durchaus befreiende Momente für Teile der Bevölkerung in Kurdistan und der Türkei. So war die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK, wenige Jahre nach dem Militärputsch und der fast völligen Zerschlagung der Linken in der Türkei, ein Paukenschlag und motivierte auch die versprengten Kader der türkischen Linken, die nicht ins Exil gegangen oder in den Folterkellern verschwunden waren. Die PKK war auch eine der ersten in der Türkei kämpfenden Organisationen, die den Kemalismus (Kemalismus: Benannt nach dem Gründer der modernen Türkei Mustafa Kemal (Atatürk); Staatsideologie der Türkei mit strikter Trennung von Staat und Religion. Kritisiert wird der Kemalismus u.a. aufgrund seines extremen Nationalismus und seines Bezuges auf ein homogenes türkisches Staatsvolk), der auch in der türkischen Linken dominant war, frontal angriff. Das war eine wichtige Unterstützung für die kleine nichtkemalistische Linke in der Türkei. Da ist vor allem die Organisation «Dev Sol» zu nennen, die nach dem Putsch weiterhin in der Türkei gegen Militär und Faschismus auf einer nichtkemalistischen Grundlage kämpfte. Hier hätten sich eigentlich für die PKK gute Bündnismöglichkeiten ergeben müssen. Doch bis auf eine lose Zweckallianz kann davon keine Rede sein. Denn zunehmend stellte die PKK eben die kurdische Nation in den Mittelpunkt ihrer Propaganda, und das hatte fatale Folgen. So wurde eine kurdische Nation konstruiert, die im Zweifelsfall den kurdischen Grossgrundbesitzer ein- und linke türkische ArbeiterInnen ausschloss. Es ist klar, dass unter diesen Umständen nicht mehr der Klassenkampf der verarmten kurdischen Bäuerinnen und Bauern gegen ihre ebenso kurdischen AusbeuterInnen im Mittelpunkt stehen konnte.

Ein weiteres Ergebnis des nationalistischen Schwenks der PKK waren verschiedene Verlautbarungen Öcalans seit Ende der 80er Jahre, in denen er die Menschen, die aus den kurdischen Gebieten in andere Teile der Türkei gezogen waren, indirekt als VerräterInnen an der nationalen Sache klassifizierte. Damit einher ging die Verklärung der kurdischen Menschen, die auf ihrer Scholle und in den Bergen leben. Dabei wurde verschwiegen, dass die Mehrheit der KurdInnen eben längst schon in den Elendsvierteln der türkischen Grossstädte, hauptsächlich Istanbuls, lebte. Das macht die vom Nationalismus bestimmte kurdische Bündnispolitik noch unverständlicher. Denn hier hätte die Partei mit einer kommunistischen Orientierung die Chance gehabt, auch in nichtkurdischen Kreisen der verelendeten Bevölkerung der Türkei Sympathien zu gewinnen. Insoweit hat auch die Polemik des konkret-Autors Jürgen Elsässer eine richtige Komponente. Er schrieb sinngemäss in einem Kommentar, dass die PKK, wenn sie wirklich eine kommunistische Orientierung hätte, mit den türkischen Linken in den Elendsvierteln und nicht mit kurdischen Grossgrundbesitzern ein Bündnis eingehen dürfte. Dann hätte Öcalan auch manch obskure Gesprächspartner aus dem rechten Spektrum verloren, die sich von der Berg- und Schollenideologie und dem Gerede vom angestammten Platz der Menschen angesprochen fühlten. Dazu gehörte der CDU-Rechtsaussen Heinrich Lummer ebenso wie Politiker der rechten Liberaldemokratischen Schirinowsky-Partei in Russland. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass diese rechten Kontakte Öcalans Festnahme erleichterten, wenn nicht gar erst ermöglichten. Nach neueren Informationen waren es Politiker dieser Liberaldemokratischen Partei Russlands, die Öcalan Exilorte vermitteln wollten und ihn schliesslich verrieten. Eine linke, kommunistische Politik war mit solchen Kontakten allerdings schon viel früher verraten worden. Deshalb haben es auch jene Oppositionellen schwer, die von den heroischen Zeiten träumen, als die PKK noch bewaffnet kämpfte: Ob für die Scholle und den eigenen Staat oder für die kommunistische Weltgesellschaft wird dann vor lauter Verklärungen nicht mehr gefragt. ■

Kurdischer Volkstanz

MigrantInnen als Spielball nationalökonomischer Strategien

Die Migrationspolitik der Industriestaaten hat sich zwei Ziele gesetzt: Einerseits die Abschottung gegenüber den vor Armut und Verfolgung flüchtenden Menschen, andererseits das Anheuern von vorzugsweise hoch ausgebildeten Arbeitskräften. Beides steigert die Not der Bevölkerung in den Auswanderungsländern.

von Alex Riva

Am Treffen der Regierungsspitzen aus den EU–Staaten in Sevilla wurde der massive Ausbau des Repressionsapparats gegen die jährlich Millionen von Menschen beschlossen, die auf der Flucht sind. Kontingentierung, Absprachen mit den Herkunftsländern und Aufrüstung der EU–Aussengrenzen sollen sie von einem Aufbruch abhalten, koordinierte Datenbanken und eine noch schlagkräftigere Ausschaffungspraxis sie möglichst rasch ins Elend zurückwerfen.

Gerechtfertigt wurden solche Methoden schon im Vorfeld des Treffens mit dem Aufschwung der rechtsextremen Parteien in Europa, der zu stoppen sei. Die Wahlerfolge von RassistInnen wurden von den MahnerInnen als Gradmesser für «begründete Ängste» in der Bevölkerung genommen, womit die Begründung der Gefahr also vom Rechtsextremismus implizit wieder auf die MigrantInnen umgelenkt wurde. Die expliziten politischen Schritte von Sevilla sprechen aber dagegen, dass es bloss darum ging, einem diffusen gesellschaftlichen Unbehagen Zugeständnisse zu machen. Wenn das blosse Fühlen einer prekären Situation von den sogenannt «populistischen» Reaktionären ausgeschlachtet wird, so können es sich die seriösen Reaktionäre nicht leisten, die Bedingungen dieser Situation, die Ausbeutung und den Klassengegensatz, aufzudecken, weil sie solche Bedingungen beständig erneuern. So verfolgt die Allianz der «neuen» Sozialdemokratie und des unter Chirac geeinten «antifaschistischen» Frankreichs mit den exklusiven NationalistInnen aller Länder handfeste ökonomische Interessen. Am deutlichsten gibt sich die Stossrichtung dort zu erkennen, wo der Zusammenschluss des traditionellen politischen Establishments mit den RassistInnen zu einer Verschärfung der nationalen Gesetze bezüglich AusländerInnen geführt hat wie in Dänemark oder Holland.

Ein halbes Jahr nach ihrer Bildung hat die Regierungskoalition der bürgerlichen Partei Venstre mit der rechtsextremen dänischen Volkspartei in der Migrationspolitik bereits neue Massstäbe gesetzt. Das Asylrecht wurde drastisch eingeschränkt, das Recht auf das Zusammensein mit eineR ausländischen PartnerIn grundsätzlich unterbunden. Es wird nur noch in Ausnahmefällen gewährt, wenn zwei Eheleute über 24 (vormals 18) sind, und wenn die Person mit dänischem Pass über eine Wohnung und ein hohes Einkommen verfügt. Niederlassung kann einE MigrantIn neu erst nach sieben Jahren beantragen, während denen ein gegenüber DänInnen deutlich verminderter Zugang zu Sozialgeldern besteht.

Eine Vorreiterrolle spielt die dänische Regierung weniger, weil sie im nächsten Halbjahr den EU–Vorsitz innehaben wird, sondern weil sie vorexerziert hat, wie weit staatliche Einsparungen auf Kosten von MigrantInnen gehen können. Das Einspannen von rechtsextremen Parteien in die Regierung zur Durchsetzung entsprechender Gesetze wird zu einem Standortvorteil.

Ein Gesetzesentwurf insbesondere gegen Ausländerinnen

Die gleiche Richtung zumindest eingeschlagen wird mit dem deutschen «Zuwanderungsgesetz», das den Familiennachzug erschwert und mit dem schweizerischen Entwurf des «Bundesgesetzes für Ausländerinnen und Ausländer». In diesem werden Niederlassungsrecht und Verlängerung des Aufenthalts davon abhängig gemacht, ob Fürsorgeleistungen beansprucht werden (Art. 35/36).

Eine Besonderheit des helvetischen Wurfs ist eine gesteigerte Frauenfeindlichkeit auf Gesetzesgrundlage. Sollte das Gesetz in Kraft treten, werden AusländerInnen, denen eine Aufenthaltsberechtigung auf Grund eines Ehevertrags zugesprochen wird, diese nur behalten, sofern die Eheleute zusammen wohnen (Art. 44/45). Damit sind insbesondere Migrantinnen und ihre Kinder der Willkür des Ehepartners ausgeliefert bis eine Gewalttat stattfindet, deren Nachweis bekanntlich meistens schwierig ist.

Tanzlust und Lebensfreude: So werden sie gemocht, sofern sie zu gegebener Frist abreisen.

Während das neue Gesetz Gewalt in der Ehe fördert, garantiert es altem Unrecht weiterhin den Rechtsstatus. Für Homosexuelle aus verschiedenen Ländern bleibt die Grenze ein Graben, der keine dauerhafte Beziehung zulässt. Opfern von Menschenhandel, vor allem Frauen von ausserhalb der EU–Staaten, die im Sexgewerbe oder für Sklavendienste im Haushalt eingesetzt werden, bleibt es untersagt, die Tätigkeit zu wechseln. Zudem werden sie daran gehindert, gegen die Profiteure des Gewerbes vorzugehen, weil der Monat, den sie ohne Beschäftigung in der Schweiz bleiben können, dafür nicht ausreicht.

Überwachen, Strafen usw.

Nicht nur mit dem erleichterten Zugang für EU–BürgerInnen, sondern auch, was die Abriegelung gegenüber MigrantInnen aus anderen Ländern anbelangt, sucht der Bund den Anschluss an Europa. Der Gesetzesentwurf sieht die Identifizierung mittels Genanalysen vor (Art. 90), sowie den transnationalen Austausch persönlicher Daten (Art. 91).

Kooperation bei den Grenzkontrollen und den Registratursystemen, beschleunigte und koordinierte Ausschaffung, kurze Rekursfristen und

horrende Strafen bei Hilfe für Illegalisierte könnten dazu führen, dass die Parole «kein Mensch ist illegal» in ganz Europa bald Tatsache wird. Aus nationalökonomischen und demografischen Gründen wird die Abriegelung dabei nicht komplett sein. Die selektive Zulassung von Kontingenten wird in den einzelnen Ländern dem jeweiligen Bedarf der KapitalistInnen angepasst. Mittels der neuen Gesetzgebungen soll eine nahezu rechtlose und kontrollierbare Schicht von ArbeiterInnen geschaffen werden.

Während die Nationalstaaten es zunehmend verweigern für Grundbedürfnisse einzustehen, organisieren sie die umfassende Kontrolle und bürokratische Verfügungsgewalt über die MigrantInnen, um ihre reibungslose und gesteigerte Ausbeutung zu sichern. Die beiden patriarchalen Verfahren, deren Fortsetzung ins Private (Familie und Betrieb) für den Kapitalismus Programm ist, finden in den besagten frauenfeindlichen Angriffen des schweizerischen Gesetzesentwurfs einen krassen Niederschlag. Zur Überbrückung der Schwachstelle des Kontrollwahns, der nie ganz dahinter kommt, ob eine Heirat aus einwandfreier Liebe erfolgt, wird an den unabhängigeren Eheteil geballte Verfügungsgewalt delegiert.

Der Kampf um Gleichstellung und um basale politische und soziale Rechte, der neben der notwendigen Minimalforderung einer Legalisierung der Sans–Papiers wegzufallen droht, ist wieder härter zu führen.

Zwangsmassnahme Integration

Eines der Steckenpferde der sozialdemokratischen EuropachauvinistInnen ist die Integration. Konkrete Massnahmen werden indes in neueren Gesetzessammlungen bezüglich MigrantInnen überall in Europa vorgeschrieben. Es variiert bloss der von den MigrantInnen selber zu tragende Kostenanteil am Martyrium der Integration.

Die Erfahrung zeigt, dass die erzieherische Prätention einseitig ausgerichtet, und somit rassistisch ist. Entgegenkommende Anstrengungen seitens der MigrantInnen stossen etwa in der deutschsprachigen Schweiz, in der selten deutsch gesprochen wird, auf hartnäckige Ablehnung. Offenbar fällt es den Alt–Eingesessenen schwer, sich die Zumutung bewusst zu machen, Anderssprachige tagtäglich mit den verschiedenen Dialekten des Schweizerdeutschen zu konfrontieren.

Von verschiedenen Seiten wird die Integration als Rezept gegen die «kriminellen Potentiale» im Zuge der Migration empfohlen. Die Nähe des Worts zur grassierenden Meinung über Integrität macht sich hierbei geltend. Nach solcher Meinung stellt einE MigrantIn einen bedrohlichen Fremdkörper, das Sittenwidrige schlechthin dar. So steht hinter der gesetzlich erzwungenen Integration neben dem wirtschaftlichen Nutzen immer auch das Wunschbild von der Auslöschung des Fremden. Es können noch so viele AntragstellerInnen auf einen schweizer Pass das Märchen von Willhelm Tell kennen, noch so viele Flüchtlinge bei

Endlich einmal die Nase vorn - USA - Deutschland 0 : 1

der Ausschaffung umgebracht werden, noch so viele MigrantInnen vor der Küste Spaniens ertrinken, die Obsession verschwindet deshalb nicht. Die herrschende Ideologie reproduziert sie im Gegenteil mit jedem weiteren Einfordern von Integration. Passivität und Indifferenz angesichts der Opfer von gewaltsamer Ausschliessung sind wie die Passion zur rassistischen Differenzierung ganz im Sinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Nicht Folge von kulturellen Divergenzen ist der Integrationszwang, sondern Mittel zur Verfestigung der Separatismen innerhalb der ArbeiterInnenklasse. Dagegen wird es in einer rational organisierten Gesellschaft den Individuen überlassen sein, nicht allein welchen Wohnort sie wählen, sondern auch welche Elemente einer Kultur sie sich aneigenen wollen.

Anwerben von «Hochqualifizierten»

Ebenfalls gemeinsam ist den Gesetzesvorstössen in Dänemark, Deutschland und der Schweiz die erleichterte Zulassung für hoch ausgebildete Arbeitskräfte. Der nationalökonomische Vorteil dieser Bestimmung liegt auf der Hand: Das Einwanderungsland spart die Bildungsausgaben für solche Arbeitskräfte. Seit Mitte der 60er Jahre haben die USA mit der relativen Begünstigung der Immigration von AkademikerInnen finanziell erquickliche Resultate erzielt. Die europäischen Staaten wollen nun endlich nachziehen.

ÄrztInnen aus Südafrika, die nach Kanada geholt werden, indische AbsolventInnen von Ingenieursschulen und InformatikerInnen, die in den USA oder in Deutschland angestellt werden, fehlen in den Auswanderungsregionen für den Aufbau einer modernen Industrie. Besonders dramatisch ist der Wegzug von medizinischem Fachpersonal. In den Gebieten mit der höchsten Rate von Aids–Infizierten kommt schon heute einE ÄrztIn auf 25 000 Menschen (z. Vgl.: 1/500 in den Industriestaaten). Der Reformvorschlag, dass wenigstens die Bildungskosten von den Einwanderungsländern zurückerstattet werden, ist seit 1987 endgültig vom Tisch.

Die mit knappen Mitteln errichteten und unterhaltenen Bildungsinstitutionen in den abgeschlagenen Weltregionen treten zu einem bedeutenden Teil in den Dienst der Industriestaaten. So wird unter den Bedingungen des Imperialismus jeder Fortschritt in ökonomisch schwachen Ländern bald zu einem wesentlichen Faktor von Stagnation und Rückschritt. Die Kluft zwischen Armuts– und Wohlstandsregionen wird noch grösser. Das Anwerben von hoch Ausgebildeten ist einer der besten Garanten dafür, dass die Länder, die seit Jahrzehnten eines ignoranten Optimismus «Entwicklungsländer» heissen, endlos lange noch «Entwicklungsländer» heissen müssen.

Wettstreit der Universitäten um KundInnen

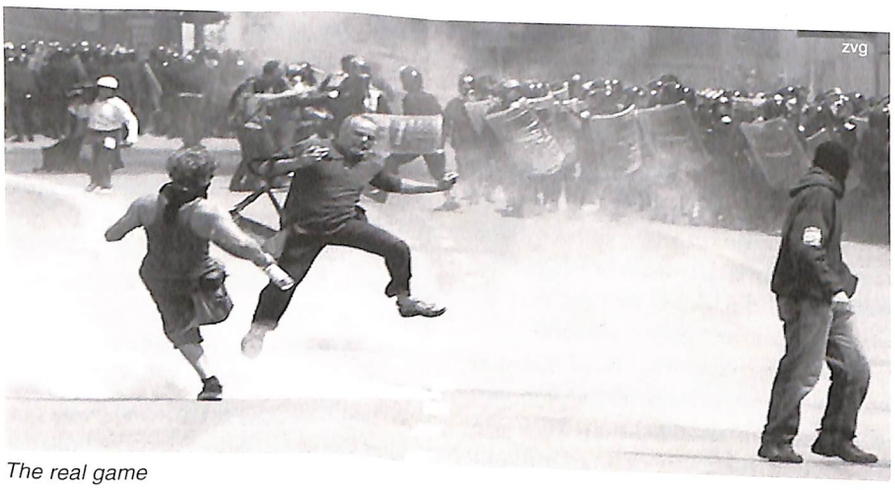
Unter dem Druck der Schuldeneintreiberei ist in etlichen Ländern des Südens der tertiäre Bildungssektor Mitte der 80er Jahre wieder zusammengebrochen. Wer sich auf Hochschulstufe ausbilden will, muss sich an westliche Institutionen wenden und kehrt, das Studium einmal abgeschlossen, meist nicht zurück.

Was die Gewinne auf dem Bildungsmarkt anbelangt, ist Kontinentaleuropa gegenüber Nordamerika, wie

auch gegenüber Grossbritannien ebenfalls im Hintertreffen. Während sich in angelsächsischen Ländern die mehr privatwirtschaftlich ausgerichteten Hochschulen zu einem grossen Teil durch hohe, individuelle Studiengebühren finanzieren, ist in Kontinentaleuropa ein offenerer Zugang zu den gesellschaftlich getragenen Universitäten erhalten geblieben. Der relativ offenere Zugang hat jedoch nur für inländische StudentInnen Gültigkeit. In Zürich bezahlen StudentInnen ohne schweizer Pass deutlich höhere Studiengebühren, erhalten unter schikanösen Auflagen weniger Stipendien und sind vom Psychologiestudium grösstenteils, vom Medizinstudium ganz ausgeschlossen. Was hier offen zu nennen ist, ist allein die Diskriminierung.

In Kontinentaleuropa ist also nur willkommen, wer fertig ausgebildet ist. Die angelsächsischen Länder interessieren sich zusätzlich für immigrierende StudentInnen, weil diese hohe Summen hinblättern müssen, und weil, wenn sie als Arbeitskräfte bleiben, die Kosten für den primären und sekundären Bildungssektor wiederum gespart sind. Mit dem Umbau der Hochschulen auf dem europäischen Festland ist die Angleichung ans angelsächsische Modell geplant. Dass hierzu, wie heute überall in Angriff genommen, zuerst die Errungenschaften der 68er–StudentInnenbewegung rückgängig gemacht werden müssen, hat sich ein Schönfärber der bildungspolitischen Liberalisierung, Günter Reuhl, bereits vor zehn Jahren in seinem Buch «Wissenschaftskonkurrenz» inständig gewünscht: *«Was hier auf dem Spiel steht, ist mehr als eine breitere gesellschaftliche Öffnung, die mit den alten Begriffen «participation« und »Demokratisierung» umschrieben wird. In den beginnenden Wissenschafts– und Wirtschaftskämpfen geht es um die Ausschöpfung und das Aufspüren aller Begabungsreserven, die für den Fortschritt der Gesellschaft und die Produktivität ihrer Systeme geeignet sind.»*

Sehen wir einmal davon ab, dass wir selten so trefflich an den Sklavenhandel des frühen 19. Jahrhunderts erinnert werden wie mit Sprüchen vom *«Ausschöpfen und Aufspüren aller Begabungsreserven»*. Gefragt ist aus den riesigen Reservaten der Ausgeschlossenen in diesem Fall ja auch weniger die durch Schinderei hervorgerufene Begabung zur Abhärtung als vielmehr das Begabtsein mit genügend Flüssigem. Obschon nur eine kleine Minderheit aus dem Rest der Welt es sich leisten kann, im Westen zu studieren, wird diese zur Beibehaltung nur schon des bestehenden, gesellschaftlichen Anteils an hoch ausgebildeten Arbeitskräften in den Metropolen unentbehrlich sein. Mit dem angestrebten Umbau der europäischen Universitäten in rentable Betriebe, die einer immer kleineren und reichen Oberschicht vorbehalten sind, müssen zur Kompensation alle vorhandenen «Reserven» angezapft werden.



The real game

Grundfalsch wäre es, wegen den absehbaren Folgen der Abwanderung von StudentInnen und AkademikerInnen aus den Armutsgebieten, Diskriminierungen wie die an der Universität Zürich zu tolerieren. Damit würde die vom Imperialismus auf ausbeuterische Weise erzeugte Abhängigkeit der Produktion in den Armutsregionen den MigrantInnen zur Last gelegt. Spezielle Selektionsbestimmungen und gezielte Abriegelung sind die Weiterführung der allgemeinen Klassenunterdrückung im Kapitalismus. Deshalb führt auch die Träumerei von der Chancengleichheit in keinem gesellschaftlichen Bereich weiter. Reproduktion ungleicher Ausgangslagen und Klassenunterdrückung sind es in erster Linie, die den freien Zugang aller zum gesellschaftlichen Reichtum und zum angehäuften Wissen der Menschheit verhindern. Gegen restriktive und diskriminierende Vorschriften in zweiter Instanz ist mit den Mitteln dessen vorzugehen, was diesen Zustand zu beseitigen vermag, mit den Mitteln des internationalen Klassenkampfs.

Praktischer Grundsatz

Nicht zuletzt sollen mit den Gesetzen bezüglich MigrantInnen alte und neue Trennlinien gezogen werden: Eine der häuslichen Sklaverei oder dem Sexgeschäft ausgelieferte Schicht von Frauen, eine Schicht von schlecht bezahlten und entrechteten MigrantInnen, eine besser gestellte Schicht immigrierender oder stationärer AkademikerInnen, eine Schicht von inländischen ArbeiterInnen mit relativ höherer sozialer Absicherung. Solche vom bürgerlichen Staat bereitgestellten Trennlinien, die unterschiedliche Lebensbedingungen realisieren, dürfen nicht akzeptiert und in der emanzipatorischen Praxis keinesfalls reproduziert werden. Ausgebeutete brauchen die Kenntnis der speziellen Lage anderer Ausgebeuteter für den revolutionären Kampf, woraus sich ein praktischer Grundsatz ergibt: Das Trennende ist nur zu überschreiten, wenn es nicht übergangen wird.

Mit dem landesweiten Streik in Spanien hat die ArbeiterInnenklasse die bisher grösste Entschlossenheit im Zusammenhang mit Protesten gegen einen Gipfel bewiesen. Dass der Streik vom 20. Juli nicht um die darauf folgenden Tage des EU–Treffens in Sevilla verlängert wurde, dass die StudentInnen einen separaten Demonstrationszug durch die Stadt für nötig befanden, zeigt, wie hinderliche Barrieren immer noch hochgehalten werden. Zumindest im Ansatz sind die papierlosen TagelöhnerInnen, welche die Universität Olavide besetzt hielten, zur Überwindung der Barrieren am weitesten gegangen. ■

Die soziale Fassade bröckelt

Um die Jahrtausendwende war vom Ende des Nationalstaats die Rede. Solcherlei Äusserungen haben viel mit Ideologie, aber wenig mit der Realität zu tun. Der Staat hat zwar seine Aufgaben geändert, bleibt aber zentrale politische Instanz des modernen Kapitalismus. Radikale Staatskritik ist nötiger denn je.

von Thomas Schwendener

Während sich SozialstaatsromantikerInnen und Neoliberale ihre Ideologien um die Ohren schlagen, begnügt sich die *«Antiglobalisierungsbewegung»* mit dem Pochen auf *«gerechten Handel»* und eine *«andere Welt»*. Erstere sehen sich, wie Michel Valterio (stv. Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung), bei anhaltendem Trend mit der Horrorvision einer *«(Mehr)-Klassen-Gesellschaft»* konfrontiert und fabulieren über Dinge wie die Erneuerung des *«sozialen Friedens»* und *«gesellschaftlichen Zusammenhalt»*, damit *«Inkohärenzen, Zusammenstösse oder gar Revolten verhindert werden»* können. Dem hält der gerne als *«objektiver Fachmann»* auftretende Prof. Franz Jäger von der Kaderschmiede HSG entgegen: *«Die Schweiz ist drauf und dran ihren Spitzenplatz im internationalen Wettbewerb zu verlieren.»* Dies führt er auf die *«relativ hohen Lohnnebenkosten»* und das *«hohe Grundlohnniveau»* zurück, um daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass ein Sozialstaat keinen *«allgemein akzeptablen Mindestlebensstandart garantieren»* darf. Ein Grossteil der sich unter dem öffentlichkeitswirksamen Etikett *«globalisierungskritisch»* sammelnden Linken hält jedoch Staatskritik für unnötig oder fordert gar, wie kürzlich in der «Le monde Diplomatique», den *«Staat wieder als zentrale Instanz öffentlichen Handelns»* anzuerkennen. Wer sich aber für eine klassenlose Gesellschaft einsetzt, kann dem bürgerlichen Staat nicht das Wort reden.

Klassenstaat

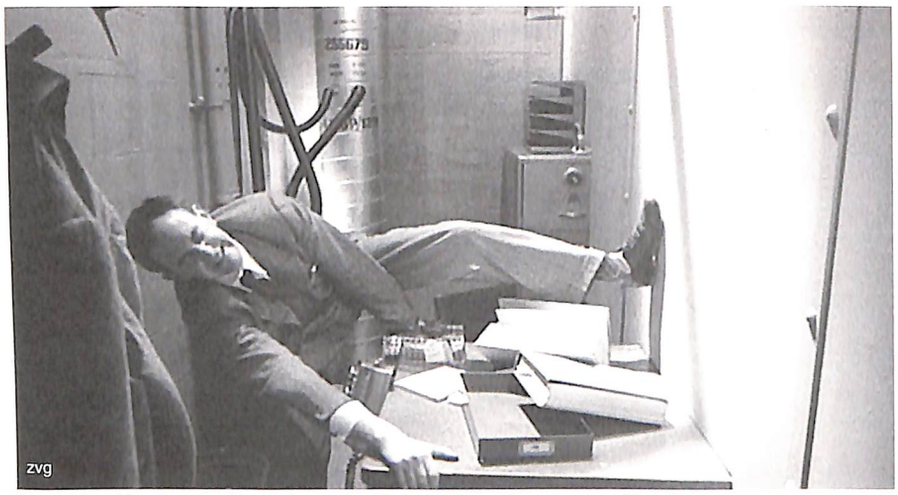
Mit der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse anfangs des 19. Jahrhunderts entstand der zentralisierte, bürokratische Nationalstaat. *«Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse.»* (Engels: MEW Bd. XXI, S. 166) Warum aber erscheint die durch den Staat vermittelte Klassenherrschaft nicht als das was sie ist, als die Unterwerfung einer Klasse unter die andere? Warum treten politische und ökonomische Herrschaft auseinander und nimmt die politische Herrschaft die Form einer «offiziellen» staatlichen Herrschaft an?

Die Antwort hierauf findet sich in der Vergesellschaftungsweise des Kapitalismus; diese ist charakterisiert durch die Trennung der ArbeiterInnen von den Produktionsmitteln, durch Lohnarbeit, Privatproduktion und «freien» Warentausch. Die Ausbeutung wird nicht mehr durch direkte physische Gewaltanwendung, sondern durch den äquivalenten Tausch (Arbeitskraft – Lohn) getätigt. Ausserdem macht das durch die ArbeiterInnenklasse erkämpfte allgemeine Wahlrecht die Menschen erstmals als konkurrierende WarenbesitzerInnen formell gleich. Freier Tausch, Konkurrenz sowie die «Freiheit» (seine Arbeitskraft zu verkaufen) und «Gleichheit» (als WarenbesitzerInnen) sind nur garantiert, wenn die ökonomisch herrschende Klasse auf die individuelle Gewaltanwendung verzichtet, also keine Zwangsrekrutierungen von Arbeitskraft oder Eroberungen durch Waffengewalt vornimmt. *«Kapitalistische Verhältnisse können sich also nur dann voll herausbilden, wenn die physische Zwangsgewalt eine von allen gesellschaftlichen Klassen, auch der ökonomisch herrschenden, getrennte Institutionalisierung erfährt, eben in Gestalt des Staates»* (Hirsch: «Der nationale Wettbewerbsstaat», S. 19). Die Gewalt verschwindet damit keineswegs aus der Gesellschaft, sie wirkt weiter, indem beispielsweise ArbeiterInnen zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen sind. Sie wird gar, *«weil im bürokratischen Staatsapparat zusammengefasst und konzentriert, noch durchschlagender und wirksamer als je zuvor in der Geschichte»* (Hirsch). Privatproduktion, Lohnarbeit, Warentausch und damit der Zwang, seine Arbeitskraft immerwährend zu verkaufen, werden durch die Trennung von «Politik» als öffentliche Angelegenheit und «Ökonomie» als Privatsache aus der politischen Sphäre ausgeklammert und bleiben unantastbar.

Der fordistische Staat: gigantisch, bürokratisch, hochgerüstet. Szene aus «Brasil» 1

Der kapitalistische Staat ist also faktisch Klassenstaat. Die Erklärung, er sei das Instrument der herrschenden Klasse, greift aber zu kurz. *«Die politisch gesicherte Existenz der Klassengesellschaft hat (...) ihren äusserlichen Charakter abgestreift und tritt funktional nicht mehr nur mit der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, sondern mit der Reproduktion des sich verwertenden Kapitals in Verbindung. Daher schliesst sie auch punktuell die Einschränkung der Kapitalistenklasse und der Verwertungsbedingungen einzelner Kapitale ein, wenn sich die Ein-*

schränkungen als akkumulationsnotwendig erweisen. Das bedeutet: Die Garantie geht von der staatlich–rechtlichen durchsetzbaren Aufrechterhaltung der politisch vermittelten Klassenmacht des Kapitals zwar aus; zugleich aber hinüber zur ökonomisch wirksamen Regelung der Mehrwertproduktion.» (Agnoli: «Der Staat des Kapitals», S. 44) Das Wirken des Staates ist der Dynamik von Sozial– und Klassenbeziehungen geschuldet. Der Staat ist der *«Kristallisationspunkt von Klassenbeziehungen» (Poulantzas) und damit Institutionalisierung der Sozial– und Klassenkämpfe. Da der Verwertungsprozess des Kapitals die ökonomische Grundlage des Staates bildet, muss das politische System diese Klassenbeziehung ausbalancieren und «manipulieren».* Dank seiner relativen Autonomie von der Gesellschaft ist der Staat in der Lage, den Klassenwiderspruch zu regulieren und zu *«verrechtlichen»* (Agnoli), um so die an sich antagonistische Klassengesellschaft zu stabilisieren und zusammenzuhalten.



Krise des Fordismus: Kampf um den Arbeitsplatz. Szene aus «Brazil» 2

Fordismus

Nach der Weltwirtschaftskrise der Zwanzigerjahre begann sich eine neue kapitalistische Formation herauszubilden, die später als Fordismus bezeichnet wurde. Unter dem Eindruck der «Systemkonkurrenz» mit dem «sozialistischen Lager» konnten die Organisationen des Proletariats in oftmals blutigen Kämpfen soziale Zugeständnisse erringen. Der dadurch entstehende Sozialstaat veranlasste viele Menschen dazu, von einem allmählichen Abbau der Klassenunterschiede auf der Grundlage einer «immerwährenden Prosperität» zu träumen.

Der fordistische Kapitalismus zeichnet sich durch folgende Eigenschaften aus:

- Erschliessung des «inneren» Marktes, tayloristische Massenproduktion und Massenkonsum. Der Konsum der ArbeiterInnenklasse wird zum wesentlichen Bestandteil des Kapitalverwertungsprozesses.
- Sukzessiver Ausbau bürokratischer Sozialsicherungen, nicht nur zur Reproduktion der Arbeitskraft, sondern auch zur Stabilisierung des Massenkonsums. Parallel dazu werden Überwachungs– und Registrierungsinstrumente massiv aufgestockt und zur Anwendung gebracht.
- ArbeiterInnenorganisationen werden integriert und an den runden Tisch geholt. Dies bietet die Grundlage für eine «Steuerung» des Wirtschaftsablaufs. Unter ideologischen Phrasen wie «Sozialpartnerschaft» oder «Klassenkompromiss» wird versucht, den Klassenwiderspruch vollends zu institutionalisieren und zu verrechtlichen.
- Ausdehnung der Staatsinterventionen: Sozial–, Wachstums–, Industrie–, Forschungspolitik, Subventionen und Unterstützungszahlung werden immer wichtiger. Ein gesamtwirtschaftliches Steuerungsinstrument, die Geld– und Fiskalpolitik, wird eingesetzt.

Die offensichtliche Fähigkeit dieses Systems, eine Umverteilungspolitik zu Gunsten aller sozialen Schichten in den kapitalistischen Metropolen zu betreiben, bildete seine Legitimationsbasis. Unter diesem Eindruck entstanden «klassenübergreifende», auf materielle Verteilungspolitik gerichtete, bürokratische Apparaturen: die *«Volks– oder Massenparteien»* (Hirsch). Die «sozialdemokratischen» Parteien konzentrierten sich nun hauptsächlich auf Sozial– und Umverteilungspolitik, der Sozialismus wurde aus dem politischen Programm gestrichen.

Krise des Fordismus

Dieses «goldene Zeitalter» des Kapitalismus ging mit der in den Siebzigerjahren offen ausbrechenden und bis heute anhaltenden Krise zu Ende. Diese Krise ist nach Joachim Hirsch im Kern *«(...) durch einen strukturellen Rückgang der Kapitalrentabilität in allen kapitalistischen Metropolen verursacht. Dies war die Folge eines (...) starken Rückgangs der Profitrate, der aber nicht allein unter Rückgriff auf eine allgemeine Kapitalgesetzlichkeit, sondern nur unter Berücksichtigung der ökonomischen und politischen Gesamtstruktur dieser Gesellschaftsformation zureichend erklärt werden kann.»* Und weiter zur politischen Konsequenz: *«Der institutionalisierte sozialstaatliche Verteilungsmechanismus und die strukturkonservierende Subventionspolitik der monopolistischen Regulation konnten nicht mehr aus starken Sozialproduktzuwächsen finanziert werden und erzeugten damit ihrerseits (...) einen Druck auf die Profitrate.»* (Der nationale Wettbewerbsstaat, S. 84) Der keynesianische Staatsinterventionismus wurde damit zum Hemmnis der Kapitalakkumulation, die ökonomische Grundlage des «sozialen Kapitalismus» kam ins Wanken. So heisst es beispielsweise im Bericht des Perspektivenstabes der schweizer Bundesverwaltung: *«Der Rückblick auf die letzten Jahre ist insofern instruktiv, als dass er zeigt, dass – neben dem Ausbau der Staatstätigkeit – die stagnierende Wirtschaftsentwicklung die heutige Defizitsituation verursacht hat. Der finanzpolitische Handlungsspielraum wird in den nächsten Jahren stark von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (...) abhängen.»* (S.74) Auch wenn die neoliberalen ApologetInnen den Sozialstaat für die Krise verantwortlich machen, bleibt festzuhalten, dass die Krise prinzipiell eine ökonomische ist. Nur bringt auch das Festhalten am Sozialstaat die prosperierenden «goldenen Jahre» nicht zurück. Um den Kapitalverwertungsprozess zu gewährleisten, muss eine «neue Form der Regulation» gefunden werden.

Globalisierung

Unter den Stichworten «Globalisierung» und «Neoliberalismus» setzte nach und nach die Krisenbekämpfungsstrategie des Kapitals ein. *«Die aktuelle Globalisierung ist im Kern ein Projekt des kapitalistischen Klassenkampfes. Sie ist kein »objektiver« ökonomischer Mechanismus, noch weniger eine eigenständige politisch kulturelle Entwicklung, sondern eine politische Strategie.»* (Hirsch: «Vom Sicherheitsstaat zum Nationalen Wettbewerbsstaat», S. 24) Solche politische Strategien sind aber in der Regel Antworten auf ökonomische Prozesse, auf Entwicklungen des Klassenkampfes und der Konkurrenz. Hier lässt sich teilweise die Handlungsperspektive Hirschs, der *«radikale Reformismus»*, herauslesen, welcher den politischen Handlungsspielraum zu hoch einschätzt, statt dessen ökonomischer Determination genügend Rechnung zu tragen.

Unter dem Begriff «Globalisierung» wird heute die Internationalisierung der Produktion und die Herausbildung eines transnationalen Kapitals verstanden, welches zwar nach wie vor von Nationalstaaten abhängig ist, aber seine Beziehung zu diesen gelockert und flexibilisiert hat. Damit wird das transnationale Kapital in die Lage versetzt, die jeweils kostengünstigsten Produktionsstandorte auszunutzen und weltumspannend zu kombinieren sowie die weiterhin auf nationale Grenzen beschränkten ArbeiterInnenorganisationen gegeneinander auszuspielen.

Das im «Neo»–Mäntelchen daherkommende zugehörige Wirtschaftswundermittelchen namens Liberalismus zielt in erster Linie auf die ideologische Absicherung der Flexibilisierung und «Deregulierung» der internationalen Waren–, Finanz–, und Arbeitsmärkte sowie auf den Abbau sozialer Sicherungssysteme. Die Profitabilität des Kapitals soll neben der «globalisierten Rationalisierung» durch eine «strukturelle Senkung» der Lohnkosten, durch die Einführung neuer Verfahrenstechniken sowie der Erhöhung von Laufzeit und Nutzungsgrad der Produktionsanlagen wiederhergestellt werden.

Aufrüstung und Sozialabbau

Die Einschätzung, der Staat ziehe sich nun zurück, werde «abgeschlankt», liegt weit daneben und zeigt den Einfluss, welchen neoliberale Gemeinplätze erreicht haben. Der Staat zieht sich nicht zurück, sondern nur seine administrativen Aufgaben haben sich grundlegend geändert. An die Stelle sozialer Absicherung tritt die polizeiliche Überwachung, statt staatliche Schulen zu errichten, werden private subventioniert, ehemals staatliche Betriebe werden privatisiert. Der Sozialstaat wird unter dem Label «Umbau» abgebaut, während die Polizei– und Überwachungsfunktionen zügig aufgerüstet werden. Die nationalen Grenzen werden zwar zwischen den kapitalistischen Zentren eher durchlässiger, verwandeln sich aber gegenüber der Peripherie zu immer undurchlässigeren Festungen. Diese Tendenzen bringt Bundesrätin Metzler auf den Punkt: *«Die Projektgruppe USIS stellt fest, dass die kantonalen und städtischen Polizeikorps bei den sicherheitspolizeilichen Aufgaben zur Wahrung von Ruhe und Ordnung in der Öffentlichkeit, bei der internationalen Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung und bei der Bewältigung illegaler Migration an ihre Grenzen stossen. (...) Um die notwendigen Instrumente zu schaffen, läuft im Bereich der inneren Sicherheit eine grosse Anzahl von Projekten. Dreh– und Angelpunkt bei all diesen Projekten ist die generelle Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit in der Schweiz (USIS) (...)».* Damit einher geht eine komplette Verschiebung der Legitimationsgrundlage des Staates, seine Mechanismen *«zielen nicht mehr vorrangig auf die Einpassung einer politisch passiv gehaltenen Bevölkerung in den Produktions– und Konsumzirkel einer fordistischen Wachstums– und Wohlstandsgesellschaft, sondern arbeiten mit Ängsten und Bedrohungen, die, propagandistisch mobilisiert, auf Kriminelle jedweder Couleur, internationale Banden, Terroristen und im Prinzip auf alle AusländerInnen projiziert werden.»* (Hirsch: «Der nationale Wettbewerbsstaat», S. 160) Dem Staat wird die Rolle zugedacht, die in den Wohlstandsfestungen Lebenden vor allerlei angeblich kriminellen MigrantInnen und TerroristInnen zu schützen. Davon zeugt auch der paranoid anmutende Sicherheitsdiskurs, welcher sich in den europäischen Staaten entfaltet hat und rechtsextremen Parteien in die Hände spielt.

Demokratieinflation

Diese «Legitimationsverschiebung» ist wesentlich der Aushöhlung der demokratischen Systeme und der Einschränkung der Sozialsicherungs– und Umverteilungsfunktionen geschuldet. Die parlamentarische Demokratie wird zunehmend «abhängig» von internationalen Kapitalbewegungen, es müssen Investitionsanreize für das transnationale Kapital geboten werden. Dabei steht der Staat in Konkurrenz zu anderen «Wettbewerbsstaaten», was auch bedeutet, dass die Minimierung von Sozialausgaben und die relative Senkung des Masseneinkommens vorangetrieben werden müssen, um überhaupt interessante Rahmenbedingungen bereitstellen zu können. Bezeichnend dafür ist der «sachzwangmässige» Abbau des Sozialstaates, bei welchem sich die parlamentarischen Auseinandersetzungen hauptsächlich um Details drehen. Mit solchen «Sachzwängen» sehen sich die nationalstaatlichen Parlamente vermehrt konfrontiert, sie werden so tendenziell zu Verwaltern und Vermittlern vorgefasster Entscheide degradiert, welche sie nur noch im Detail korrigieren können. Diese Entscheide werden in internationalen Institutionen und Organisationen gefällt. Ursache für diese Verschiebung ist *«einerseits die Tatsache, dass der globalisierte Akkumulationsprozess und seine Folgen – von zusammenbrechenden Staaten über die permanent gewordene Krise der Finanzmärkte bis hin zu den globalen Umweltgefährdungen – Regulierungsprobleme erzeugt, die die Grenzen und Kapazitäten einzelner Staaten überschreitet. Gleichzeitig versuchen Regierungen, dem Verlust ihrer Interventionsspielräume durch Schaffung oder Stärkung internationaler Regulierungszusammenhänge zu begegnen, die sie aber in neue und vor allem für schwache Staaten bestimmende Kooperationszwänge einbindet. (Hein 1998)»* (Hirsch: «Die Zukunft des Staates», S. 119) Dies führt zur Erstarkung internationaler Machtstrukturen (WTO, IWF, NATO, OECD usw.), in denen faktisch wenige starke Staaten auf der Grundlage einer konfliktbaften Kooperation das Sagen haben.

Die auf den nationalen Rahmen beschränkten Parlamente geraten durch diese Entwicklung in eine Repräsentationskrise, die vielzitierte Politikverdros-

senheit ist letztlich die Konsequenz daraus und eine eigentliche Reaktion auf den Verlust einer realen (wenn auch schon immer stark eingeschränkten) Partizipationsmöglichkeit. Dem widersprechen die vorübergehenden Mobilisierungen für rassistische oder moralisch aufgeladene Themen nicht, sondern zeigen im Gegenteil die Verschiebung der Legitimationsgrundlage hin zum vorrangig «repressiven Staat» und den «strukturellen Rechtsrutsch» der Parlamentsarbeit. Wahlen verkommen zu Wahlkampfspektakeln ohne politische Programme, Personenkult (Schröder vs. Stoiber) und populistische Lösungsschablonen von «Links» und Rechts bestimmen die politische Bühne. Die ideologische Trennung von Politik und Wirtschaft und das Primat des Zweiten werden stärker als je zuvor propagiert. Der real eingeschränkte Handlungsspielraum des Staates, welcher teilweise in den internationalen Einrichtungen politisch produziert wird, wird so propagandistisch noch stärker eingeengt, um die jeweilige Parteipolitik als Sachzwang darzustellen.

Verwertungsbedingungen aufrechterhalten. Szene aus «Brazil» 3

Staatliche Regulation

«Wirtschaftspolitisch» hat der postfordistische Staat in erster Linie die Optimierung der Kapitalverwertungs- bzw. Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene unter Berücksichtigung des globalisierten Kapitals zu gewährleisten. Dabei ist er weiterhin für sämtliche infrastrukturellen Voraussetzungen wie Autobahnen, Bahnhöfe usw. zuständig. Auch die gesetzlichen Grundlagen sind nach wie vor staatlich geregelt, wenn auch diese bereits teilweise von internationalen Verträgen überlagert werden (TRIPS, GATS usw.). Hierbei spielen beispielsweise die bereits mancherorts «neoliberal» modifizierten Arbeitsgesetze eine grosse Rolle.

Die Privatisierung staatlicher Betriebe ist mehr Umbau und Unterwerfung unter die Logik «privater» Kapitalverwertung als effektiver Staatsabbau. Grosse Bereiche der «Wirtschaft» wären ohne staatliche Subventionen nicht denkbar, es sei hier nur an das «Swissairdebakel» erinnert. Mit der Privatisierung geht eine Ausdehnung des inneren Marktes einher, der von Hirsch als *«innere Landnahme»* bezeichnet wird, eine *«Unterwerfung weiterer gesellschaftlicher Sektoren unter den Kapitalverwertungsprozess durch «Kommodifizierung» d.h. der warenförmigen Inwertsetzung von Arbeitsprodukten und Naturressourcen [Bio– Gentechnologie; T.S.] (...) dabei spielen die Postfordistischen Schlüsselindustrien insbesondere im Bereich der Informations– und Kommunikationstechnologie und der so genannten »Life–Industries« (...) eine zentrale Rolle»* («Die Zukunft des Staates», S. 178).

Der globale Akkumulationsprozess ist mehr denn je auf eine strukturelle Ungleichheit angewiesen, die Kombination verschiedener Produktionsstandorte macht nur so einen Sinn. Diese Ungleichheit macht vor nationalen Grenzen nicht halt. Eine Tendenz zur «Regionalisierung» und Fragmentierung ist zu beobachten. Den Gesellschaftszusammenhalt zu organisieren, wird für den Staat zu einer vordringlichen Aufgabe, die Konstruktion eines sozialen Konsenses wird zunehmend von einer repressiven Politik überlagert. *«Je mehr er [der Staat; T.S.] vom internationalen Kapital abhängig ist, desto repressiver muss er gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung auftreten. Seine Politik richtet sich nicht mehr auf eine sozial und regional ausgeglichene Entwicklung der ganzen Gesellschaft. Vorrangiges Ziel wird vielmehr die selektive Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte für den internationalen Wettbewerb und die Unterdrückung aller Interessen, die dem entgegenstehen. Dies nötigenfalls auch mit Gewalt. Damit unterstützt die staatliche Politik die Zunahme sozialer Ungleicheiten und Spaltungen»* (Hirsch:«Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat», S. 37).

Krisentendenzen

Die Sozialdemokratischen Parteien übernahmen mit ihrer Umverteilungspolitik teilweise die Funktion, diese Lokalisierungs– und Fragmentierungs–Tendenzen etwas abzufedern. Wie sehr dies weiterhin gelingt, bleibt bei den Wahlergebnissen der letzten Zeit fraglich. Der Bundesperspektivenstab dazu: *«Es ist nicht auszuschliessen, dass die Schweiz in eine duale Gesellschaft zerfällt mit dynamischen Sektoren [und Regionen; T.S.], die wenig Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und Sektoren, die Beschäftigung anbieten, aber zu ungünstigen Arbeitsbedingungen.»* Um dem *«ökonomischen»* Zerfall keinen *«gesellschaftlichen»* folgen zu lassen wird vom Bundesamt für Sozialversicherung allenthalben eine *«Erneuerung des sozialen Friedens»* gefordert. Es sind massive Risse im *«hegemonialen Konsens»* (Gramsci) festzustellen. Dieser wird zwar einer beständigen Erneuerung unterworfen, was auch eine Erklärung für die allerlei ersponnenen Spass–, Risiko–, oder Ich–Aktien–Gesellschaften bietet, konnte aber bisher nicht befriedigend stabilisiert werden. Nach Jessop beinhalten die

«neuen hegemonialen Projekte» unter anderem *«neue »imaginierte Nationen«, die sich an der Autonomie eines bestimmten Territoriums unterhalb, oberhalb oder quer zu den bestehenden Nationalstaaten orientieren; eine «globale Zivilgesellschaft», die einen kosmopolitischen Patriotismus, der Vorrang der Menschenrechte über nationales Staatsbürgertum (...) voraussetzt; neue Schicksalsgemeinschaften, die durch gemeinsame Risiken unabhängig vom territorialen Standort begründet sind (...); neue Interessensgemeinschaften, die auf gemeinsame Identitäten, Interessen und Werte (...) gründen.»* («Die Zukunft des Staates», S. 163) Wie sehr es gelingt, einen neuen Konsens zu konstruieren, hängt wohl nicht zuletzt davon ab, ob Widerstandsbewegungen wie die so genannte Antiglobalisierungsbewegung integriert und als *«kritische Komponente»* des Konsens instrumentalisiert werden können, wie dies Exponenten des Bundes mit der Strategie der *«Einbindung der global vernetzten Zivilgesellschaft»* vorzeichnen.

Dem Teil der «Dritten Welt», welcher vom globalisierten Markt abgehängt wird, da sich nicht mal mehr die Ausbeutung lohnt, droht eine Rolle als Müllhalde. Diese Regionen sind für die Kapitalverwertung blosses Risikogebiet und müssen im Namen der Menschenrechte militärisch unter Kontrolle gehalten werden. Die Zahl der Menschen, welche aus Not und Unterdrückung fliehen, nimmt kontinuierlich zu. *«Migrationsexperten und -expertinnen schätzen das Potential all derjenigen, die sich auf Grund ihrer tatsächlichen Lebensverhältnisse oder Überlebenschancen in naher Zukunft entscheiden könnten, ihre Heimat zu verlassen, auf 10 Prozent der Weltbevölkerung oder rund 500 Millionen Menschen.»* («Bericht des Perspektivenstabes der CH-Bundesverwaltung 1998», S. 92) Ein etwas menschenwürdigeres Leben gewähren die Industriestaaten nur jenen, welche im Hinblick auf den nationalen Arbeitsmarkt verwertbar sind.

Auch die strukturelle ökonomische Krise, welche sich in einer kontinuierlichen Kapitalüberproduktion manifestiert, ist nicht ausgeschaltet. Sie bricht mehr oder weniger offen aus, wenn die Rationalisierung und innere Ausdehnung ins Stocken gerät. *«Sie wird jedoch dadurch verzögert, dass permanente Kapitalentwertungsprozesse so organisiert und kontrolliert werden können, dass es zu keinen grösseren Zusammenbrüchen auf den hoch spekulativen internationalen Finanzmärkten kommt. In diesem Zusammenhang spielt die Rüstungsproduktion trotz des Endes des Ost–West–Konflikts eine bleibende Rolle, die durch den Umbau des Militärs zu einer hochtechnisierten Kriseninterventionstruppe noch unterstrichen wird. Auch die Konkurrenzregulierung sorgt – sichtbar an den Krisen der »New Economy« – für fortdauernde Kapitalentwertungsprozesse. Die periodisch auftretenden kleineren Krisen der Finanzmärkte können damit als eine formationsspezifische Form der Regulierung von Kapitalentwertungsprozessen betrachtet werden.»* (Hirsch: «Die Zukunft des Staates», S. 204)

Subtilere Form der Repression: der Überwachungsstaat. Szene aus «Brazil» 4

Die hier erwähnten Tendenzen sind keine objektiven Entwicklungen oder planmässige Umsetzungen, sondern umkämpfte und meist noch offene Konflikte. Der Kampf um die sozialen und politischen Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse muss zwingend Bestandteil des politischen Kampfes sein. Ein Kampf für wirkliche Veränderung kann aber nicht innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens stattfinden. Der Staat übt Gewalt gegen die Menschen aus, keine gesellschaftliche Gewalt gegen die Ökonomie. Er kann sich nicht gegen seine ökonomische Grundlage richten. Zwar kann er teilweise zwischen verschiedenen *«Verwertungsperspektiven»* (Agnoli) wählen, dies ist aber keine freie Wahl, sondern findet immer unter dem Druck der Akkumulation statt. Unumgänglich *«müssen die Proletarier, um persönlich zur Geltung zu kommen, ihre eigene bisherige Existenzbedingung, die zugleich die der ganzen bisherigen Gesellschaft ist, die Arbeit, aufheben. Sie befinden sich daher auch in direktem Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft sich bisher einen Gesamtausdruck gegeben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen»* (MEW III, S. 77) Eine andere Welt ist möglich, aber nicht, indem man den Staat wieder als *«zentrale Instanz des öffentlichen Handelns»* anerkennt, sondern nur, wenn er beseitigt wird. ■

Literatur:

Johannes Agnoli:«Der Staat des Kapitals», Freiburg 1995.

Joachim Hirsch: «Der nationale Wettbewerbsstaat», Berlin 1995.

Joachim Hirsch: «Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat», Berlin 1998.

Joachim Hirsch, Bob Jessop, Nicos Poulantzas: «Die Zukunft des Staates», Hamburg 2001.

Perspektivenstab der Bundesverwaltung:«Herausforderungen 1999 – 2003», Bern/Neuchâtel 1998

«Nein, Walser ist kein Antisemit!»

Während in Deutschland und Österreich die sogenannte «Walserdebatte» doch zumindest ansatzweise geführt wurde, formierte sich in der Schweiz von Links bis Rechts eine solidarische Einheitsfront der Printmedien, die sich den Antisemitismus um keinen Preis verbieten lassen wollte.

von Lukas Müller

Die Vorgeschichte ist bekannt: Im Feuilletonteil der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» erscheint ein offener Brief an Martin Walser, in welchem Franz Schirrmacher, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, einst Verteidiger und Laudator Walsers, auf den haarsträubenden Antisemitismus in dessen neustem Werk hinweist. Martin Walser, Schriftsteller, schriftstellerte also einen neuen Roman, in dem er einen mit dem Namen des Kindermörders aus Goethes berühmtestem Gedicht betitelten Literaturkritiker, der, sexuell unbeherrscht wie er ist, seinen Samenerguss nicht halten kann, der die Ideen eingeflüstert bekommt, nichts Eigenes hervorbringt, der den Medienbetrieb beherrscht, den Literaturbetrieb mit seiner Herabsetzungslust schädigt, der verhetzt und verhaspelt redet, politisch nicht fassbar, ja ein wahres Chamäleon ist – einen Juden also, wie er in Wagners, Freytags und Hitlers Buche steht – ermorden lässt. Die korrupte Medienwelt des Buchs denkt natürlich nicht einfach an Mord, sondern an den Judenmord; dieses Mordes verdächtigt wird ein vom Zersetzer herabgesetzter Schriftsteller, und zum Schluss, da war alles doch nur vorgetäuscht.

Der Antisemitismus in Walsers Buch ist offensichtlich und nicht diskutierbar. Die Geschichte wimmelt von perfiden Ungeheuerlichkeiten, wie sie nur ein überzeugter Antisemit veröffentlichen kann. Und es sind nicht bloss die offensichtlichen, schon von Schirrmacher zitierten und ins Auge springenden Ausfälle wie die Veräppelung des jiddischen Sprachduktus oder die oben angeführten Klischees. In scheinbar nebensächlichen Sätzen wie den folgenden entlarvt sich deutlicher noch Walsers bedrohlicher Wahn: *«Ehrl-König war die Operettenversion des jüdisch-christlichen Abendlandes[...]. Pleasure now, das ist Ehrl-König. Instant pleasure. Blind für den Zustand. Taub für die Gemarterten.»* Das Abendland in seiner Unmenschlichkeit sieht sich vergegenwärtigt im Bild des gnadenlosen und lüsternen Juden. Walser bedient hier die Tradition des christlichen Antisemitismus, welcher den Juden Taubheit für die Leiden des gemarterten Christus vorwerfen zu müssen glaubt. Doch auch die in der pluralen Verwendung *«Taub für die Gemarterten»* mitschwingende Anspielung auf die Shoa ist gewollt, Walser weiss um die unheilige Verbindung dieses Wortes und seines Inhalts mit dem Begriff des «christlichen Abendlandes». Die millionenfache Marter als Kehrseite des christlichen Abendlandes wird so in einer dreisten Begriffsverwirrung zu einem Resultat der Verquickung von Jüdischem und Christlichem, Marter und Oberflächlichkeit werden dem Jüdischen zugeschrieben. Eine perversere Verdrehung ist kaum mehr möglich. Auf diesem Boden planvoll bösartiger Verwirrung blüht die Prosa des Martin Walser. Die Auswüchse wie das Herumhacken auf der Sprache von Ehrl–König – ähnlich Richard Wagners unsäglichem Aufsatz *«Das Judentum in der Musik»* – sind nur ein Resultat dieser schlecht bis gar nicht versteckten antisemitischen Gesinnung, die nach einer zwangsverordneten Psychoanalyse verlangt, deren Ende Walser wohl nicht mehr erleben würde.

Ebenso widerlich wie Walsers Abrechnung mit dem «Judentum im Literaturbetrieb» sind die Reaktionen der Presse auf Schirrmachers offenen Brief. Sowohl bürgerliche wie altlinke und neurechte Zeitungen (wir beschränken uns hier auf die drei schweizer Vorzeigeblätter ihrer Genres: NZZ, WoZ, Weltwoche) übertreffen sich gegenseitig im Übereinanderhäufen von Walser–Legitimationen.

Anti Schirrmacher 1: NZZ

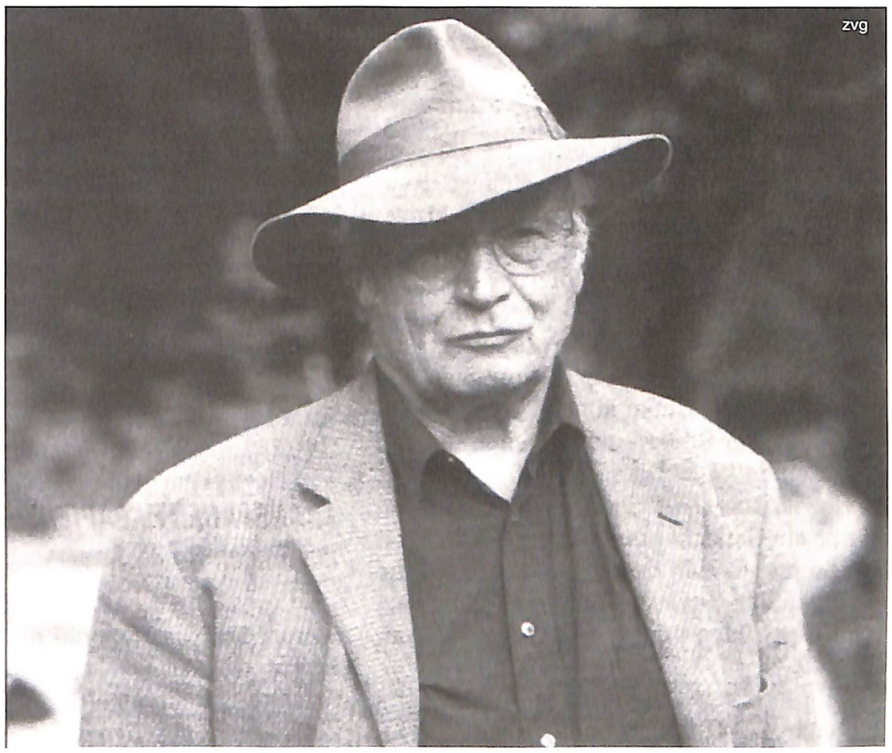
Die Kommentare der NZZ zum Thema Walser stammen zumeist aus der Feder eines gewissen Joachim Güntner. Der erste, am 30. Mai erschienen, einen Tag nur nach Schirrmachers offenem Brief, ist noch zurückhaltend. Die von Schirrmacher veröffentlichten Zitate redeten eine klare Sprache, den Roman aber hatte man natürlich noch nicht gelesen, und selbst der zum Thema persönlich befragte Walser wirkte am Telefon nicht überzeugend genug; die Vorwürfe waren *«starker Tobak»*. Doch schon einen Tag später fühlt man sich in der NZZ–Redaktion sicherer, und derselbe Joachim Güntner nimmt den Streit um Walser zum Anlass, sich über *«Tabubruch und Tabuverlangen»* zu äussern. Nach dem üblichen Verdrängungsmuster weicht man auf Nebenschauplätze aus, und nicht mehr von Antisemitismus handelt die Diskussion, sondern von der Frage: Tabu – Fluch oder Segen? Antisemitismus findet sich so gleichwertig neben der Privatsphäre der Lady Di wieder, über den gemeinsamen Nenner *«Tabu»* wird alles vergleichbar, und nur so nebenbei findet Güntner, es *«rechne niemand ernsthaft damit, Judenhass könne in Deutschland in absehbarer Zeit wieder hoffähig werden.»* Vergessen sind die am Vortag gelesenen Sätze von Walser, vergessen das hoffähige Dokument des Judenhasses namens *«Tod eines Kritikers»*.

Samstags darauf wird schliesslich rezensiert. Ein gewisser Martin Meyer stellt mit analytischem Scharfsinn fest: Das Buch *«Tod eines Kritikers»* ist ein schlechtes Buch und ein naives dazu. Zum Antisemitismus wagt sich der Rezensent keine Meinung zu bilden: *«Ob dies - und einiges andere Glossierende, etwa zur jüdischen Herkunft Ehrl-Königs - schon die Gesinnung des Antisemitismus offenbart? Noch eine Frage, die zu erforschen wäre.»* Leider wird diese schwierige Forschungsfrage von der NZZ nicht weiterverfolgt. Gleichentags meldet sich auch Güntner wieder zu Wort; die Beschäftigung mit dem Thema scheint ihm innerer Zwang zu sein. Sein neuester Schluss: Es müs-

sen weitergehende Interessen hinter Schirrmachers Verriss stecken. Mit dieser Erkenntnis ist die Bedrückung verflogen, die seinen ersten Artikel noch umdüsterte, und in der NZZ am Sonntag fühlt sich derselbe Herr Güntner nun frei genug, seinen Gefühlen freien Lauf zu lassen. Von den Gedanken über die Tabus beflügelt, wagt er, seinen neuen Text mit *«Jetzt bloss nicht bei der Nase fassen!»* zu betiteln. Güntner ist befreit jetzt, darf lachen jetzt, über die Juden darf er lachen und über die feinen vorwitzigen Näschen, die überall Antisemitismus wittern. Güntners Artikel handelt vom Erscheinen eines Buches von Bodo Kirchhoff, in dem Reich-Ranicki durch einen versehentlichen Schlag auf die Nase getötet wird. Kirchhoff zu dessen Nase: *«Es kam nur die einzigartige, alles überragende Nase in Frage, und ihr Träger hat deren Symbolwert selbst zu verantworten; dieser Wert stellt - und jetzt wird's gefährlich, ich weiss - sein Judentum für mich in den Schatten.»* Will heissen, wenn ein Jude seine «symbolträchtige» Nase zu vorwitzig in den Wind hält, muss er sich auch nicht wundern, wenn ihn jemand – z. B. mittels eines Schlages auf selbige – zu Tode bringt. Da freut sich der Güntner und mit ihm sein Zielpublikum, die AntisemitInnen. Lassen wir sie lachen, gehen wir weiter zur WoZ.

Anti Schirrmacher 2: WoZ

Auch die WochenZeitung konnte und wollte zu diesem hochbrisanten Thema nicht schweigen, schliesslich handelt es sich beim Antisemitismus um ein ureigenstes Anliegen der zeitgemässen schweizer Linken. Und auch die WoZ zeigt sich belustigt: *«Antisemitenjagen im Spassdeutschland»* titelt ihr Artikel und lässt die bangen Vorahnungen, die ihre bisherigen Äusserungen z. B. zu Israel hervorriefen, noch um einiges banger werden. Die WoZ wittert in Schirrmachers Vorgehen Zensur, und zwar nicht eine beliebige Form der Zensur, sondern eine in den Augen der theorielosen Linken besonders böse, die «stalinistische». *«Die in autoritären Zeiten eingeübten Tricks und Spielanordnungen, auf die SchrifstellerInnen zurückgriffen, wenn sie einerseits der Zensur entgehen, andererseits aber auch ihrem Publikum etwas übermitteln wollten, was ihnen das Geschicklichkeitsspiel abverlangte, sich verschlüsselt und gleichzeitig hinreichend unmissverständlich auszudrücken, das alles ist offenbar in Vergessenheit geraten [...]. Im FAZ-Feuilleton gilt nur noch der schlichte Massstab eins zu eins.»* Der FAZ wird als stalinistisch angekreidet, dass sie Walsers Versuch, der Zensur von *«Antisemitenjägern»* durch Verschlüsselung des Antisemitismus zu entgehen, sich aber *«gleichzeitig hinreichend unmissverständlich auszudrücken»*, durchschauten. Der Grund für diesen Groll gegen diejenigen, die sich nicht täuschen lassen, erhellt sich im weiteren Verlauf von Lothar Baiers WoZ-Artikel. Hingewiesen wird aber zunächst auf Walsers antisemitische Ausfälle, die – Herr Baier weiss Bescheid – schliesslich früher in Schirrmacher einen nimmermüden Verteidiger fanden. Zu guter Letzt geht der Verfasser auch noch auf den Roman selbst ein. Und darin findet er vieles, aber keinen Antisemitismus. Das einzige, was es Walser anzukreiden gelte, sei, dass er die Gelegenheit vergebe, *«die Geschichte der vergeblichen Recherche nach dem Urheber des nicht geschehenen Mords am Grosskritiker Ehrl-König dramaturgisch klug und spannend zu inszenieren»*. Lothar Baier will demnach den Antisemitismus nicht einfach so, ganz trocken und langweilig, sondern klug und spannend inszeniert serviert bekommen. Abgesehen von dieser Schwäche attestiert er dem Buch, dass es ihm stellenweise gelinge, *«nach dem Kern der Macht zu fahnden, die der Grosskritiker ebenso erobert hat, wie sie ihm dank willigen Mitspielern zugefallen ist»*. Dabei kämen *«durchaus bemerkenswerte Einsichten»* zustande. Und hier sind wir beim oben angetönten Grundproblem des Einstands der WoZ in dieses Thema angelangt. Lothar Baier ist einer der Gejagten, sein Denken ist dermassen von antisemitischen Vorstellungen vernebelt, dass jede Enthüllung des *«Kerns der Macht»*, welche ihn bedroht und die für Walser, Baier und ihresgleichen eine jüdische Macht ist, als *«bemerkenswerte Einsicht»* erscheint. Natürlich fühlt sich Herr Baier ebensowenig wie Herr Walser als Antisemit und sieht sich deshalb veranlasst, sich selbst und das Buch vom Antisemitismus abzugrenzen. Dies geschieht, indem er als Beweis für die politische Unbedenklichkeit des Walserschen Produktes einen vor der Shoa erschienenen antisemitischen Hetzroman – *«Volk ohne Raum»* von Hans Grimm – zum Vergleich heranzieht, und dort geht es natürlich ganz anders zur Sache. Übertroffen wird er



Martin Walser : «Ich bin froh, es geschrieben zu haben»

in diesem Fehlgriff nur noch von der Weltwoche, die als Experten für Antisemitismus gar Adolf Hitler höchstselbst befragt.

Auf die Debatte in der darauffolgenden Ausgabe der WoZ, in der ein Thurgauer Provinzliterat namens Jochen Kelter den *«jüdischen Kreisen» «intellektuelle Beschränktheit»* vorwirft, von der *«Falle des Antisemitismus»* redet und sich zu der mutigen Bemerkung *«Nein, Martin Walser ist kein Antisemit»* hinreissen lässt und in der Felix Schneider, ein *«Radiojournalist»*, auf ungemein objektiv–differenzierte Art *«Sharon und seine Nachbeter»* als die eigentliche Ursache für *«Molotowcocktails in Synagogen»* erkennt, lohnt sich nicht weiter einzugehen.

Anti Schirrmacher 3: Die Weltwoche

Sogar zur Titelstory wird Walser in der Weltwoche. Das Titelbild verspricht eine Dreierpackung aus Interview, Kommentar und Analyse. An die Analyse wagt sich mutig der junge intellektuelle Kopf der Weltwoche, Roger Köppel. Er stellt eine *«zunehmende Beschleunigung und Aufgeregtheit journalistischer Meinungsbildung fest»*, in der die *«Geschmacksrichter»* in Schnellschüssen *«rufmörderische Zensuren»* verteilen. *«Kann ein Buch so schlimm sein?»*, fragt sich Köppel verwirrt. Doch auch er muss zugeben: *«Das Buch mag nicht die geniale Komödie geworden sein, die Walser vor Augen hatte.»* Aber antisemitisch könne das Buch unmöglich sein, schliesslich sei der reale Reich–Ranicki ganz genau so, wie von Walser dargestellt. Endgültig ins intellektuelle Vakuum begibt sich Köppel mit der Bemerkung, dass die *«ins unübersehbare Repertoire des Kritikerberufs»* ge-hörenden Eigenschaften *«Herabsetzungslust»* und *«Verneinungskraft» «eine durchaus diabolische, aber keineswegs eine auf Religionsmerkmalen beruhende Qualität»* anzeigen. Hernach verliert sich der Autor in Lobeshymnen auf die Herabsetzungslust und die Verneinungskraft. Die Beweisführung des Herrn Köppel zugunsten von Herrn Walser ist bestechend platt. So wird der Vorwurf aus dem «Spiegel», im Buch werde *«das Stereotyp des Juden, der selbst nicht schöpferisch ist, nur leiht, ergaunert, mit jüdischer Mimikri kopiert, zusammenschnorrt»* bedient, als völlig haltlos entlarvt. Erreicht wird dieser Effekt durch einen genialen Schachzug: Dem Vorwurf aus dem «Spiegel» werden das beanstandete Originalzitat, in dem Ehrl–König als *«inhaltsloses Grosstemperament, das auf Stichworte wartet»*, beschrieben wird, sowie Köppels ganz eigene Erkenntnis, Ehrl-König sei eine *«derivative Figur, die von Einflüsterungen lebt»*, gegenübergestellt. Aufgrund rein empirischer Erkenntnisse lösen sich so alle Zweifel über Walsers Unbescholtenheit in nichts als Luft auf. Anschaulicher können die Grenzen der Aufklärung kaum mehr aufgezeigt werden. Des Chefredaktors Dummheit ist spätestens dann gefährlich, wenn er Walsers Rede zum Friedenspreis des deutschen Buchhandels verteidigt, in welcher Walser vor dem *«Missbrauch»* der *«Moralkeule Auschwitz»* warnen zu müssen glaubte und endlich einen Schlussstrich unter die deutsche Geschichte ziehen wollte, um sich fortan ganz befreit, wie sich herausstellte, als Deutscher fühlen und antisemitisch äussern zu dürfen. Mit dieser Rede, meint nun Köppel, sei keineswegs eine *«Verdrängung oder gar Verharmlosung des Holocaust ge-meint, sondern der Missbrauch, der mit dem Namen Auschwitz eben auch betrieben wird»*. Es ist dieses *«eben auch»*, mit welchem der in den unberührbaren Sphären der Objektivität sich vermeinende Reaktionär seine ideologische Verblendung vollends offenbart.

Im von Hermann Lübbe verfassten Kommentar zum Thema, veröffentlicht in der selben Ausgabe der «Weltwoche», setzt sich die intellektuelle Leere fort. Lübbe hat im Müllhaufen der Geschichte für Walser einen Fürsprecher von unschätzbarem Wert ausgegraben: *«Eine authentische Antwort auf die Frage, was Antisemitismus sei, lässt sich bei Adolf Hitler finden.» «Schein-Antisemitismus»* sei das alles, schimpft der Hitler, *«vernichten, nicht bloss schimpfen»* findet der Hitler. Es ist also doch noch bewiesen: Das, was Walser, Möllemann & Konsorten propagieren, hat mit Antisemitismus noch gar nichts zu tun! Wozu also die Aufregung?

Fazit

Der Streit um Walsers *«Tod eines Kritikers»* hat einmal mehr gezeigt, was für ein antisemitisches Potential die schweizer Presse zu entfalten vermag und dass Walser auf einen antisemitischen Grundkonsens zählen kann, der so selbstverständlich ist, dass jeder Hinweis auf ihn auf verständnisloses Lachen stösst. Es herrscht Einigkeit, man lacht gemeinsam über die Moralapostel, welche in jedem bisschen Kritik an Jüdinnen und Juden gleich Antisemitismus wittern. Dass sich das linke Vorzeigeblatt WoZ einmal mehr in der vordersten Reihe der antisemitischen Einheitsfront zeigt, ist kein Zufall. Ihre kaum zu bremsende Wut gegen Israel, ihr weitestgehendes Verständnis für die palästinensischen Selbstmordattentate sprechen die gleiche Sprache. Die durch den offenen Brief Franz Schirrmachers angerissene Antisemitismusdiskussion wurde einmal mehr nicht geführt, sondern diente allen Zeitungen zum Anlass, in fanatischem Eifer wieder auf die korrupte Macht der Medien hinzuweisen und alle vernünftigen Stimmen der paranoiden Zensurwut zu bezichtigen. Man redet von Walsers Antisemitismus und via Möllemann ist man auch gleich in Palästina angelangt; schon erscheint den armen JournalistInnen der allmächtige Sharon vor Augen, der ihnen zusammen mit den *«kulturell hegemonialen USA»* die Redefreiheit nehmen will, und man darf sich die Wut über die ewigen Antisemitismusvorwürfe einmal mehr vom Leib schreiben. Die Selbstverständlichkeit, mit der von links bis rechts aussen ein Buch in Schutz genommen wird, dessen Inhalt und Zweck das Propagieren antisemitischer Stereotypen ist, die Häme, mit der Reich–Ranicki seine literarisch nachgeholte Vernichtung insgeheim gegönnt wird, macht klar, dass kompromisslose Empfindlichkeit antisemitischen Tendenzen gegenüber nach wie vor notwendig ist und dem pathischen Kulturerbe von Lothar Baier, Joachim Güntner, Martin Walser, Möllemann, Franco Cavalli und ihrer Massenbasis immer von neuem und mit aller Radikalität entgegengehalten werden muss. ■

Das Ende der Malerei?

In der Geschichte der modernen Malerei war immer viel von ihrem Ende die Rede. Sogenannte «letzte Bilder» gehören zu ihrem festen Inventar. Wenn aber die zeitgenössischen MalerInnen meinen, endlich dem verkündeten Ende ihrer Kunst entkommen zu können, besiegeln sie es gerade damit tatsächlich. Einige Überlegungen zur Ausstellung «painting on the move» in Basel.

von Lukas Germann

Die abstrakte Malerei in ihrem radikalen Sinn, wie sie sich in den Jahren zwischen 1913 und 1917 ausbildete, war ein eigentlicher Bruch im Selbstverständnis der Malerei. Ihre bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts kaum bestrittene Aufgabe, nämlich die empirische Realität abzubilden, konnte plötzlich die Photographie viel besser, genauer und schneller bewerkstelligen. Das Zusammenwirken von solchen äusseren Faktoren und den aus der einsetzenden Selbstreflexion der Malerei sich ergebenden Fragen und Forderungen führten zur Lösung vom Anspruch, sich referentiell auf die empirische Welt beziehen zu müssen. Bekräftigt wurde dadurch der Autonomieanspruch der Kunst, die Absage an alles ihr von «aussen» Angetragene, Zufällige, nicht aus ihrem eigenen Gang und den sich aus ihm ergebenden Notwendigkeiten Entsprungene. Die abstrakte Malerei funktionierte reflexiv und selbstaufklärerisch. Dadurch vermochte sie grundsätzlich Möglichkeiten und auch Grenzen der Bildlichkeit und des künstlerischen Ausdrucks überhaupt zu erforschen und aufzuzeigen und gerade in ihrer einseitigen Zurückweisung der empirischen Welt, in der Besinnung auf die eigenen Mittel – ob sie das nun wollte oder nicht – entscheidende Impulse für die Auseinandersetzung der Kunst mit der «äusseren» Realität, deren Teil sie ja immer und notwendig ist, mit dem historisch-gesellschaftlichen Stand der Geschichte und dem immer prekären Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zu geben.

Umschlag in der Abstraktion

Das Ausloten der grundsätzlichsten Bedingungen der Malerei, ja der Bildform allgemein, das Bestreben nichts Kontingentes mehr zuzulassen, führten zur Reduktion auf einfachste Formen und Farbkombinationen. So entstanden bald einmal so genannte «letzte Bilder», die scheinbar kein Weitergehen mehr zuliessen. Das früheste und vielleicht bekannteste Beispiel ist das *«Schwarze Suprematistische Quadrat»* des russischen Malers Kasimir Malewitsch von 1914/15.

Die Gefahr für eine derart selbstbezügliche Kunst liegt eigentlich auf der Hand: Die aus Reflexion gewonnenen Reduktionen lassen sich nur noch wiederholen, die für alle Kunstwerke von Kandinsky geforderte *«innere Notwendigkeit»* geht verloren und wird zur Beliebigkeit und Gleichgültigkeit; die durch eine durchaus begründete Skepsis und Ablehnung allem positiven empirischen Inhalt gegenüber entstandene inhaltliche Negativität wird in die falsche Positivität des Irrationalismus und Mystizismus aufgehoben; die Gesellschaft rächt sich für den nicht erfüllbaren totalen Autonomieanspruch der Kunst mit der Erniedrigung gerade der autonomen zum neu entdeckten Gebrauchsgegenstand, zum Design. Autonomie schlägt um in totale Heteronomie. Eine Entwicklung wie sie sich vom russischen Konstruktivismus bis hin zur Minimal Art in den 60ern und Teilen der Videokunst in den 90ern immer wieder ähnlich ereignete.

Malerei nach der Shoa?

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoa wurden ganz anders begründete Forderungen nach einem Ende aller, oder zumindest aller bisherigen Malerei erhoben. Die bisherige, sich rein selbstbezüglich gebende Abstraktion war fast ebenso unmöglich geworden, wie Versuche das Grauen mit einem Zurück zu figürlicher, realistischer Malerei abzubilden. Die Frage nach dem Ende der Malerei oder sogar dem der Kunst allgemein hat sich radikalisiert und ist gleichzeitig zu einer eminent gesellschaftlichen Frage geworden. Die Fragen nach Leben und Utopie nach der und in Erinnerung an die Katastrophe sind auch für die Kunst ein Zentrum geworden, aus dem sich ihre Fragen und ihre Problematik ergeben. Die so der Kunst zufallende Aufgabe formulierte Adorno in seiner «Ästhetischen Theorie»: *«So wenig wie Theorie vermag Kunst Utopie zu konkretisieren; nicht einmal negativ. Das Neue als Kryptogramm ist das Bild des Untergangs; nur durch dessen absolute Negativität spricht Kunst das Unaussprechliche aus, die Utopie. (...) Durch unversöhnliche Absage an den Schein von Versöhnung hält sie diese fest inmitten des Unversöhnten (...).»* (Ästhetische Theorie, S. 55) Eine solche Kunst ist eine, die das Prinzip der Negativität, des Grauens, der Zerstörung und Gewalt bewusst in sich enthält. Sie ist eine *«von der Grundfarbe Schwarz»* (Ästhetische Theorie, S. 65). In den Werken von Jean Dubuffet, Wols, Fautrier oder Alberto Giacometti wird dies nach und sogar noch während des Krieges unmittelbar und bewusst manifest, doch Negativität als einzige Möglichkeit authentischen Ausdrucks bleibt – den KünstlerInnen zum Teil mehr, zum Teil auch nur wenig bewusst – etwas, an deren Problematik keine Kunst mehr vorbeikommt. Auch alle Abstraktion erhält nach der totalen geschichtlichen Katastrophe einen anderen Sinn: das rein Selbstbezügliche und Spielerische ist verloren; Abstraktion heute heisst immer auch Verweigerung, Erinnerung am Rande der Ausdruckslosigkeit und deren Grenzen: Negation. Dies wird in den besten Werken des abstrakten Expressionismus (Newman, Rothko, Franz Kline, etc.) bis hin zu den monochrom schwarzen Bildern von Ad Reinhardt, die so entstehen, dass die drei Grundfarben Rot, Blau und Gelb so übereinander aufgetragen werden, dass sie schliesslich ein Schwarz ergeben, deutlich. Vielleicht am radikalsten kommt dieser Zug aber in den schwarzen Übermalungen von Arnulf Rainer, die schon in ihrem Gestus die Zerstörung und Verneinung der Malerei malend aufnehmen, zum Ausdruck. Die Frage, ob damit die Malerei nicht wirklich an ein Ende gekommen ist, scheint zumindest nicht so leicht abweisbar.

Rückblick und Ausblick

Den Fragen nach der Malerei vor, in und nach der wiederkehrenden Verkündigung ihres Endes, also der Frage nach Malerei im 20. Jahrhundert überhaupt nach, geht die Ausstellung *«Painting on the Move»*, die momentan über drei verschiedene Basler Museen verteilt zu sehen ist. Der im Kunstmuseum Basel gezeigte Teil heisst *«Ein Jahrhundert Malerei der Gegenwart (1900–2000)»*. In 16 Räumen werden chronologisch geordnet, aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit wichtige Positionen und Strömungen der Malerei des 20. Jahrhunderts anhand von einzelnen Werken verschiedenster KünstlerInnen verdeutlicht. Ergänzt wird dieser Überblick durch die mehr thematisch ausgerichtete Ausstellung *«Es gibt kein letztes Bild – Malerei nach 1968»*, die gegen alle Thesen vom Ende der Malerei angehen will, im Museum für Gegenwartskunst und einer Präsentation von neorealistischen Werken – *«Nach der Wirklichkeit – Realismus und aktuelle Malerei»* – in der Kunsthalle.

Wie der Titel der zweiten Ausstellung schon verdeutlicht, beziehen die AusstellungsmacherInnen in der Auseinandersetzung um die Frage nach dem Ende der Malerei kritisch, aber doch deutlich Stellung für die Malerei und ihre Möglichkeiten auch in der Gegenwart. *«Die Malerei hat eine schöne Zukunft vor sich, aber die Maler werden es nicht leicht haben»*, meint der Historiker und Kunsthistoriker Thierry de Duve im Ausstellungskatalog zusammenfassend. Doch abgesehen davon, dass einem die Prophezeiung einer «schönen» Zukunft schon genug skeptisch macht, hinterlässt das Gesehene bei dem/der BetrachterIn, was obige Frage angeht, einen ambivalenten Eindruck. Oder vielmehr: gerade diese Ambivalenz und ihre Unlösbarkeit werden zu einer zentralen Kategorie aller zeitgenössischen Malerei (und Kunst?) überhaupt: Nur wo Malerei mit ihrer eigenen Unmöglichkeit, mit ihrem Ende spielt und doch weitermalt, ist sie noch möglich, ja notwendig. Gerade dort aber, wo KünstlerInnen ihre Werke aus dieser Ambivalenz zu lösen suchen und «befreit» malen wollen, drängt sich die Wahrheit der These vom Ende der Malerei in den Vordergrund. Die eindrücklichsten Gemälde der Ausstellung sind die, welche diese Ambivalenz, die eigene grundsätzliche Problematik nicht zu lösen suchen, sondern gerade aus dieser Spannung ihren Gehalt und ihre Authentizität beziehen.

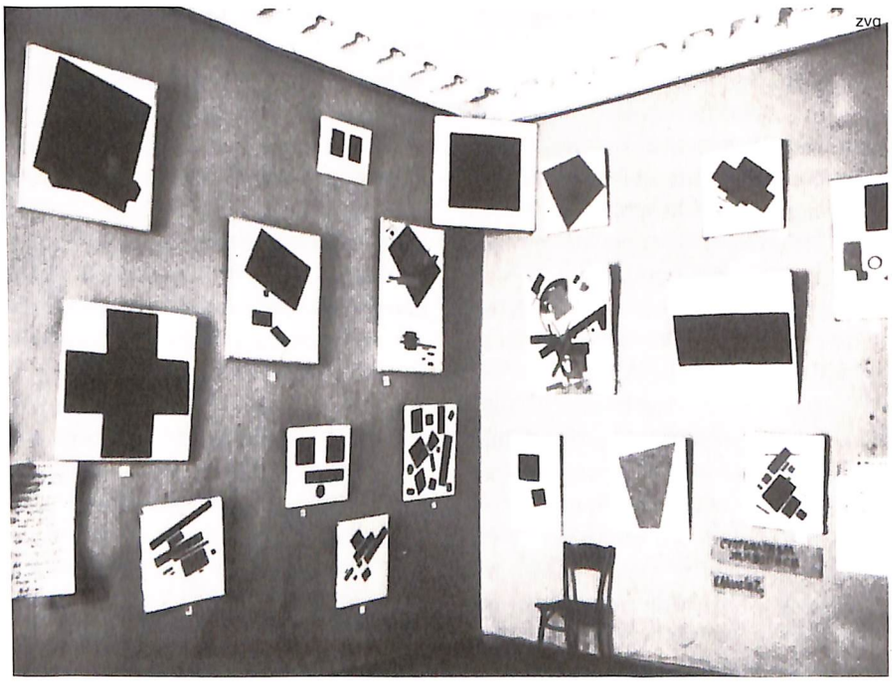
Das schlicht *«Peinture»* genannte Bild von Wols aus den Jahren 1947/48 ist da zu nennen, in dem eine graue Fläche gewaltsam zerrissen wird durch eine wundenartige rotschwarze Öffnung in der Mitte, wobei Tubenabdrücke und wilde Kratzspuren den Malprozess selbst als gewaltsamen hervortreten lassen. «Gris avec graphismes noirs» heisst das vom Spanier Antoni Tàpies zu sehende Gemälde. Tàpies hat es wie vielleicht kein Zweiter im 20. Jahrhundert verstanden, aus Materialien wie Sand oder Teer neuartige collagenhafte «dunkle» Bilder und Skulpturen zu schaffen, in denen Hoffnung negativ durch Schmutz, Verzweiflung und Ohnmacht hindurch ungewiss erhalten ist, ohne je zum falschen Trost zu werden. Lucio Fontana schliesslich reduziert seine Bilder auf Schnitte, die er einer weiss grundierten Leinwand zufügt und erreicht damit einen Ausdruck von Verletzung und Schmerz, ohne ins Metaphernhafte abzudriften, indem die schlichte Materialität der aufgeschlitzten Leinwand objektiv die Zerstörung enthält, die sie thematisiert.

Daneben finden sich auch Werke von Mark Rothko, Franz Kline oder Barnett Newman, welche die expressionistische Abstraktion auf ihrem Höhepunkt zeigen.

Beliebigkeit und Gleichgültigkeit

Schwieriger und problematischer wird die Beurteilung der gezeigten Gemälde, die nach 1970 entstanden sind. Es ist natürlich immer einfacher, Werke mit einigem Abstand zu beurteilen, Werke, die in gewissem Sinne schon wieder klassisch genannt werden können. Trotzdem ist es wohl nicht zu voreilig, von einer Krise der unmittelbar zeitgenössischen Malerei zu sprechen.

Dies hat auch seine Gründe: Die Malerei des 20. Jahrhunderts hat sich immer am Rande ihrer eigenen Unmöglichkeit, dem zur Verweigerung gesteigerten Widerspruch auch gegen sich selbst bewegt. So sind Werke entstanden, bei denen jede Entwicklung über sie hinaus zu einem eigentlichen Zurück zu werden droht. Die Selbstkritik, die die Kunst des 20. Jahrhunderts immer wieder betrieben hat und aus der sie viel von ihrem Gehalt und Ausdruck gezogen, die aber gerade die Malerei auch einer strengen Selbstdisziplin unterworfen hat, kippt in die Forderung nach einer falschen Freiheit, die in Beliebigkeit umschlagen muss. Die Einsicht in die eigene Ohnmacht und Unzulänglich-



«Letzte futuristische Gemäldeausstellung 0,10» St.Petersburg 1915

keit des künstlerischen Schaffens, die berechtigten Zweifel über die Funktion der Kunst und des Kunstbetriebs in der modernen Gesellschaft, die bekannte Mangelhaftigkeit aller Kunst, die im noch so starken Ausdruck und gerade in ihm immer nur Kunst, Schein bleiben kann – all diese Probleme, die die Kunst seit sie ihren Anspruch auf Autonomie erhoben hatte, immer beschäftigt haben, können umschlagen ins blosse Gelächter übers eigene notwendige Versagen, in welchem, weil nichts mehr wirklich ernst ist, auch alles wieder möglich sein soll. Damit aber wird Kunst zum Witz über sich selbst – ein Charakterzug, der ihr wohl noch nie ganz fremd war –, zur mehr oder weniger frechen Unterhaltung einer Gesellschaft, die sich nun mal gern unterhält. Wirklich kritisch ist sie somit nur noch gegen sich selbst und auch das verliert sich, je mehr sich alle daran gewöhnt haben. Offen und daher immerhin konsequent tritt diese Tendenz in Richard Prince' Witzbild – das einfach einen auf olivfarbener Grundierung geschriebenen (schlechten) Witz zeigt – auf.

Lachen kann befreiend sein, auch in der Kunst. Die Befreiung wird aber dort zur falschen Ideologie, wo sie real alles beim Alten lässt und nur das Bewusstsein davon verschleiert. Der Leichtigkeit, mit der in der zeitgenössischen Malerei zum Teil Stile, Malweisen und Inhalte von KünstlerInnen und solchen, die es gerne sein möchten, gewechselt werden, liegt aber genau ein solches Moment nicht unwesentlich zu Grunde. Die Malerei droht ihren eigenen Aussagegehalt zu verlieren. So verkommt sie zur blossen Illustration von mehr und oft auch weniger originellen Ideen und Gedanken oder versucht sich durch einen meist unreflektiert von aussen herangetragenen «kritischen» Inhalt eine Wichtigkeit zu geben, die sie gerade so nicht hat. Die oberflächlich politische oder gesellschaftskritische Kunst ist es oft weniger als alle rein selbstbezügliche oder abstrakte. Der ohnmächtige Schrei der Kunst wird nicht mächtiger, indem er sich geflissentlich praktisch gibt, im Gegenteil.

Vor der Entwicklung hin zu schlechter Freiheit und Beliebigkeit scheint heute kaum jemand gefeit. Auch (und gerade) die «grossen» wie Gerhard Richter und Sigmar Polke nicht, welche mit ihrer unbestrittenen Begabung scheinbar mühelos und oft ironisch zwischen verschiedenen formalen und inhaltlichen Ebenen hin und her springen und trotz einiger gelungener Werke, nie ganz den Eindruck des bloss Zufälligen abwehren können oder wollen.

Nicht zufällig sind es in dieser Situation Werke eines Künstlers wie Robert Ryman – der in seinen Bildern von der eigenen Intention her nichts anderes macht als äusserst genau und konsequent die Möglichkeiten des Malprozesses und die Präsentation seiner Ergebnisse streng immanent zu reflektieren, indem er weisse Farbe immer wieder auf unterschiedliche Weise auf verschiedene Oberflächen aufträgt – die sogleich wieder gehaltvoll und notwendig erscheinen. Es spricht für die Dialektik des malerischen Fortschritts, dass so die Malerei gerade durch eine Anknüpfung an Fragen, die sie ganz aus sich selbst zieht, wieder einen über sie hinaus weisenden Gehalt erhalten könnte.

Die Malerei will weiter sein, als sie es aus sich heraus sein kann. Sie will sich befreien aus einem Widerspruch, der ihr Wesentliches berührt und den sie nicht aus sich selbst lösen kann. Malerei und Kunst überhaupt können die Möglichkeit der Versöhnung, ihre Dringlichkeit negativ antizipieren, doch Versöhnung kann nicht in der Kunst geschehen. Ihr bleibt das Beharren auf der Negativität – das Geheimnis ihres expressiven Gehalts, auch dort, wo sie nicht expressiv sein will – und die Notwendigkeit dieses immer neu, unter sich verändernden inneren und äusseren Umständen und Fragestellungen festzuhalten. Wo sie dies nicht macht, wo sie vermeint, weiter aus sich und ihrer Ambivalenz hinaus zu können, sind ihre Hoffnung und ihr Fortschritt bloss leerer Schein. Der Versuch, ihrer grundsätzlichen Problematik durch radikale Selbstbezüglichkeit begegnen zu können, führt sie schliesslich in die totale Abhängigkeit zurück. Der Versuch aber, sich offensiv weltlich zu geben, sich so eine falsche Wichtigkeit zu geben, führt nur ihre Ohnmacht vor, in der sie noch im vollkommensten Ausdruck befangen ist, und gibt damit auch das Moment der Wahrheit, das in ihren grossen Werken liegt, der Lächerlichkeit preis. Nur wo die Malerei die Dialektik ihres Scheiterns und sich Verwirklichens aushält und in sich integriert, hat dieses Moment

Arnulf Rainer: «Übermalung violett», 1961. Oel und Kreide auf Leinwand, 201.5x81.5 cm

der Wahrheit seinen Platz. Die Werke, die auf das Ende der Malerei zusteuern oder zumindest selbiges als mögliche Option enthalten, die Ausdruck und Verstummen zusammen zu denken vermögen, zeugen weiterhin für die Wichtigkeit der Malerei.

Die Ausstellung *«Painting on the Move»* ist noch bis zum 9. September in Basel über das Kunstmuseum, das Museum für Gegenwartskunst und die Kunsthalle verteilt zu sehen. ■

Ausstellungskatalog: «Painting on the Move»; Schwabe Verlag; Basel 2002; ca. 60.- SFr

Nicht tot genug - zum zwanzigsten Todesjahr von Carl Orff

«Diese Kantate ist ausdrucksmässig ein Hohelied auf die Kraft ungebrochener Lebensinstinkte und musikalisch ein Zeugnis für die unzerstörbare Macht der Volksweise, ihrer Melodik und ihrer rhythmischen Gewalt. Wenn das deutsche Musikschaffen der Gegenwart schon ein derartiges Werk herausstellen kann, dann brauchen wir wohl keine Sorge zu haben, dass die allgemeine Sehnsucht nach «volksverbundener Kunst» unerfüllt bleibt.»

von Lukas Müller

Der Altbayer, über den die nationalsozialistische Presse in Deutschland 1937 so begeistert schrieb, starb vor 20 Jahren. Darüber könnte man ruhig hinweggehen, wäre da nicht die ungebrochene, alle gesellschaftlichen Schichten durchziehende Anerkennung seines musikalischen und sogar seines pädagogischen Schaffens. Fast jedeR kennt und mag Carl Orff, manchem und mancher gilt er als Verbindung zwischen unterhaltender und ernster Musik; seine Stücke vermögen mitzureissen, zu begeistern. Das wusste schon das Zentralorgan der NSDAP: *«Das ist die klare, stürmende und in ihrer Haltung doch immer wieder disziplinierte Musik, die unsere Zeit verlangt. Sie packt und reisst mit und klingt vom Ohr ins Herz».* Bessere und treffendere Argumente für die Kunst des Carl Orff finden auch heutige RezensentInnen nicht. Es muss also etwas dran sein an dieser Musik. Sonst wäre es kaum möglich, dass Orffs beliebtestes Stück, die Carmina Burana – auf sie bezieht sich auch die eingangs zitierte Pressestimme – heute immer noch geeignet ist, ein Konzert von Michael Jackson einzuleiten, eine Demo von HäuserbesetzerInnen akustisch zu untermalen oder an der Expo 02 aufgeführt zu werden.

Trotz Widerständen...

Wer sich mit der Biografie des Komponisten beschäftigt, stösst immer wieder auf vage Andeutungen betreffend seiner Rolle im Nationalsozialismus, zumeist im Hinblick auf Verleumdungen, welche Orff zu Unrecht mit den Nazis in Verbindung brächten. Es sei förmlich lächerlich, ihn so beschmutzen zu wollen, schliesslich seien die Zeiten andere gewesen und von der Partei habe er nur zwei Auftragsarbeiten angenommen. Ausserdem habe Orff einst Texte des Juden Franz Werfel vertont. Und nicht zuletzt komme in seinen Opern das Motiv des ungerechten Herrschers vor, welcher die Rechte des Volkes mit Gewalt unterdrücke. Keine Rede davon, dass es im Nationalsozialismus kein Problem war, auf der Bühne Völker von der Fremdherrschaft durch einen Despoten zu befreien: Jeder Revolutionär ein kleiner Hitler, der dem Fremdkörper im Volkskörper den Garaus macht. Die Argumente für Orffs Unbescholtenheit sind also nicht besonders überzeugend. Der Orff–Rezeption gelang dennoch immer von Neuem das Kunststück, Fakten, die, falls überhaupt berücksichtigt, die Zielscheibe der Untersuchungen in ein schiefes Licht rücken könnten, als fast schon heldenhaft zu nennende Aspekte eines Menschlichkeit bewahrenden Wirkens unter unmenschlichen Bedingungen darzustellen. Als Beweis für Orffs Menschlichkeit darf zum Beispiel das kinderfreundliche Orffsche Schulwerk herhalten, das heute noch in der musikalischen Grundausbildung weit verbreitet ist. Das Orffsche Instrumentarium mit Schlaghölzern, Xylophonen usw. treibt sein Unwesen in fast jeder Schulstube. Seinen Draht zu den Kindern hat Orff schon öfter unter Beweis gestellt: *«Was Carl Orff hier mit seinen kleinen Liedchen, kurzmotivischen Tanzweisen in einfacher und doch gewählter Form schuf, das mutet fast an wie Impressionen der Kinderzeit, wie sie nur ein Künstler zu schaffen weiss, dem selbst unversiegbare Jugend gegeben ist».* So lautete einer der begeisterten Kommentare über den von Orff geschriebenen Reigen an der in den Bildern einer grossen Untoten des Nationalsozialismus verewigten Olympiade 1936. Carl Orff ging es nicht darum, in der Unmenschlichkeit sein schönes Gärtchen weiterhin bewirtschaften zu können. Ihm gelang vor lauter unbändiger Menschlichkeit nicht einmal der hilflose Akt des Verstummens. Im fruchtbaren Blut und Boden des Faschismus fand er erst zu jener *«ganz persönlichen Tonsprache»*, die ihm noch heute so hoch angerechnet wird. Dies Persönliche befand sich in derart berückender Übereinstimmung mit dem Kollektiven der faschistischen Kulturpolitik, dass Orff gar die Ehre zuteil wurde, aktiv zur Arisierung des musikalischen Nationalerbes beizutragen; doch hievon später.

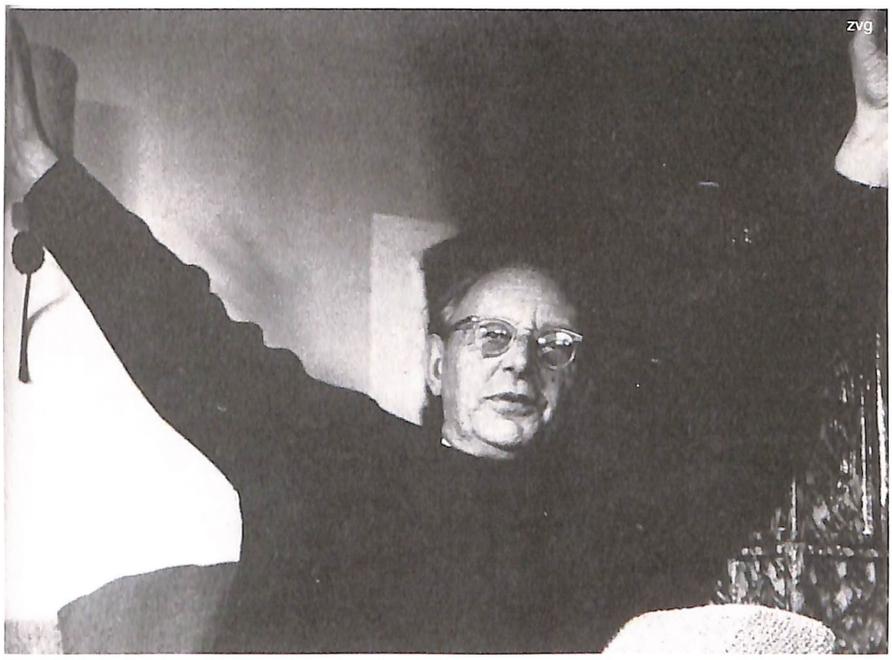
Die Karriere des Carl Orff verlief trotzdem nicht ohne Widerstände, hatte er sich doch in früheren Jahren den Patzer geleistet, sogar Texte von Bertolt Brecht zu vertonen. Auch lässt sich nicht leugnen, dass die im diesen Text eröffnenden Zitat so gelobten Carmina Burana an anderer Stelle *«Niggermusik»* geschimpft wurden. Wichtig ist im Hinblick auf Orff jedoch nicht die Meinung eines beliebigen, besonders fanatischen Provinzjournalisten, sondern die offizielle Linie der NSDAP. Dass die nationalsozialistische Kulturpolitik nichts Einheitliches war, ist schon lange bekannt; dieser Umstand macht es allen, die noch ein Argument für ihren Lieblingskomponisten der Nazizeit finden wollen, leicht, einen den Liebling legitimierenden Verriss aufzutreiben. Doch hindert dies Orffs ApologetInnen bis heute nicht, es als Verdienst zu sehen, dass seine Musik trotz dieser Widerstände Aufnahme in den Kanon der wahrlich germanischen Musik fand. Positiv wird Orff nicht angerechnet, in den Augen von besonders dummen Nazikreisen wenigstens am Rande der Entartung gestanden zu haben, sondern vielmehr, dass er, trotz der Widerstände einiger Uneinsichtiger, vermittelst seiner Musik den massgebenden Kreisen weismachen konnte, einer der grossen Vertreter neuer, eigenständiger und zeitgemässer (sprich arischer) Tonkunst zu sein, was er natürlich auch war. In der Orff–Rezeption wiederholen sich alle Muster, die zeigen, wie aus einem nützlichen Mitglied der nationalsozia-

listischen Gesellschaft ein von allen Seiten bedrängter Verfolgter gemacht werden kann. Der politische Druck auf staatlich anerkannte kulturelle Grössen der Nazizeit wird immer als so gross dargestellt, dass all ihre Schweinereien gleichsam unumgänglich waren. (So sah sich schon Herbert von Karajan förmlich gezwungen, der NSDAP beizutreten.)

Das Pech oder Glück, welches der gleichzeitig fleissig tätige Komponist Paul Hindemith hatte, nämlich trotz seiner eigenen Bemühungen und der Begeisterung Goebbels', welcher einen «fortschrittlicheren» Kulturbegriff als sein Führer hatte, dank des neurotischen Hasses eines gewissen Adolf Hitler widerwillig als Entarteter verworfen zu werden, war Orff nicht beschieden.

Orffs Beitrag zur Arisierung des deutschen Kulturerbes

Schönstes Beispiel für Orffs Zusammenspiel mit den Nazi–Kulturbehörden ist seine arische Version einer Musik zu Shakespeares Sommernachtstraum. Die berühmteste Vertonung der Shakespeare'schen Vorlage stammte und stammt heute noch von Felix Mendelssohn, dessen jüdische Herkunft den nationalen Barbaren und mit Richard Wagner schon einem ihrer Vordenker ein Dorn im Auge war. Die Popularität Mendelssohns verlangte nach einer Alternative, die geeignet war, Erinnerungen an das zu sehr beliebte Unpassende ein für allemal zu tilgen und den Sommernachtstraum heim ins Reich zu holen. Als für diese anspruchsvolle Aufgabe Bestgeeigneter wurde Orff ausgewählt und angefragt. Die Anfrage fiel auf fruchtbaren Boden: *«Sehr verehrter Herr Staatsrat! Ich empfing heute mit grosser Freude die Auftragserteilung zu Shakespeares Sommernachtstraum durch Herrn Generalintendanten Meissner, und ich danke Ihnen ausserordentlich für das wiederum bewiesene Vertrauen. [...] Ich verdanke der Stadt und damit Ihnen, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, eine entscheidende künstlerische Förderung und bin glücklich, dass ein weiteres Werk von mir in Ihrem Theater zur Aufführung kommen soll. Mit ergebenen Grüssen. Heil Hitler!»* So flötete und vogelzwitscherte es aus der Feder des über den Auftrag hocherfreuten Carl Orff. Und die Musik kam an: *«Orff ist ein Musiker mit der Fähigkeit, die Dinge wieder einfach, unproblematisch und gewissermassen in ihrem Urzustand zu sehen».* Die Bedeutung dieser Auftragsarbeit ist um einiges höher, als sie in der Sekundärliteratur über Orff gemeinhin gewichtet wird. Das Werk war ein bewusster Beitrag zur Arisierung Deutschlands und vor allem der Stadt Frankfurt, welche den Kompositionsauftrag erteilte. Frankfurt war als Ort des weitgehend antisemitismusfreien Zusammenlebens zwischen nichtjüdischen und jüdischen Menschen den Nazis ein Ärgernis, und es kostete einige Anstrengung, das Kulturleben der Stadt von jüdischen Menschen zu «reinigen». Orffs Engagement ist ein aktiver Beitrag zur Vertreibung der Juden und Jüdinnen aus der Frankfurter Öffentlichkeit und zur Tilgung der Erinnerung an jüdische Menschen in Deutschland. Orff selbst versuchte nach 1945 das Werk als «missglückt» darzustellen. Doch die überarbeitete Version von 1952 unterscheidet sich kaum von der ursprünglichen Fassung. Der Grund für dieses «Missglücken» der Sommernachtstraumvertonung ist einzig der Sieg der Alliierten, welcher dem solcher Musik höchstes Glück versprechenden Endsieg einen Strich durch die Rechnung machte. Die Musik zum Sommernachtstraum war dennoch auch nach dem Krieg beliebt, obwohl oder vielmehr gerade weil man ob der grauslichen Schlichtheit und Volkstümlichkeit dieses Machwerks schon nach wenigen Augenblicken des Zuhörens die lächelnde Fratze Heinz Rühmanns vor Augen zu haben meint.



Carl Orff: Beliebt auch für sein «Ein–Mann–Theater»

Die Musik

Sind die Fakten über Carl Orff einmal bekannt, so hilft zur Ehrenrettung nur die Direktheit, Zugänglichkeit sowie berückende Schönheit und Kraft seiner Musik. Die passenden Argumente hiefür wurden oben schon von den Nationalsozialisten ins Feld geführt und brauchen nicht wiederholt zu werden. Der immer noch anhaltende Erfolg vor allem der Carmina Burana kommt nicht von ungefähr. Das ästhetische Empfinden eines an die Massstäbe der Popmusik gewöhnten Ohrs führt die geneigten TrägerInnen desselben ohne Umwege dazu, auch Orffs Erzeugnisse zu schätzen. Diese Entsprechungen zwischen faschistischer «Kunst»–Musik und heutiger Unterhaltungsmusik führen uns direkt in die kältesten Abgründe postfaschistischer Kulturindustrie, die bis auf einige bange Vorahnungen in den Werken Theodor W. Adornos noch weitgehend unaufgearbeitet sind. Hauptmerkmale der Orffschen Musik und das, was ihn so leicht konsumierbar macht, sind die ständig wiederholten rhythmischen Strukturen, kombiniert mit leicht fasslichen Melodiefetzen, welche dem/der HörerIn gnadenlos eingehämmert wer-

den. Das in diesen Floskeln enthaltene Glücksversprechen und die Lüge von dessen Einlösbarkeit im Bestehenden führen zum Zwang, das nicht einlösbare Versprechen immer und immer wieder zu wiederholen. Die Wiederholung wird zum Selbstzweck bar jeden Inhalts, zum Tick. Anders gesagt: Orff verkauft seine ZuhörerInnen für dumm, indem er ständig wiederholt, was schon mit einem Mal zu erfassen wäre. Das, was an Orff immer wieder als *«Personalstil»* gelobt wird, ist das dumpfe Einhämmern eines geistlosen Wiederholungszwanges. Das Ausschalten jeglicher Individualität, das Untergehen in einem rhythmisch pulsierenden Kollektiv ist das, was Carl Orff der faschistischen Kulturindustrie beliebt gemacht und das, was die postfaschistische Kulturindustrie zum allgemein praktizierten Ideal erhoben hat.

Hier lohnt es sich, einen Blick auf die frühen Werke von Orff zu werfen, genauer auf die Vertonung des Gedichts *«Der Öltank»* von Bertolt Brecht. Das Stück weist in seiner musikalischen Struktur grosse Ähnlichkeiten zu den Carmina Burana auf. Dieser Umstand veranlasste oftmals zur neunmalklugen Feststellung, dass Orff sein faschistisches Idiom an den Texten des Kommunisten Brecht erst entwickeln konnte. Der Kommentar Orffs zu den musikalischen Mitteln, mit denen er die Vertonung jener Gedichte bewerkstelligte, spricht eine andere Sprache: Das, was die Musik zum *«Öltank»* darstellen sollte, war gemäss Orff *«der Tanz um das technisierte Goldene Kalb, das Negativ eines ekstatischen Rituals zur Heroisierung der Dummheit», «das triviale Schlagwerk signalisiert zum Schluss lautstark den Triumph des Unverstandes».* Während er also in älteren Werken mit primitiven Mitteln Regression darstellen wollte, merkte er bald, dass die Regression sein eigentliches Fach sei, und wendete angesichts des auf ihn offensichtlich überzeugend wirkenden faschistischen Heilsversprechens das einst negativ Gemeinte ins Positive. Doch *«davon wollen seine Anhänger nichts wissen. Ihr Lied hört auf den Refrain: »'s ist alles Natur, 's ist alles Natur.« Das Triviale gilt fürs Ur-sprüngliche, das Unartikulierte für den Laut der bewusstlosen Schöpfung.»* (Adorno, GS 17, S. 249)

zvg

Theater in seiner Urgestalt: Carmina Burana–Verfilmung aus den 60er Jahren

Da kaum zu verhindern ist, dass die Orffsche Musik sich einem spontan unreflektierten Zugang sofort erschliesst, wird eine wertende Kritik an ihr meist vermieden. Das Problem, dass bei Carl Orff positive Urteile über die Musik nur möglich sind, indem man alle Ansprüche an sonstige Musik vergisst und wie Gretchen im Faust zu allen Sachen ja sagt, verleitet dazu, das Geistlose durch alle nur denkbaren Ausreden zu entschuldigen. Plötzlich ist die Rede vom *«Theater in seiner Urgestalt»*, einer ursprünglichen Verbindung von Musik und Schauspiel, die in Orffs Werk beispielhaft sich verwirklicht sieht, vom *«Magischen»* und immer wieder von *«Einfachheit»* und *«Volkstümlichkeit»*. Melodische Erfindungsarmut wird als Sichtbarmachung der Sprachmelodie beschönigt, rhythmische Dumpfheit als urtümliche Kraft empfunden, harmonische Regression als Widerspruch gegen die künstlerische *«Dekadenz»* von Jahrhundertwende und Zwischenkriegszeit zwar erkannt, aber nicht als Grund, Orff auf das Grossartigste zu vergessen, sondern als künstlerische Leistung. Sogar der renommierte Musikwissenschafter Carl Dahlhaus verstieg sich zur Plattitüde, dass Carl Orffs Musik als zweckgebundene keiner geschichtsphilosophischen Rechtfertigung bedürfe. In der Sekundärliteratur über Orff und in der allgemeinen Rezeption seiner Werke deutet meist nichts darauf hin, dass der eigentliche Inhalt hinter der Maske des in Orffs Musik propagierten und vom Nationalsozialismus hochgehaltenen Ideals von Einfachheit, Natürlichkeit und Volksverbundenheit der Massenmord war.

«Nie konnte ein Künstler oder ein Denkender es den Faschisten schlecht genug machen, sie verlangten das Letzte.» So lautete der Kommentar Adornos auf das Scheitern der Versuche Paul Hindemiths, sich dem Reichskulturministerium als Bereicherung des Deutschen anzubiedern. Carl Orff gab dies Letzte, und es hat sich bis heute gelohnt. ■

«Trotzdem: Ich arbeite sogar im Job besser!»

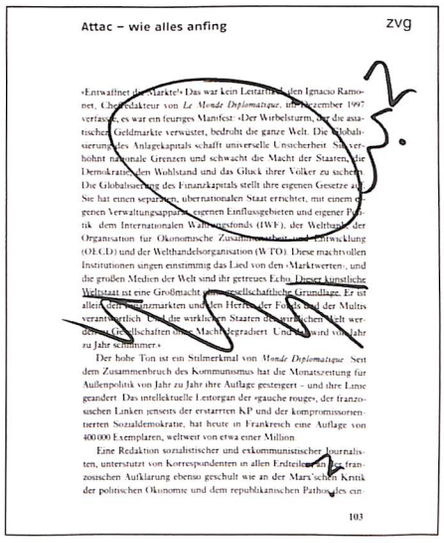
Nachdem Attac im Rahmen von Events wie Genua und Porto Allegre in allen Medien als die treibende Kraft des anständigen Teils der «No–Global» angepriesen worden ist, war es nur eine Frage der Zeit, bis sich jemand bemüssigt fühlte, ein Buch zum Thema zu schreiben oder hervorzuzaubern. Das Resultat ist ein entlarvendes Portrait der zur Vernunft verklärten Fehlanalyse.

von Lukas Müller

Die Publikation *«Attac: Was wollen die Globalisierungskritiker»* hat es sich zum Ziel gemacht, in drei von verschiedenen AutorInnen verfassten Anläufen oder Aufsätzen Attac als die Alternative zum frei wuchernden Wirtschaftswirrwarr, die Stimme der Vernunft im Getümmel der globalisierungskritischen Organisationen darzustellen. Die im Buch beschriebene Organisation zeigt sich als eine Bewegung anständiger Bürger mit scharfem Blick für die Fremdherrschaft. Von der *«aus dem Ruder geratenen Ökonomie»*, von *«Bürgerinitiativen», «Bürgerprotest», «Bürgern»*, ist die Rede, von *«George Bush»* und seinem *«Stellvertreter in Europa, Tony Blair»*.

Als ausserparlamentarische Organisation ist Attac auf die marschierenden Massen angewiesen. Und die Massen marschieren: 1000 in Davos, 20000 in Washington, 9000 in Prag, usw.

Nachdem am Beispiel dieser unzähligen Anständigen, die an ebenfalls unzähligen Demonstrationen ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht haben, die Virulenz des Themas aufgezeigt ist, macht sich das Buch daran, obige Unzufriedenheit zu begründen: Es herrscht Unrecht nicht nur auf der Welt, sondern auch in Traiskirchen, Österreich, wo ein gewisser Harald Guttmann seinen Job in der Reifenfabrik verliert und bitter feststellt: *«Die herrschen wie die Feudalfürsten»*. Hier beginnt das Feld von Attac, schliesslich *«nichts anderes als eine ökonomische Alphabetisierungskampagne»*, und somit befähigt, den natürlichen, instinktiven Unmut des Bürgers in rationale Bahnen zu lenken. Was mit dem Begriff *«Alphabetisierung»* gemeint ist, enfaltet sich auf den einundachtzig ihm gewidmeten Seiten: Nicht Feudalherren sind Schuld an Harald Guttmanns Unglück und an dem von uns allen, sondern das Finanzkapital, das mit seiner in Verträgen und Transaktionen und informellen Treffen in Privathäusern unendlich kompliziert verklausulierten Gier das Leben des Bürgers zur Hölle macht, den Welthunger produziert und die ganzen positiven Errungenschaften des Marktes zur Sau macht. Was den rechten ParanoikerInnen die Freimaurerei, ist den *«Attacis»* die Hochfinanz. Sie gilt es zu *«demokratisieren»*, um so ihre Gier zu zügeln. Von der kapitalistischen Produktionsweise, von Lohnarbeit, Wert, Mehrwert gar, ist nie die Rede. Das Übel wird ganz und gar in der Oberfläche der Zirkulationssphäre geortet. Die in dieser Verkennung von Tatsachen sich spiegelnde Paranoia vor dem vermeintlichen Puppenspieler findet sich so rationalisiert und mit tausend Beispielen aus der Zauberwelt des Finanzhandels für begründet erklärt. Aber die Entzauberung ist nur scheinbar, und mangels einer schlüssigen Analyse werden die Ressentiments gegen *«die Mächtigen»* noch fester zementiert. Wie sehr die Puppenspielerlegende integraler Bestandteil der Gesellschaftsanalyse von Attac ist, zeigt sich schon an Vorstellungen wie jener einer aus der Hochfinanz sich rekrutierenden *«Schattenregierung»*, die insgeheim die Welt beherrsche, oder sehr konkret an Plakaten wie jenem der Attac Sektion Deutschland auf welchem der wohlbekannte krummnasige Uncle Sam die Welt an einem Faden tanzen lässt – eine Darstellung, welche mit nur sehr geringen Abweichungen schon die Nazipresse für geeignet erachtete, um ihre Analyse des Hauptwiderspruchs darzustellen. Nicht die Produktionssphäre also ist für Attac das Problem. Sie existiert in ihrer Analyse erst gar nicht. Die *«Attacis»* widmen ihre Betrachtungen einzig und allein dem Markt, und auch der gilt als nichts Schlechtes, sondern schlecht ist einzig die Gier der SpekulantInnen. Die Finanzwelt wird nicht als der integrale Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise wahrgenommen, der sie in Wirklichkeit ist, sondern als ein Egel, der dem eigentlich segensreichen System das Blut absaugt. Somit steht Attac vor einem Problem, denn wer *«eine andere Welt»* will, aber in der lustigen Vorstellung befangen ist, der Kapitalismus sei seinem Wesen nach die eigentliche Quelle allgemeinen Wohlstands und Glücks, (man will ja nicht negativ und von gestern, sondern *«pragmatisch»* sein und für gerechte Verteilung sorgen), der aber diese seine Funktion aufgrund der Privilegien einiger Weniger nicht wahrnehmen könne, muss versuchen, den an sich guten


Attac – wie alles anfing zvg

«Entwaffnet die Märkte!» Das war kein Leitartikel, den Ignacio Ramonet, Chefredakteur von *Le Monde Diplomatique*, im Dezember 1997 verfasste, es war ein feuriges Manifest: «Der Wirbelsturm, der die asiatischen Geldmärkte verwüstet, bedroht die ganze Welt. Die Globalisierung des Anlagekapitals schafft universelle Unsicherheit. Sie verhöhnt nationale Grenzen und schwächt die Macht der Staaten, die Demokratie, den Wohlstand und das Glück ihrer Völker zu sichern. Die Globalisierung des Finanzkapitals stellt ihre eigenen Gesetze auf. Sie hat einen separaten, übernationalen Staat errichtet, mit einem eigenen Verwaltungsapparat, eigenen Einflussgebieten und eigener Politik: dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Organisation für Ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Welthandelsorganisation (WTO). Diese machtvollen Institutionen singen einstimmig das Lied von den ‹Marktwerten›, und die großen Medien der Welt sind ihr getreues Echo. Dieser künstliche Weltstaat ist eine Großmacht ohne gesellschaftliche Grundlage. Er ist allen Gefahren der Finanzmärkten und den Herrschaften der Fonds und der Multis erratisch ausgeliefert, die wirklichen Staaten der westlichen Welt werden zu Gesellschaften ohne Macht degradiert. Und es wird von Jahr zu Jahr schlimmer.»

Der hohe Ton ist ein Stilmerkmal von *Monde Diplomatique*. Seit dem Zusammenbruch des Kommunismus hat die Monatszeitung für Außenpolitik von Jahr zu Jahr ihre Auflage gesteigert – und ihre Linie geändert. Das intellektuelle Leitorgan der «gauche rouge», der französischen Linken jenseits der erstarrten KP und der kompromissorientierten Sozialdemokratie, hat heute in Frankreich eine Auflage von 400 000 Exemplaren, weltweit von etwa einer Million.

Eine Redaktion sozialistischer und exkommunistischer Journalisten, unterstützt von Korrespondenten in allen Erdteilen, hat in der französischen Aufklärung ebenso geschult wie an der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie und dem republikanischen Pathos eines ein-

103

Was wollen die Globalisierungskritiker?

Markt von den schlechten Elementen zu reinigen, lebt somit vom Ressentiment gegen ein wie auch immer konstruiertes Fremdes.

Eine Alternative zur international unkontrollierbaren Ausplünderung ist für Attac die Besinnung auf nationale Grenzen: *«Die Globalisierung des Anlagekapitals schafft universelle Unsicherheit. Sie verhöhnt nationale Grenzen und schwächt die Macht der Staaten, die Demokratie, den Wohlstand und das Glück ihrer Völker zu sichern.»* Oder im Wortlaut von Attac Schweiz: *«Die Globalisierung der Finanzmärkte verschärft die wirtschaftliche Instabilität und die gesellschaftlichen Ungleichheiten. Sie unterwandert die Entscheide der Völker, der demokratischen Institutionen und der souveränen Staaten, die das Allgemeinwohl verteidigen sollten.»* Die schon im 19. Jahrhundert begründete Tradition der verkürzten Kapitalismuskritik, mit ihr die verheerende Legende vom schaffenden und raffenden Kapital, liegt so auch dem

Buch *«Attac – was wollen die Globalisierungsgegner»* zugrunde. Der nationale Markt soll gestärkt, die Macht der Völker hochgehalten, dem internationalen Raffen das nationale Schaffen entgegengestellt werden.

Attac will nicht die Produktionsweise ändern, sondern den Markt, die Zirkulationssphäre reformieren. Der Reformismus ist das Kernproblem der im Buch angepriesenen Bewegung *«Attac»* und ist es wiederum nicht. Auch Gewerkschaftsarbeit tastet die Produktionsweise an sich nur selten an. Sie aber orientiert sich an sehr konkreten Zielen: Lohnerhöhung, Arbeitsplatzerhaltung usw. Das Ziel von Attac jedoch ist, *«eine andere Welt»* zu kreieren, dabei die Produktionssphäre zu ignorieren und das Glück in einer Vermenschlichung des Marktes zu suchen. Die Verquickung dieser Ansprüche zwingt, die systemimmanente «Ungerechtigkeit» auf ein Anderes zu projizieren. Die *«Neofaschisten, die immer mal wieder versuchen, mit nationalistisch, gar antisemitisch motivierter Kapitalismuskritik bei Attac unterzuschlüpfen»*, sind deshalb nicht akzidentiell, sondern, will eine verkürzte, irrationale Kapitalismuskritik zur von einer Massenbasis getragenen Tat schreiten, gezwungenermassen – ob Attac nun will oder nicht – notwendiger Bestandteil einer solchen Bewegung.

Das Ziel *«Arbeitsgruppen»* zu gründen, *«die sich mit Büchern, Broschüren und Internet die Finanzmärkte erklären»* und stolz darauf sind, sich die Freude an der Politik nicht mit *«Marx–Schulungen an heiligen Texten wie früher»* zu umdüstern, macht Attac zu einer Bewegung zum Wohlfühlen. Endlich öffnet sich ein angenehmer, wenn auch anstrengender Weg aus der politischen Vereinzelung, und das Wohlfühlen wirkt sich auch positiv auf die Wirtschaft aus. *«Trotzdem, ich arbeite sogar im Job besser»*, weiss denn auch ein begeisterter *«Attaci»* über die positiven Nebenwirkungen politischen Engagements zu berichten.

Anstatt das Buch *«Attac: Was wollen die Globalisierungskritiker»* zu lesen ist es mit Sicherheit entschieden vernünftiger, die Zeit eben diesen Texten von obigem Karl Marx zu widmen, als in ohnmächtiger Pseudoaktivität sich in der Weitläufigkeit der unendlich interessanten Oberfläche des Marktes zu verlieren. ■

«Empire» – Ein Buch für alle

«Es gibt eine alte Legende, welche die Zukunft kommunistischer Militanz vielleicht verdeutlichen kann: nämlich diejenige des Heiligen Franz von Assisi. Man denke an sein Wirken. Um gegen die Armut der Menge zu protestieren, übernahm er deren Lebensumstände und lebte wie die Menge in Armut; und darin entdeckte er die ontologische Macht einer neuen Gesellschaft.»

von Simone Wassmer

Diese Zeilen sind weder ein Zitat aus einer religiös–esoterischen Schrift, die uns pseudopolitisch verpackt das «Back–to–the–roots» verkaufen will, noch der Versuch, mit Hilfe des Existenzialisten Martin Heidegger eine Vision für die Zukunft zu malen. Es ist vielmehr ein Zitat aus der Schlusspassage des vielgepriesenen und oft besprochenen Buches «Empire. Die neue Weltordnung» von Antonio Negri und Michael Hardt, das an manchen Stellen eher ein tröstliches Heilsversprechen denn eine Analyse der gegenwärtigen kapitalistischen Weltordnung ist.

Bietet der geschichtsphilosophische Abriss über die Entwicklung des Kapitalismus und damit verbunden der politischen Systeme durchaus noch neue und ungewohnte Ansätze, werden die Autoren bei der Beschreibung der Perspektiven auf eine revolutionäre Umgestaltung der gegenwärtigen Verhältnisse diffus und schwärmerisch und verstecken ihre Hilflosigkeit hinter einem inhaltsleeren Pathos, der – wie obige Passage zeigt – sogar in ein reaktionäres Lob der Einfachheit und Armut ausarten kann. Dass insbesondere auch «bürgerlich» orientierte Leitblätter das Buch mit wohlwollenden Rezensionen bedacht haben – mit Ausnahme der NZZ – ist auf deren richtige Einschätzung des fehlenden Potentials effizienter Widerstandsstrategien gegen die «neue Weltordnung» zurückzuführen.

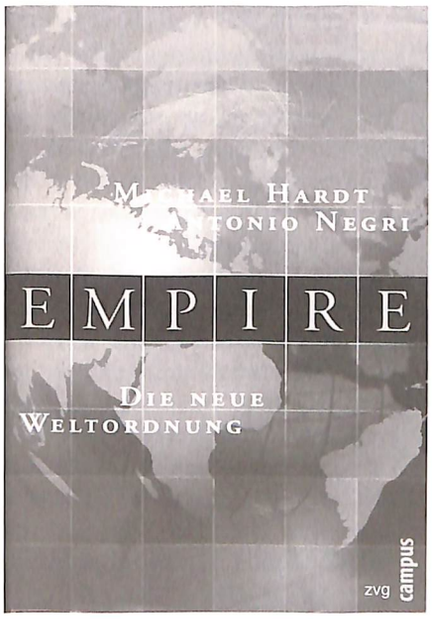
Empire als Ende imperialistischer Herrschaft

Durch das Buch zieht sich wie ein roter Faden der Begriff des «Empire». Im ersten Teil skizzieren Negri und Hardt die neuen Herrschaftsformen. Die Neue Weltordnung definiert sich laut ihrer Theorie nicht mehr über Nationalstaaten, sondern ist eine Art Weiterentwicklung der Vereinten Nationen, mit einem Apparat von nationalen und supranationalen Institutionen ohne festes Zentrum. Die grundlegende These der Autoren ist, dass «Empire» eine neue globale Form der Souveränität darstellt, die weder ein Machtzentrum kennt – auch wenn die USA zur Zeit eine bestimmende Rolle spielen – noch auf bestimmte Grenzen und Schranken festgelegt ist. Das Empire hat kein Aussen mehr, die Souveränität der Nationalstaaten ist eingeschränkt. Es gibt keine Dreiteilung der Welt mehr, alle Welten gehen ineinander über. Parallel dazu findet eine Verschiebung statt von der Disziplinar– zur Kontrollgesellschaft. Mit Hilfe von Foucault erklären die Autoren, dass die Macht in der Kontrollgesellschaft den Menschen nicht mehr von aussen in Form von Institutionen wie Gefängnis, Polizei, Schule, etc. entgegentritt, sondern von den Subjekten internalisiert wird: *«Biomacht ist eine Macht, die das soziale Leben von dessen Innerem aus reguliert»*.

Was man den beiden Autoren zugute halten muss: Sie wollen nicht in eine vermeintlich bessere Welt zurück. Negri und Hardt weisen jede Nostalgie gegenüber den Machtstrukturen zurück, die dem Empire vorausgingen. Sie üben Kritik an denjenigen politischen Strategien, die versuchen, zum Schutz gegen das globalisierte Kapital den Nationalstaat erneut zu stärken. *«Die linke Strategie, gegen die Globalisierung Widerstand zu leisten und das Lokale zu verteidigen, ist gleichzeitig schädlich. Denn in vielen Fällen ist das, was als lokale Identität auftreten mag, weder selbstgewählt noch selbstbestimmt, sondern fördert und stützt die imperiale kapitalistische Maschine»*. Sehr richtig kritisieren Negri und Hardt den rigiden Moralismus, der – ständig auf der Suche nach dem absolut guten und widerspruchsfreien Standpunkt – einen Grossteil der Antiglobalisierungsbewegung erfasst hat: *«Wir sollten ein für allemal mit der Suche*

nach einem Aussen aufhören, nach einem Standpunkt, der das Bild der Reinheit für uns heraufbeschwört.»

Auf den zweiten Teil des Buches, der die Entwicklung staatlicher Strukturen von der frühen Moderne bis zur Gegenwart behandelt, möchte ich hier nicht näher eingehen, da die Autoren im dritten Teil denselben Übergang vom Standpunkt der Produktion aus schildern. Sie sehen im Umstand, dass die *«immaterielle Arbeit»*, die Informatisierung, zunehmend die industrielle Produktion dominiert, das Potential für effizienten Widerstand.



zvg

Immaterielle Arbeit: Ein irreführender Begriff

Die Autoren beschreiben die Veränderungen der Produktionsweise als Antwort auf die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung. Sie sehen im Proletariat eine Macht, die dem Kapital Schranken setzt und die es zwingt, bestimmte Formen der Produktion zu übernehmen. An dieser Stelle tritt eine Problematik der Analyse zu Tage, die das ganze Buch durchzieht: Eine vollkommen hypostasierende und undialektische Sichtweise von Kämpfen und Entwicklungen. Es ist sicher richtig, Veränderungen der Produktionsformen nicht einfach den Bedürfnissen des Kapitals zuzuschreiben und die ArbeiterInnen zum Spielball davon zu machen. Ihre Kämpfe aber als alleinige Ursache von Übergängen zu anderen Produktionsformen zu sehen, verkennt die für den Kapitalismus unverzichtbare dauernde Steigerung der Warenproduktion, einem Motor der Produktivkraftentwicklung.

Unverständlich ist der Optimismus und der Verzicht auf jede Empirie, wenn Negri und Hardt die Veränderungen der Arbeitsformen beurteilen. Sie sehen in der Ablösung der traditionellen industriellen Fabrikarbeit durch computerisierte Arbeitsplätze einseitig eine grosse Chance: Einerseits sei diese immaterielle Arbeit kommunikativ, kooperativ und affektiv, andererseits würden nebst Waren und Dienstleistungen auch soziale Beziehungen zwischen den Menschen konstruiert, weil die immaterielle Arbeit Wissen um Kommunikationsformen beinhalte. Locker übersehen die Autoren dabei die extreme Vereinzelung und die prekären Arbeitsverhältnisse, die gerade innerhalb der Computerbranche herrschen. Zudem ist die Kommunikation, auf die die Autoren hier bauen, vollkommen standardisiert und kaum geeignet zur Verbesserung des sozialen Umgangs. Dass ein Mehr an Informationen auch gleichzeitig einen Zuwachs an Verständnis für Zusammenhänge impliziert, ist ein weiteres Paradigma der Informationsgesellschaft, das hinterfragt werden müsste. Die Durchmischung von Information und Unterhaltung und die nicht zu bewältigende Masse an Daten führt kaum zu der von Negri/Hardt proklamierten *«Massenintellektualität»*, sondern im Gegenteil wohl eher zu einer Massengesellschaft, in der die Mehrzahl der Teilnehmenden sich der letzten Fähigkeiten zu analytischem Denken und dialektischem Verstehen berauben. Irreführend ist auch der Begriff *«immaterielle Arbeit»* selbst: Arbeit am Computer ist genauso warenproduzierende Arbeit und damit genauso materiell wie Arbeit am Förderband auch.

Verschärfend kommt zur oben beschriebenen Problematik dazu, dass Negri und Hardt mit ihrem Begriff der *«immateriellen Arbeit»* euphorisch in die Propagierung von flexibilisierten Arbeitsverhältnissen abdriften. Die immaterielle Arbeit ist grenzenlos, Produktion und Reproduktion, Arbeitszeit und Freizeit fliessen ineinander über. *«Auf dem Feld biopolitischer Produktion gibt es keine Stechuhren; das Proletariat produziert in seiner Gesamtheit überall den ganzen Tag lang»*. Die Autoren singen an dieser Stelle ihr Loblied auf flexibilisierte Arbeitsverhältnisse, ungeachtet dessen, dass Flexibilisierung nicht die Zeitsouveränität der Beschäftigten bedeutet, sondern deren Anpassung an die Bedürfnisse der Betriebe und dass sie damit auch in krassem Widerspruch steht zu den unmittelbaren Interessen der Betroffenen selbst.

Mythos statt Revolution

Die Lektüre des Buches von Negri und Hardt stellt alle zufrieden. Auf Grund der Vagheit der Perspektive auf eine revolutionäre Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse finden ApologetInnen eines Kapitalismus, dem keine Schranken gesetzt werden, bei Negri und Hardt die Bestätigung, dass Flexibilisierung und Globalisierung nur zum Wohle der Beschäftigten sind und sich schlussendlich beinahe natürlich ein Zustand einstellt, der allen zum Glück verhilft.

GlobalisierungsgegnerInnen wissen inskünftig, dass der Wille dagegen zu sein, auch weiterhin vollkommen ausreicht. Sie sind damit Teil der Menge, die mit *«absolut positiver Kraft»* ein *«Gegen–Empire aufbauen und den weltweiten Strömen und Austauschverhältnissen eine andere politische Gestalt geben»*.

Mit schier unglaublichem Pathos verheissen die Autoren am Schluss des Buches im Stile einer mystisch–religiösen Verheissung mit Versatzstücken aus der christlichen Glaube-Liebe–Hoffnungs–Lehre eine Revolution, die jeder Analyse spottet: *«Diese Revolution wird keine Macht kontrollieren können – weil Biomacht und Kommunismus, Kooperation und Revolution in Liebe, Einfachheit und auch in Unschuld vereint bleiben. Darin zeigen sich die nicht zu unterdrückende Leichtigkeit und das Glück, Kommunist zu sein.»* Schön wär's, oder auch nicht ..... ■

Literatur:

Michael Hardt, Antonio Negri:«Empire: Die neue Weltordnung», Campus Verlag Frankfurt/Main 2002, 461S.

Film

«Der Stellvertreter» – Ein Film von Constantin Costa–Gavras

(Deutschland, Frankreich 2002)

Als 1943 die römischen Jüdinnen und Juden unter den Fenstern des Vatikans verhaftet und in die Vernichtungslager im Osten deportiert wurden, schwiegen die katholische Kirche und ihr Oberhaupt, der Papst. Sie schwiegen, wie sie es schon zuvor gemacht hatten, als sie von der Vernichtung der europäischen Juden unterrichtet worden waren.

Der Schriftsteller Rolf Hochhuth thematisierte dieses Schweigen in seinem 1963 erschienenen und auf dokumentarischen Quellen beruhenden Drama «Der Stellvertreter». Beinahe 40 Jahre nach Hochhuths Buch wurde dieses nun vom griechischen Regisseur Constantin Costa–Gavras verfilmt. Buch und Film unterscheiden sich aber in zum Teil entscheidenden Punkten voneinander. Hochhuth stellt den jungen Jesuitenpater Ricardo ins Zentrum, welcher fassungslos vor dem unbegreiflichen Schweigen des Papstes, auf dessen scharfe Verurteilung Nazideutschlands er vergeblich wartet, schliesslich freiwillig den aus Rom deportierten Juden nach Auschwitz folgt, wo er ermordet wird. Seine Selbstopferung wird zum verzweifelten Rettungsversuch der katholischen Ideologie, deren offizielle Sprecher sich mit dem Nationalsozialismus arrangiert haben; der Prozess der Vernichtung der europäischen Juden wird dadurch aber nicht gestört. Costa–Gavras lässt demgegenüber die Auseinandersetzungen zwischen Ricardo und dem schweigenden Papst im Vatikan eher in den Hintergrund treten. Seine Hauptfigur wird der historische und seiner Bedeutung nach umstrittene SS–Mann Kurt Gerstein. Dieser war Experte für Schädlingsbekämpfung und kam in dieser Funktion unmittelbar mit der Vernichtung von Menschen in den Konzentrationslagern in Berührung. Als bekennender, moderner Christ Kierkegaardscher Prägung entschloss er sich, mit seinem Wissen die Weltöffentlichkeit wachzurütteln, die er über einen schwedischen Gesandten und schliesslich über den Vatikan zu erreichen hoffte. Ob er – wie im Film gezeigt – darüber hinaus, auch durch Sabotageaktionen den Vernichtungsprozess zu stören versuchte, ist historisch nicht gesichert.

Szene aus dem Film

Die schwierige Rolle dieser zwiespältigen Figur wird im Film von Ulrich Tukur famos interpretiert. Trotzdem vermag auch die beste schauspielerische Leistung nicht darüber hinwegzutäuschen, dass es äusserst problematisch ist, die Shoa anhand eines «guten» deutschen SS–Mannes zu thematisieren. Allzuschnell gewöhnt man sich ans Bild der eigentlich absurden und völlig einmaligen Ausnahme, dass ein Träger von SS–Abzeichen insgeheim auf der Seite der Opfer gestanden haben könne. Eine solche Geschichte kann zum gefährlich tröstenden Mythos werden für die, die es nicht besser wissen wollen. Costa–Gavras rechtfertigt seine Akzentverschiebung gegenüber dem Drama Hochhuths folgendermassen: Er habe zeigen wollen, dass sogar ein deutscher SS–Mann Widerstand zu leis-ten in der Lage war und deshalb sei keine Ausrede, man habe von nichts gewusst und habe nichts machen können, akzeptabel. Ob ihm die Umsetzung dieses Anliegens aber gelungen ist, bleibt fraglich.

Viel Sensibilität, zum Teil aber auch kritisierbare Tendenzen zeigt der Film in der unmittelbaren Darstellung der Deportationen und des Holocaust in den Vernichtungszentren. Ganz verzichtet wird auf den Versuch das Grauen und die Gewalt des Mordens direkt darzustellen. Mit wenigen, unspektakulär scheinenden Mitteln schafft es aber Costa–Gavras eine Atmosphäre zu schaffen, die voll ist von einer ebenso unheimlichen wie banalen Brutalität: der Alltag der beschlossenen und sich langsam vollziehenden Vernichtung. Gerade dadurch aber, dass manche ausdrucksstarke Bilder – vor allem die rollenden Züge, die vollgestopft in den Osten fahren und leer zurückkommen, die den ganzen Film als Leitmotiv durchziehen – überstrapaziert werden, läuft Costa–Gavras Darstellung des Holocaust auf die Darstellung einer unmenschlich und unaufhaltsam arbeitenden Maschinerie hinaus. Diejenigen, die an ihren Leitstellen sitzen, erscheinen entweder selbst als deren dämonische Produkte oder einfach als menschenverachtende Zyniker. Keinem aber scheint das Programm der Vernichtung aller jüdischen Menschen wirklich ein fanatisches Anliegen zu sein. Die willigen Vollstrecker und ihr

Vernichtungswahn treten so zurück vor der Tatsächlichkeit der einmal funktionierenden Vernichtungsmaschinerie. Dies ist in einem Film, in welchem es um Fragen nach Verantwortung und Unterlassungen geht, zumindest problematisch.

Trotzdem: Von anderen Versuchen, Aspekte der Shoa mit den Mitteln eines Spielfilms zu thematisieren (etwa «Sobibor» oder «Schindlers list»), hebt sich «Der Stellvertreter» durch eine gewisse Feinfühligkeit und Reflektiertheit der Darstellungsweise deutlich ab. Und wenn er das Anliegen von Hochhuths Drama – an das Schweigen des Kirchenoberhauptes im Angesicht von 6 Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden zu erinnern und die Frage zu stellen, was ein engagierter Papst hätte tun können – vorantreibt, ist damit doch etwas erreicht. So hängt es zuletzt auch von den zur Passivität erzogenen FilmzuschauerInnen ab, ob der Film mehr dazu führt, dass die jüngste Geschichte endlich abgehakt werden kann oder ob er im Gegenteil zur Beschäftigung mit genau dieser Geschichte beizutragen vermag.

von Lukas Germann

«Storytelling» – ein Film von Todd Solondz

(USA 2001)

«Storytelling» nennt sich der neue Film von Todd Solondz, einem Regisseur, der immer den Skandal sucht und auch findet. Offensiv verstösst er gegen die Tabus der political correctness und fokussiert genau das, was man korrekterweise nicht zeigen soll. In seinem letzten Film «Happiness» stellte Solondz die schweren sexuellen Störungen einer ganzen Reihe von BewohnerInnen einer amerikanischen Kleinstadt so widerlich und doch mit einer solchen Liebe fürs Detail dar, dass einem darob wirklich die Lust nach sexueller Betätigung gänzlich vergehen konnte. Ob das nun sinnvoll ist oder nicht, bleibe dahingestellt, jedenfalls war dem Film eine gewisse Schockwirkung nicht abzusprechen. In «Storytelling» wollte Solondz nun – was den Verstoss gegen die political correctness betrifft – noch eins draufsetzen. Alle überwunden gehofften Clichés werden hübsch serviert: ein unter einer Hirnlähmung leidender Jugendlicher mit hübscher Freundin, der er solange vorwirft, dass sie ihn nur wegen seiner Behinderung wolle (und überdies beim Sex nicht schwitze), bis die Beziehung wirklich in die Brüche geht; ein schwarzer Lehrer, der es gerne mit seinen weissen Schülerinnen treibt, die er dabei wie Dreck behandelt; eine jüdische Familie der oberen Mittelklasse, die am Abendtisch darüber debattiert, ob sie auch zu den Holocaust–Überlebenden gehören würden, da ihre Grosseltern doch ohne die Nazis gar nicht nach Amerika ausgewandert wären, und gleichzeitig völlig rücksichtslos mit ihrem lateinamerikanischen Haus– und Kindermädchen umspringt; und und und..... Der Film ist geschmacklos. Doch zu schockieren vermag er nicht. Viel zu offensichtlich geht es Solondz hier um nichts anderes mehr, als gegen all das zu verstossen, was nach der oberflächlich gesellschaftlichen Moral verboten wäre. Dies ist zum Teil ärgerlich, oft auch langweilig, und die Frage bleibt, was das Ganze denn eigentlich soll. Eine sehr berechtigte Kritik an der Verlogenheit der political correctness und ihrer HüterInnen müsste dort ansetzen, wo das Tabu den wahren Sachverhalt zudeckt und somit zementiert, wo blosse Stilübungen, moralische Forderungen und Entrüstung eine Theorie und Praxis der Veränderung verhindern. Solondz' Film macht all das nicht. Im Gegenteil: Er fällt hinter alle political correctness zurück, indem er die irrationalen und noch nicht überwundenen Stereotypen hervorkramt, die es zu destruieren gälte. Er begnügt sich damit, sich über seine klischierten Figuren lustig zu machen, die sich alle dadurch auszeichnen, dass sie sich so mit ihrer Minoritätenrolle identifizieren, dass sie gar nicht mehr darüber hinaus sehen. Die Reduktion dieser Menschen, auf das, was sie zu gesellschaftlichen Aussenseitern macht, nehmen sie selbst so eifrig vor, dass ihre Umwelt gar nicht anders kann, als sie darin zu bestätigen. Ihre Opferrolle ist letztlich selbst gewählt. So offenbart sich die Moral hinter der scheinbar so radikalen Destruktion alles Moralischen – und diese ist so simpel wie falsch: Seid glücklich mit dem, was ihr habt und jammert nicht ständig. JedeR findet irgend etwas, das sie/ihn zum/zur AussenseiterIn machen könnte und wer dem nachgibt, ist dann selbst schuld, wenn es so kommt, wie er/sie es damit heraufbeschwört. Ausgrenzung als self fulfilling prophecy: Wieder mal erweist sich ein selbsternanntes enfant terrible der Filmszene als verlässlichster Garant dafür, dass alles beim Alten bleibt.

von Lukas Germann

Buch

RAF zum X–ten

Tolmein, Oliver:
Vom Deutschen Herbst zum 11. September. Die RAF, der Terrorismus und der Staat.
Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2002, 256 S.

Der 11. September, ein Tag, an dem sich gar alles änderte – oder vor allem die Klänge der Werbetrommeln: zahlreiche «Produkte» segeln im Windschatten der barbarischen Anschläge auf World Trade Center und Pentagon auf den literarischen Markt. So auch der jüngste Versuch linker Geschichtsschreibung aus der Feder von Oliver Tolmein. Eigentlich beabsichtigte der Autor eine aktualisierte Neuauflage seines *«Stammheim vergessen – Deutschlands Aufbruch und die RAF»*, nur eben...

Tolmeins Studie *«Vom Deutschen Herbst zum 11. September»* ist ein Sammelsurium von alten Werkstücken versetzt mit neuen, durchaus interessanten Ansätzen und einer Ansammlung von RAF–Texten als Quellenbasis (oder so was Ähnlichem). Im ersten Teil des Buches, der lediglich knapp die Hälfte desselben umfasst, wird viel gefragt. Zunächst nach Analogien und Kontinuitäten in der Beurteilung und Kritik der USA aus Sicht der (militanten) Linken in den siebziger/achtziger Jahren und den People von Seattle. Dabei verweist der Autor in einer leider sehr knapp gehaltenen Analyse, die durchaus zum Prunkstück der Studie hätte werden können, auf nationalistische und völkische Momente, die sowohl zuweilen den

antiimperialistischen Erklärungsmustern der RAF, als auch denjenigen der *«antineoliberalen»* der GlobalisierungsgegnerInnen innewohnen. Tolmein fragt hier einmal mehr auch nach dem Verhältnis der Roten Armee Fraktion zum Nationalsozialismus, was allerdings bereits Gegenstand von *«Stammheim vergessen...»* war. Ebenso wenig Neues und Skandalöses bringt der Vergleich der staatlichen Reaktionen und Repressionen zwischen dem Deutschen Herbst und den Anschlägen in den USA, was, wie Tolmein sagt, an der dürftigen Quellenlage liegt – die spannendsten Dinge trachtet der Staat stets zu verbergen.

Teil zwei besteht dann ausschliesslich aus einer Auswahl, bzw. Anhäufung von edierten Quellentexten der RAF, die die Geschichte der Kampftruppe und ihr Verhältnis zu was auch immer dokumentieren soll. Eine Dokumentensammlung, die bereits in den Hausbibliotheken steht.

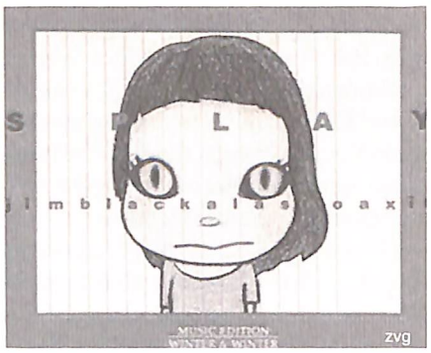
«Deutscher Herbst und 11. September» ist ein Schnellschuss, dem Zwang nach Aktualität entfahren, zu Lasten einer sorgfältigen fundierten Analyse. Tolmein will in seinem Buch zu vielem nachgehen, ein Hauch von Beliebigkeit lastet ihm an. Schade, zumal die Erörterung des Antiamerikanismus, der spätestens seit Ende der 60–er Jahre in der ausserparlamentarischen Linken Tradition hat, gerade auch im Kontext der Ereignisse vom Herbst letzten Jahres, aufschlussreich wäre.

von Nicole Peter

Musik

Jim Black: Splay

CD Winter & Winter 910 076-2



Jim Black und AlasNoAxis machen sich breit: «Splay» heisst die neue Scheibe, zu Deutsch so viel wie «spreizen» oder «weiten». Das Quartett aus New York ist aber immer noch eins, auch die Musiker sind die selben (Black, dr; Chris Speed cl/sax; Hilmar Jensson, git; Skuli Sverrisson b). Geweitet allerdings hat sich das Feld der eingesetzten Klangerzeuger, da wird vermehrt mit Elektronik und Computerprogrammen hantiert, jeder hat nun zusätzlich seine eigenen Kästchen und Krimskrams.

Das Erstaunliche und Faszinierende am neuen Werk ist, dass sich diese Erweiterung nicht in belanglosem Sound–Gepappe vertut, sondern eine tatsächliche Öffnung und Differenzierung der Klangfelder mit ihr einhergeht. Die musikalischen Strukturen sind noch dichter und feiner geworden, so dass sich auch noch bei abermaligem Hören immer wieder neue Schichten freilegen lassen. Noch erstaunlicher ist hingegen, dass die Tektonik dieser Musik nicht auseinanderbricht. Denn die beiden Pole «Geräuschhaftes» und «Melodie» kommen hier noch weiter auseinander zu liegen als auf der ersten Platte («AlasNoAxis») und stehen somit in einem noch spannungsvolleren Verhältnis. Obwohl noch mehr klangliche Feinheiten ausgespielt werden (Computer, Elektronik), aber auch exzessiver verzerrt und getrommelfeuert wird, ist «Splay» gleichzeitig songhafter und balladesker geworden. Während auf der ersten Platte noch eher zwischen den Polen gependelt wurde, beginnen sich hier die Extreme zu verschränken: zu einer konzeptionellen Einheit, die nicht zuletzt in der ausserordentliche Klangsensibilität aller Bandmitglieder gründet.

In Jim Blacks Musik nimmt weder Kopf noch Herz überhand – klangliche und strukturelle Spannung, lyrische Sinnlichkeit und emotionale Tiefe finden sich in wohltuender Symbiose.

von Dominique Blaser

Kriegslügen

Vom Angriff auf Jugoslawien zum Feldzug gegen den Terrorismus

Jürgen Elsässer liest aus seinem neuen Buch "Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen"

Dienstag, 1. Oktober,
Volkshaus Zürich,
Stauffacherstrasse 60
19.30 Uhr

Risse Analyse & Subversion

Buchhandlung am Helvetiaplatz

Organisiert von «Risse» und der «Buchhandlung am Helvetiaplatz»

FRAZ
FRAUENZEITUNG

Viermal im Jahr feministische

Lichtblicke

von engagierten Autorinnen, zu politischen & kulturellen Themen

Aktuelle Hefte:

Boulevard 02/1, Essen 02/2, Rot 02/3, Stadt 02/4

Abonnemente und Geschenkabonnemente zu Fr. 40.- und Einzelhefte zu Fr. 10.- gibt's unter 01 272 73 71 (fon) oder 01 272 81 61 (fax), fraz@fembit.ch (e-mail) oder FRAZ, Postfach, 8031 Zürich.

Buchhandlung am Helvetiaplatz

Stauffacherstrasse 60
8026 Zürich 4
Telefon 01 241 42 32
Telefax 01 291 07 25
helvetiabuch@smile.ch

Politik und Literatur | Von >Adorno bis >Zapata

Lesungen, Buchvernissagen und Gespräche in der Katakombe

konkret

überzeugt durch Argumente

Ja ich will **konkret** drei Monate für 9,50 Euro Sonderpreis unverbindlich testen. Meiner Bestellung liegen
O Scheck O Bargeld O Briefmarken
in dieser Höhe bei.
Das Probeabo endet automatisch nach Ablauf der drei Monate. Ein Normalabo kostet 53 Euro, Studenten zahlen 43 Euro.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, Telefon

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Coupon senden an:
KVV KONKRET,
Ruhrstr. 111, 22761 Hamburg
oder: http://www.konkret-verlage.de

risse++Verrisse++Verrisse++Ver

«Ho ho, da komm' ich grade recht, und schelt' euch allzusammen schlecht.» So oder ähnlich lauteten die Heftkritiken des grossen Vorsitzenden der PDA, Walter «Wädi» Angst und von SP–Kolumnist Hans Steiger in ihren jeweiligen Parteiblättern. Soviel Wut hervorzurufen, schmerzt natürlich tief, und es ist zu hoffen, dass das RISSE–Team mit diesem zweiten Anlauf oder Neustart wieder etwas Wärme in die Herzen der schweizer Parteienlanschaft gebracht hat.

Die Übersetzungskünste der differenzierten AntizionistInnen der «le monde diplomatique» sind beeindruckend. Angesichts des Artikels *«le cancer des colonnies israeliennes»* fanden sie sich vor der schwierigen Aufgabe, einen Titel zu kreieren, der ohne den Antisemitismus abzuschwächen auch für das deutsche Ohr lecker und appetitlich wirkt. Und wie sie réussierten! *«Gross–Israel frisst seine eigenen Kinder»* – Das ist ein Titel! Eingängig, klassisch, aber doch raffiniert und zeitlos antisemitisch. Da können sich die plumpen Franzosen wirklich noch ein Scheibchen abschneiden oder -brechen. (Wenn man so eine starke *«corporate identity»* hat wie die JungunternehmerInnen der Aktiengesellschaft von «le monde diplomatique», dann muss man auch klar selektiv seine WerbepartnerInnen aussuchen. Vollstes Verständnis ist deshalb ihrer jüngst geäusserten Angst entgegenzubringen, das RISSE–Magazin könnte als Werbefläche diese *«identity»* schädigen.)

Das ist Basetzung, da hat es Panzer auf der Strasse und sogar Helikopter in der Luft!, berichteten schweizer AntizionistInnen und IsraelhasserInnen schockiert, als sie in Israel mutig den Panzern sich in den Weg stellten und den Faschismus einmal so richtig am eigenen Leib spüren durften. Leider ging aber ihr Traum, als schweizerisch–palästinensische Winkelrieds ins Paradies der Märtyrer aufgenommen zu werden (mit entsprechender Belohnung selbstverständlich) nicht in Erfüllung. Treffen die israelischen Soldaten schlecht? Oder sind sie etwa gar keine aufrechten Faschisten? Fragen über Fragen. Um die Enttäuschung wegen des nicht erfahrenen Martyriums zu lindern, sei ihnen empfohlen, ihr Glück einmal mit einer Israelfahne gewappnet in Ghaza zu versuchen.

Der Lauf der Weltgeschichte lässt die schweizer Regierung kalt, ihr gilt als einziger Bezugspunkt der objektive Weltgeist. Weder lässt sie sich von völkischen Konstrukten wie den neuen Oststaaten beeindrucken, noch hat für sie der Realsozialismus je aufgehört real zu existieren. Das ärgerte verständlicherweise die Regierung der um Einiges weniger progressiven und durch das Versagen der schweizer Luftraumüberwachung um mehrere ihrer BewohnerInnen gebrachten souveränen Republik Baschirien, dem ein Mitgefühl über den Verlust seiner GenossInnen in der Provinz ausdrückendes Beileidschreiben an den Vorsitzenden Putin einfach nicht genügen wollte. Doch dank der beeindruckenden Menschlichkeit von Bundesrat Leuenberger, der in der *«Tagesschau»* verlauten liess, er zerfliesse förmlich vor lauter Solidarität und Mitgefühl auch für *«dieses, ... ähm ..., Volk»*, werden die Misstöne in der Völkerverständigung hoffentlich bald überwunden sein.

Sie haben es wieder getan! Während ganz Europa einig – wie Anne Peters in der NZZ vom 30. Juni findet – *«den Weg des Rechts beschreiten»* will, machen die *«Falken in Washington»* (Süddeutsche Zeitung 15. Juni) die ganzen Träume von einem internationalen Strafgerichtshof zunichte, denn *«Frechheit siegt, und der Sieger nimmt alles»*. Letztgenannte Tatsache ist auch Anne Peters, die ebensowenig weltfremd wie auf den Kopf gefallen ist (schliesslich hat sie in Harvard das Recht studiert), nicht entgangen: So wird denn dem *«aber, kann denn so ein Gericht nicht instrumentalisert werden»*, eloquent abermals ein *«aber»* entgegengestellt: *«Aber auch bei nationalen Verfahren spielen alle möglichen politischen Opportunitäten eine Rolle»*. Und was für das Nationale sich bewährt hat, kann für das Internationale nicht schlecht sein.

von Gerhard Trudler

Impressum

Risse Magazin
Postfach 3119
CH-8021 Zürich

risse@risse.info · www.risse.info

Redaktion
Pascal Germann (pg@risse.info)
Lukas Germann (lg@risse.info)
Alexander Hasgall (ah@risse.info)
Lukas Müller (lm@risse.info)
Nicole Peter (np@risse.info)
Thomas Schwendener (ts@risse.info)
Simone Wassmer (sw@risse.info)

Inserate
Nicole Peter (inserate@risse.info)

Administration
Mirjam Pulver (mp@risse.info)

Layout
Andi Tschannen, Simone Wassmer, Lukas Müller, Alexander Hasgall

Druck
Teutsch Druck, Bregenz

Titelfotos
zvg, Risse

Preise
Abo: 6 Ausgaben
Fr. 40.- / 30.- inkl. Versandkosten

Postkonto
CHF: 87-79417-6
EUR: 91-81841-7

Beiträge sind erwünscht und können per Post oder E-mail an uns geschickt werden. Risse haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte.

CSS
www.css-zh.ch
Centrale Sanitaire Suisse
CSS Zürich

Ärzte statt Kommentare

Helfen Sie mit, die medizinische Notversorgung in Palästina aufrecht zu erhalten!

Vielen Dank für Ihre Spende!

PC-Konto 80-7869-1

Flyer Elektrobikes:
lautlos,
rauchlos,
mühelos

VELOFIX

Velofix AG
Birmensdorferstr. 126
CH-8003 Zürich
Telefon 01 463 13 03
www.velofix.ch

Kein Kurzschluss bei unserer Stromversorgung.

NEIN

zum Elektrizitätsmarktgesetz.

www.emg-neindanke.ch

Komitee gegen das Elektrizitätsmarktgesetz,
info@emg-nein-danke.ch

vpod zürich

WIDERSPRUCH 42

Beiträge zur sozialistischen Politik

Sicherheit, Freiheit, globale Gerechtigkeit

Anti-Terror-Kriege, Völkerrecht, Solidarität; Israel-Palästina-Konflikt; Innere Sicherheit, Anti-Terror-Gesetze; Freiheits- und Grundrechte; Fremde als Sicherheitsrisiko; Reichtum/Armut, soziale Sicherheit, transnationale Sozialpolitik; Gewalt und Geschlecht

U. Marti, R. Kössler, H. Melber, N. Paech, L. Watzal, R. Gössner, H. Busch, M. Bosonnet, M.R. Krätke, U. Mäder, G. Husi, Th. Fürrer, C. von Werlhof

Weltsozialpolitik nach Porto Alegre

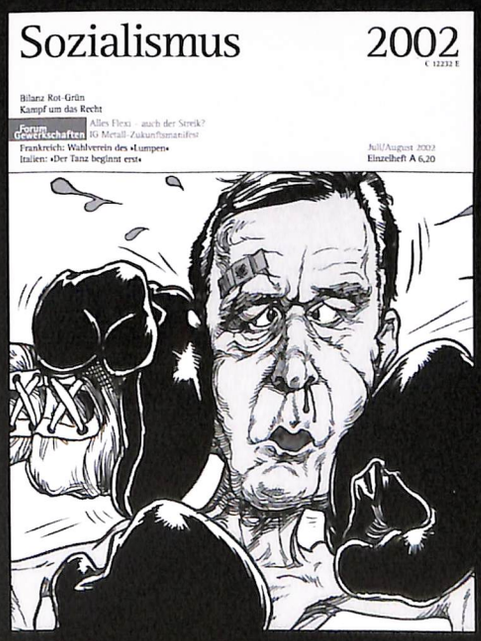
D. Keet: Neokoloniales WTO-Regime
H. Schäppi/U. Sekinger: Gewerkschaftsinternationalismus
P. Niggli: Weltsozialforum – künftige Agenda
R.H. Strahm: Finanzplatz Schweiz unter Druck
A. Missbach: Der Fall Enron
R. Falk: Entwicklung und Finanzierung

212 Seiten, Fr. 25.–, Abonnement Fr. 40.–
(2 Hefte/Jahr; plus Versandkosten)

zu beziehen im Buchhandel

oder bei WIDERSPRUCH,
Postfach, 8026 Zürich
Tel./Fax 01 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

www.sozialismus.de



Zeit für Taten? K.G. Zinn: Alternativen in Zeiten der Krise; J. Bischoff/K. Steinitz: Was erwartet uns nach den Septemberwahlen? D. Hirschel: Ende des Dritten Weges

Marxismus und Demokratie

Alles »Flexi« – Auch der Streik? Kritik an der Zukunftsdiskussion der IG Metall

Michael D. Yates: Wirtschaftskrise und Krise der US-Gewerkschaften; Rossana Rossanda im Gespräch mit Sergio Cofferati (CGIL); Frankreich nach den Wahlen; Die chinesischen Bauern vor ihrer »Befreiung« durch den Markt; Wahlen im Land des keltischen Tigers; Nahost – Mit einem »Schutzzaun« zum Frieden?

Supplement: John Bellamy Foster/Horst Heininger, Geschichte der Imperialismus- und Monopoltheorie

Einzelheft: sFr 11,50; Abo: sFr 125,-; Probeheft: Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg, Fax 004940/280 505 68
e-mail: redaktion@sozialismus.de

Propaganda Zürich AG
Rötelstrasse 18
8006 Zürich

mail@propaganda.ch

Telefon 01 350 77 33
Fax 01 350 02 33

www.propaganda.ch
www.wildplakat.com

plakataushang & flyerverteil

Risse
Analyse & Subversion

Jetzt abonnieren!

- Abo (6 Ausgaben für Fr. 40/€ 30 inkl. Versandkosten)
- Probeabo (2 Ausgaben für Fr. 14/€ 8 inkl. Versandkosten)
- Solidaritäts-Abo für Fr./€ _____

Abo ab No. ___

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Land _____

Im Internet bestellen:
www.risse.info

Bitte frankieren

Risse Magazin
Postfach 3119
CH-8021 Zürich

WiederverkäuferInnen erhalten 20% Rabatt
Postkonto: CHF 87-79417-6 / EUR 91-81841-7